Historische Tatsachen Nr. 70

Dipl. Pol. Udo Walendy

Israel = Vorkämpfer für die Zivilisation?

Foto: dpa

»Dies ist kein leichter Besuch«

Der israelische Staatspräsident **Ezer Weizmann** während seiner Rede vor dem Bundestag und Bundesrat am 16.1.1996. Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Klaus Kinkel danken beglückt über soviel Erinnern und Auffordern.

Ezer Weizmann:

"... Nicht leicht ist es für mich, in diesem Lande zu sein, die Erinnerungen zu hören und die Stimmen, die zu mir von der Erde schreien. ... Bis zur Zerstörung durch die Nationalsozialisten war dies die größte und älteste jüdische Gemeinde in Europa. ...

Unter den Millionen Kindern meines Volkes, die die Nazis in den Tod geführt haben, waren weitere Namen, an die wir heute mit dem gleichen Maß an Ehrfurcht und Hochachtung erinnern. Doch kennen wir diese Namen nicht.

Wie viele Bücher, die niemals geschrieben wurden, sind mit ihnen gestorben? ...Wie viele wissenschaftliche Entdeckungen konnten nicht in ihren Köpfen heranreifen? Jeder und jede einzelne von ihnen ist hier zweimal getötet worden. Einmal als Kind, das die Nazis in die Lager geschleppt haben, und einmal als Erwachsener, der er oder sie nicht sein konnten. ...

Ich kann nur fordern, meine Damen und Herren des Bundestages und Bundesrates, daß Sie in Ihrem Wissen um die Vergangenheit Ihre Sinne auch auf die Zukunft richten. Daß Sie jede Regung des Rassismus wahrnehmen und jede Regung des Neo-Nazismus zerschlagen. Daß Sie diese Elemente mutig zu erkennen wissen und von der Wurzel her ausreißen. ...

Der Staat Israel befindet sich gegenwärtig auf dem Höhepunkt einer ermutigenden und bewegenden Entwicklung, die doch zugleich auch besorgniserregend und beängstigend ist. ...

Doch der Friedensprozeß ist der wichtigste Prozeß seit der Gründung des Judenstaates. Und wir befinden uns im Augenblick auf seinem Höhepunkt. ..."

Ins Gästebuch der Gedenkstätte des eh. KL-Sachsenhausen schrieb er, *"erfüllt von Haß und Trauer"*:

"Wir werden nicht vergessen, und wir werden auch nicht zulassen, daß vergessen wird."

Nicht nur, daß er hiermit in den Souveränitätsbereich seines Gastlandes und auch anderer Länder eingriff: Er dürfte auch wissen, daß in dem Land der *"Kainszeichenträger von Auschwitz"* (Vgl. Fn. 34 S. 25) oder auch *"der Täter"*, *"der Mörder"* (Sippenhaft für alle Generationen!) -- Begriffe und Sitten, die u.a. auch "dank" der Bundesregierung zwischenzeitlich "eingebürgert" worden sind -- seit Jahrzehnten unberechtigte Kriegsschuld- und Greuel-Anklagen zur offiziellen Sprachregelung gehören und inzwischen Gesetze vorliegen, die Autoren und Verleger wissenschaftlicher Untersuchungen dessen, was "nicht vergessen werden darf", mit Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren bedrohen. Viel Publikationen dieser Art sind bereits beschlagnahmt und vernichtet, den Gerichten vorgelegte Sachbeweise wegen behaupteter "Offenkundigkeit" abgeschmettert, Wissenschaftler als "Straftäter" in "Volksverhetzungs"-Prozesse verstrickt und mit Gefängnis bestraft worden.

Israel = Vorkämpfer für die Zivilisation?

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar. Vielfache Fußnoten weisen dem Leser und Forscher die Richtung.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung. Auch sie sind somit nachvollziehbar. Wiedergegebene Darstellungen Dritter sind gleichermaßen geprüft, wobei Zustimmung oder Ablehnung beigefügt ist.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen, soweit Rechtsanwälte aus der Bundesrepublik Deutschland zu einer solchen Begutachtung überhaupt noch in der Lage sind.

"Über jede andere Religion, jede Rasse und Klasse darf man rücksichtslos reden, nur über Israel darf man nicht ein kritisches Wörtchen wagen. Ist das nicht eine wunderliche Forderung? Um so verwunderlicher, als sie von Leuten gestellt wird, die täglich Toleranz heischen."
Maximilian Harden in seiner Zeitschrift ***Zukunft*** vom 18. Juni 1904, Berlin.

Theologische Funktion?

"In den Vereinigten Staaten sprießen Holocaust-Memorials wie Pilze aus dem Boden. Als antideutsche Herausforderung werden hierzulande viele diese Entwicklung mißverstehen. Sie übersehen, daß die Erinnerung an die Judenvernichtung eine entscheidende innerjüdische Funktion erfüllt: ohne Holocaust keine jüdische Identität -- zumindest keine jüdische Identität der nichtreligiösen Diasporajuden. Das ist die tragische Wirklichkeit des jüdischen Volkes. ...

Noch schärfer formuliert: Holocaust-Memorials sind ein Indikator für die Dejudaisierung der Juden. Für dejudaisierte Juden, für die »Gott tot« ist, wird die Gedenkstätte zum Gottersatz und damit zum Götzen. ...

Die Juden benötigen deshalb den Holocaust als allgemeines und daraus abgeleitetes Deutschland als besonderes Symbol der Sinnstiftung. Sie sind an Deutschland gekettet, um jüdische Identität zu bewahren. ..."

Prof. Michael Wolffsohn,
Dozent an der Bundeswehrhochschule
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April 1993, S. 31.

In Anspielung auf den Besitz von wenigstens 12 Atombomben?

Yoel Marcus in der angesehenen israelischen Tageszeitung ***Ha'aretz*** 1975:

"Wir werden die amerikanische Judenheit, noch eine mächtige Kraft, zu mobilisieren haben. ...Wir werden immer und immer wieder zu erklären haben, daß ein starkes Israel nicht nur im Interesse Amerikas liegt, sondern daß dies auch der einzige Weg ist, die Araber davon zu überzeugen, daß sie eine Form der Koexistenz mit uns finden müssen.

Wir müssen klarmachen -- in erster Linie auch uns selbst --, daß wir nicht beabsichtigen, uns nach den Spielregeln der Araber zu richten. Wir sollten bestimmen, welche Bewegung der Araber von unserem Standpunkt aus der **casus belli** *ist, und an welchem Punkt wir einen anderen Weg einzuschlagen haben, als andere von uns erwarten. Wenn die Freie Welt erschrocken (frightened) ist, und der Westen sich in einem Verfallprozeß befindet, mag es sein, daß wir eine Anzahl Mittel verfügbar haben, stärker zu terrorisieren als es die Araber können. Ein Wort an die Weisen ist genug."* [5) (S. 143)]

Inhalt

Copyright
by
Vrij Historisch Onderzoek -- 1997
Verantw. i.S.d. Pressegesetzes: Herbert Verbeke, Antwerpen
B 2600 Berchem 2
ISSN 0176 - 4144

Alttestamentarisch geprägte Ankläger Deutschlands

Die dieser *HT*-Ausgabe zugrundegelegte Analyse der innen- und außenpolitischen Verhältnisse des Staates Israel ist hauptsächlich gedacht, um Vergleiche zu dem zu ziehen, was Streiter jenes kleinen Volkes zum Anlaß nahmen, um dem deutschen Volk am 24. März 1933 den "Heiligen Krieg im Namen der Zivilisation der Menschheit" zu erklären, ihn bis zur totalen Massenvernichtungsdimension förderten und den sie anschließend zum Anlaß nahmen, Deutschland, seine Regierung und sein Volk für *"singuläre Schuld"* *"bis zur letzten Generation"* sühnepflichtig zu halten und ihnen wesentliche Völkerrechtspostulate dauerhaft zu entziehen.

Da in unserer kurzen Analyse nicht alle Einzelvorgänge nachgezeichnet werden können, sondern Herrschaftsmethoden des Staates -- insbesondere im Hinblick auf einen Vergleich mit Deutschland der Jahre 1933 - 1939 und auch bis 1945 -- herausgearbeitet werden sollen, ist es zuweilen schwierig, die einzelnen Zeiten bzw. Jahre auseinanderzuhalten, in denen dies oder das geschehen ist. Der Leser möge solche Differenzierungen selbst beachten.

Sollte bei der hier vorliegenden Lageanalyse der Vorwurf erhoben werden, hier würde nur Negatives des ansonsten vorbildlichen Staates Israel aufgezeigt, so sei mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nur bewiesene Tatsachen aufgezeigt werden, die bereits seit Jahren die Weltöffentlichkeit bewegt haben. Kritiker, die in den vergangenen 50 Jahren nicht nur alles getan haben, um die Negativseiten des Dritten Reiches mit vielen Fälschungen herauszuarbeiten und diese als das Eigentliche und einzig Bewertbare des "verbrecherischen Regimes" darzustellen, und dafür plädieren, jede "Verharmlosung" oder "Verherrlichung" unter Strafe zu stellen, haben gewiß kein Anrecht auf ernsthafte Berücksichtigung.

An folgende Fakten der deutschen Geschichte sei erinnert:

1.) Das deutsche Volk bewohnt einen Lebensraum, der ihm unstreitig seit Jahrhunderten, im Kern seit Jahrtausenden gehört. Es hatte diesen Siedlungsraum mit allseits anerkannter Leistung, nicht mit Raub, Mord und Vertreibung von "Ureinwohnern", erworben und hatte ihn auf eine für Europa und die Welt beispielgebende kulturelle und zivilisatorische Höhe entwikkelt, und zwar schon zu einer Zeit, bevor Christoph Kolumbus die Erschließung Amerikas für die europäische Kulturwelt eingeleitet hatte.

2.) Kriege, um über die einmal natürlich gewachsenen Grenzen hinaus Land zu erwerben, um andere Völkerschaften zu berauben, zu ermorden oder zu vertreiben, sind in den vergangenen Jahrhunderten von deutscher Seite **nicht** inszeniert worden.

3.) Das deutsche Volk, vornehmlich das Deutsche Kaiserreich, hatte durchgängig zu den in ihrer Nation lebenden Juden ein gutes, auf gleichberechtigter Basis begründetes Verhältnis, jedenfalls ein sehr viel besseres, als dies die meisten anderen Völker aufzuweisen hatten oder haben, die in einem gemeinsamen Staat zusammenzuleben gezwungen waren oder sind.

4.) Das deutsche Volk hat zu keiner Zeit seiner Geschichte den Juden die geringsten Schwierigkeiten bei der Suche und dem Ausbau einer eigenen Heimat gemacht; es hat sich niemals in innere Angelegenheiten einer solchen außerdeutschen Gemeinschaft eingemischt.

5.) Vertreter international organisierter jüdischer Organisationen waren es, die 1918/1919 in verzahnter Zusammenarbeit mit den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs bei der Konzipierung und Durchsetzung des Versailler Friedens völkerrechtswidrige Eingriffe in die Führungsstruktur und in den Besitzstand Deutschlands erzwangen und bemüht blieben, seine Souveränität dauerhaft zu unterbinden! Zu diesen Eingriffen, die zur Begünstigung zahlreicher Mitsieger führten, gehörte der Raub großer deutscher Provinzen und die Unterstellung von mehr als 5 Millionen deutscher Menschen unter fremdvölkische Oberherrschaft. Diese Deutschen wurden weitgehend ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlagen beraubt, sogar aus ihrer Heimat vertrieben, vielfach auch ermordet.

Die Begünstigung dieses Raubes und Abweisung jeglicher deutscher Rechtsansprüche erfüllt für die Entscheidungsträger des Versailler Friedens, den sie selbst lediglich als "Waffenstillstand" aufgefaßt wissen wollten[1], die Tatbestände der Völkerrechtsverletzung, Hehlerei, Völkermord und Verschwörung gegen den Frieden!

6.) In Ausnutzung der Verhältnisse des für Deutschland 1918 verlorenen Krieges haben diese staats- und volksfremden, inzwischen verstärkt auf zionistische Zielsetzung ausgerichteten Kräfte sich darauf konzentriert, noch weit über die Versailler Knebelungsbedingungen hinaus, entscheidende Führungspositionen im Bereich der deutschen Innenpolitik, der Kultur, Wirtschaft, Justiz, Verwaltung und Presse zu besetzen. Unter Ausnutzung des devisenbeständigen Dollars angesichts der inflationär ausufernden Reichsmark kauften sie bei gleichzeitiger Ruinierung des deutschen Mittelstandes in überschwenglichem Maß deutschen

1) World Jewish Congress, "Unity in dispersion -- a history of the world jewish congress", New York 1948, S. 136 + 140.

Besitz auf und nutzten dies im Sinne ihrer Interessen als Herrschaftsbasis in und über Deutschland.

Mag man streiten, ob bereits zu dieser Zeit eine durchgängige Zusammenarbeit der vorwiegend aus den USA, England und Frankreich agierenden zionistischen Kräfte mit den weltrevolutionär und terroristisch vorgehenden Kommunisten vorlag oder nicht -- gleichgerichtete Kontakte und anderweitige Verbindungsmerkmale bestanden zweifellos. Ergebnis jedenfalls waren Bürgerkriegsverhältnisse und Wirtschaftschaos, Massenelend in Deutschland, die auch die hier angesprochenen Personenkreise nicht willens oder in der Lage waren, wieder in normal-vernünftige Verhältnisse zurückzuführen.

Selbst angesichts dieser Zustände haben die ihnen zuarbeitenden Siegerstaaten dem deutschen Volk keine Zugeständnisse auf Wiederherstellung seiner Ehre und Rechte, seiner Wirtschaftshoheit, seiner Grenzen und Volkseinheit gemacht. Weder aus den führenden Kreisen der in den westlichen Ländern tätigen Zionisten noch seitens der für die Weltrevolution ohnehin seit 1917 Krieg -- "gegen den Kapitalismus" -- führenden Bolschewisten ist bis 1933 ein einziges politisch relevantes Indiz bekanntgeworden, das deutsche Volk um der Gerechtigkeit und des Völkerfriedens willen aus den Erdrosselungsbedingungen des Versailler Friedens zu entlassen!

Wo gibt es ein analoges Beispiel, daß Deutsche bis zu jener Zeit so mit anderen Völkern oder auch mit Juden umgegangen wären? Man möge es aufzeigen! Uns ist keines bekannt.

7.) Adolf Hitler und die NSDAP haben Ziele und Grundsätze vertreten mit dem gleichen Recht wie alle anderen Parteien auch und Organisationsformen aufgebaut, die -- vielfach angepaßt an jene ihrer Gegner -- allein geeignet waren, sich realpolitisch gemäß den vorgegebenen Verfassungsgrundsätzen durchzusetzen.

8.) Unter Beachtung demokratischer Spielregeln, also völlig legal, wurde der Parteivorsitzende der NSDAP am 30. Januar 1933 vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler berufen, da alle anderen demokratisch machbaren Möglichkeiten einschließlich Notverordnungen erschöpft waren.

9.) Wie in jeder Demokratie üblich, war mit dieser Ernennung eine personelle Umbesetzung von Führungskadern auf allen Gebieten verbunden, wenngleich das erste Kabinett Hitlers nur 3 Nationalsozialisten enthielt. Gewiß zeichnete sich auf Grund der Hitler zur Verfügung stehenden disziplinierten und zahlreichen Parteiverbände unverzüglich ab, daß diese "Machtübernahme" erheblich mehr als andere Regierungswechsel bewirkte und tatsächlich Veränderungen schuf, die auf eine sofortige Lageverbesserung für das gesamte Volk hinzielte und diese im Gegensatz zu allen seinen Vorgängern auch erreichte.

Dem neuen Reichskanzler oblag die Interessenvertretung für sein Volk. Die sich durchaus als Revolutionäre verstehenden Nationalsozialisten haben sich von Anfang an zu dem Grundsatz bekannt, daß auch ihre Gegner zur Volksgemeinschaft gehören und ihnen gleiche Rechte zustehen, wie jedem anderen Volksgenossen auch. Dies freilich konnte nur für jene gelten -- das toleranteste Staatssystem vermag nicht anders zu verfahren --, die sich als Demokraten der Mehrheit fügen, sich an dem Wohl des Volkes als Gesamtheit orientieren und für keine volks- und staatsfremden Befehlsgeber tätig sind.

Wie haben sich hingegen die angeblichen "heiligen Krieger für die Zivilisation der Menschheit" aufgeführt? Sie haben sich eigens eine Ideologie für die "Legalisierung" ihres Terrors, für Mord und Ausrottung ihrer Gegner geschaffen! Revolutionäre, Terroristen, Massenmörder wie Lenin, Trotzki, Dsershinski, Kaganowitsch, Stalin und ihre nationalen wie internationalen Gefolgsleute, um nur diese zu nennen -- man könnte auch auf Vladimir Jabotinsky, Menachim Begin, David Ben Gurion, Moshe Dayan oder Yitzhak Shamir verweisen, wenn auch die Dimensionen ihres Handelns im kleinen Israel sich nicht mit der kontinentgroßen UdSSR vergleichen lassen --, pflegten sich darauf zu berufen, ausschließlich auf das angebliche Wohl ihrer eigenen Mannschaft bedacht zu sein. Unter Berufung auf dieses angebliche Wohl ihrer eigenen Leute haben sie in Kauf genommen, gebilligt bzw. befohlen und aktiv teilgenommen, ganze Völker zu enteignen und zu vertreiben, ihre Gegner zu massakrieren, sie mit oder ohne ihre Familien jahrelang oder lebenslang einzusperren, in fernab gelegene Arbeitslager zu deportieren und rechtlos zu halten!

Und was die Judenfrage für die NSDAP anbelangt, so gibt uns ein angesehener Wissenschaftler jüngst folgende Auskunft:

"Verfügte die NSDAP also weder über ein geschlossenes noch über ein verbindliches judenpolitisches Arbeitsprogramm, so gab es doch im Vorfeld der Machtergreifung eine Reihe von Äußerungen subalterner wie führender Nationalsozialisten über die Ziele der künftigen Judenpolitik. So sagte Hermann Göring im Mai 1932 in einem Interview mit der faschistischen Turiner Zeitung ***Gazetta del Popolo:***

'Wir werden alle Juden (...) aus den leitenden Stellungen entfernen, ebenso aus der Presse, aus dem Theater, aus dem Film, aus der Schule und aus den Universitäten. Schließlich aus jeder Stellung, in der sie ihren zerstörenden, antinationalen, internationalen oder bestenfalls anationalen Einfluß zum Schaden des deutschen Volkes ausüben könnten.'

Göring machte aber folgende Einschränkung:

'Der anständige israelische Kaufmann, der in Deutschland als Fremder bleiben will, wird ungestört seinen Geschäften nachgehen können und keinerlei Schaden erleiden.' "[2)]

Selbst wenn unterstellt wird, daß diese Absichtserklärung bereits im März 1933 ausgeführt worden sein sollte, was nachweislich in dieser Komplexität nicht der Fall gewesen war, so steht doch fest, daß bis Ende März 1933 die deutschen Juden die gleiche Rechtsstellung innehatten wie alle übrigen Deutschen und die ausländischen Juden die gleiche wie alle anderen Ausländer. Eine Garantie für politische Führungsstellen gibt es in

2) Volker Dahm, "Das jüdische Buch im Dritten Reich", München 1993, S. 33.

keiner Demokratie der Welt! Eine solche für Deutschland und dazu noch für volksfremde Immigranten zu verlangen und ihre Einhaltung zum Maßstab internationalen Wohlverhaltens machen zu wollen, würde alle internationalen Moralgrundsätze auf den Kopf stellen.

Mag es 1933 auch vereinzelte Übergriffe gegeben haben (Morde sind nicht nachgewiesen), so hat die Regierung sie jedoch alle unverzüglich geahndet. Zeugnis hierfür legen auch die deutsch-jüdischen Verbände in ihren zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen ab, die sich im Frühjahr 1933 und auch später gegen ausländische Greuelhetzberichte über die angeblichen Zustände in Deutschland und mit diesen motivierte Boykottaktionen und Demonstrationsveranstaltungen vornehmlich in Großbritannien und den USA verwahrt haben.

Stephen Wise, der als Präsident der Amerikanischen jüdischen Organisationen maßgebend tätig war, um die Versailler Siegerposition für die internationale Judenheit auszuweiten, legte mit seinen nach dem Zweiten Weltkrieg herausgegebenen Erinnerungen[3] ein zusätzlich beredtes Zeugnis dafür ab, daß er prinzipiell alle gegen das ns-Deutschland ausgestreuten Greuelberichte als historische Fakten ausgab und weder auf die Dementis seiner deutsch-jüdischen Verbandsbrüder achtete, noch auch nur vorsichtigerweise Überprüfungen anderer Art vornahm. Wer mit einer solchen Einstellung öffentliche Großdemonstrationen, Boykottaufrufe, schließlich Kriegserklärungen organisiert, muß sich gefallen lassen, als Volksverhetzer, ja Kriegshetzer, Terrorist charakterisiert zu werden.

Gerade diese genannten Greuelhetzberichte der ausländischen Presse über die angeblichen Zustände in Deutschland sowie die parallel hierzu und auf diese Berichte verweisende Kriegserklärung -- nicht an die NSDAP, sondern an Deutschland -- war eine Maßnahme, zumal angesichts der geschilderten Faktenlage, die mit keinerlei völkerrechtlichen oder menschlichen Grundsätzen zu rechtfertigen war und ist. Sie war in der Tat jene "Verschwörung gegen den Frieden", derer 1945/46 das "Internationale Militärtribunal" in Nürnberg die Reichsregierung bezichtigt hat.

Das "American Jewish Year Book", New York - Los Angeles, Bd. 36, S. 130 vermerkt unter dem 7. März 1934 die schicksalsträchtige Entscheidung des selbsternannten *"Hohen Gerichtshofs für Humanität" "in Sachen Zivilisation gegen den Hitlerismus"* ohne nähere Begründung: *"Adolf Hitler und seine Regierung sind wegen ihrer faktischen Aktionen der Verbrechen gegen die Zivilisation für schuldig befunden"*. Diese Anklage wurde seinerzeit unter den Auspizien des American Jewish Congress und der American Federation of Labor mit Hilfe 23 prominenter, für die öffentliche Meinung in Amerika repräsentativer Personen im New Yorker Madison Square Garden der Weltöffentlichkeit mit anmaßendem agitatorischem Aufwand bekannt gemacht.

Man möge sich beim Lesen jeder Seite des vorliegenden Heftes daran erinnern.

Auszüge aus dem Britischen Weißbuch vom 17. Mai 1939

"**I/4:** Die Regierung Seiner Majestät verkündet unzweideutig, daß es nicht ihre Politik ist, aus Palästina einen jüdischen Staat werden zu lassen.

I/10/1: Ziel der Regierung Seiner Majestät ist die Errichtung eines unabhängigen Palästina-Staates innerhalb von 10 Jahren. ...

I/10/2: In dem unabhängigen Staat sollen Araber und Juden gemeinsam in der Weise regieren, daß die wesentlichen Interessen jeder Gemeinschaft gesichert sind.

II/13/1: Die jüdische Einwanderung wird in den nächsten 5 Jahren so geregelt, daß die Zahl der jüdischen Einwanderer ungefähr 1/3 der Gesamtbevölkerung erreicht, vorausgesetzt, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erlaubt dies. ... Vom April dieses Jahres an werden innerhalb der nächsten 5 Jahre 75.000 Einwanderer zugelassen.

II/13/3: Nach 5 Jahren wird keine jüdische Einwanderung mehr gestattet, es sei denn, die Araber Palästinas wären hierzu bereit.

II/13/4: Die Regierung Seiner Majestät ist entschlossen, die illegale Einwanderung zu verhindern.

III/16: Der Hochkommissar erhält Vollmachten, den Landverkauf zu verbieten und zu steuern."

Drei wesentliche neue Standardwerke für die nachfolgende Analyse

Drei erschütternde Bücher mit ausführlichen Literaturregistern haben die vorliegende ***HT***-Ausgabe geprägt. Sie bestätigen und ergänzen unsere Analyse in ***HT*** Nr. 10:

Ludwig Watzal, "Frieden ohne Gerechtigkeit?" [4]

Schon das Vorwort schockiert einen Deutschen, auf den seit über 60 Jahren unablässig Schuld- und Verbrechensvorwürfe gegen sein Volk herniederprasseln und der in einem Nachfolgestaat lebt, der mit Hilfe einseitiger, zunächst Besatzungs-, dann "Bewältigungs"-Gesetze und Justiz politische Prozesse gegen eigene Volksangehörige sowie Vernichtung wissenschaftlicher Literatur, die unberechtigte Anwürfe untersucht und widerlegt, zur systemimmanenten Dauerregelung ge-

3) Stephen Wise, "Challeging Years -- The Autobiography of Stephen Wise", New York 1949.

4) Ludwig Watzal -- "Frieden ohne Gerechtigkeit?", Köln - Weimar - Wien, Böhlau Verlag 1994.

macht hat.

Alfred M. Lilienthal, "The Zionist Connection II -- What Price Peace?".[5)]

Dr. Alfred M. Lilienthal, Absolvent der Universität und Columbia Law School, langjähriger Mitarbeiter des US-State Department, Autor mehrerer Bücher, zahlreicher Artikel und Medienbeiträge sowie eines Dokumentarfilmes, akkreditierter Korrespondent bei den Vereinten Nationen, ist *"Amerikaner jüdischen Glaubens"*. Für ihn *"ist die Fahne Israels, war nicht und wird niemals sein"* die seinige.[5) (S. 906)]

Israel Shahak, "Jewish History, Jewish Religion -- The Weight of three Thousand Years".[6)]

Prof. I. Shahak, geborener Pole, während des Weltkrieges Insasse des KZ Bergen-Belsen, ist Gründer und Vorsitzender der Israelischen Liga für Menschen- und zivile Rechte. Der nunmehr emeritierte Professor der Chemie lebte seit 1946 in Israel und hat(te) weitreichende Kontakte zu den dort führenden Kreisen. In den Entscheidungsgremien der UN ist er als fundierter Sachkenner respektiert und tätig gewesen.

Religiöse Ansprüche völkerrechtsgemäß?

Die Zionisten begründen mit Hinweis auf jahrtausendealte religiöse Schriften einen historischen Rechtsanspruch auf Palästina und die "erforderliche Rückgabe" dieses Landes an sie, als die "rechtmäßigen historischen Besitzer".

Ein so begründeter historischer Anspruch, weil angeblich völkische Vorfahren vor 2.000 Jahren einmal in dieser Gegend gewohnt haben, ist verwegen und beschwört für die Völkerrechtslage der gegenwärtigen Welt anarchische Zustände! Wenn die Entscheidungsträger der heutigen Weltordnung solche vagen, Jahrtausende zurückliegenden Verhältnisse -- vorausgesetzt sie hätten einige Berechtigung für sich -- als Recht, ja auch nur als moralische Titel anerkennen wollten, würden sie die ganze Erde in einen Hexenkessel verwandeln und in Chaos stürzen!

Zu berücksichtigen wäre, daß auch Juden, als sie seinerzeit vor 2.000 Jahren Land zwischen Euphrat und Tigris in Besitz nahmen, dies mit Eroberung taten und es den zuvor dort siedelnden "rechtmäßigen" Bewohnern gewaltsam entwendeten. Ab welchem historischem Datum soll ein solches "Recht" gelten?

Wenn dies mit Rückwirkung auf 2.000 Jahre wirksam sein soll, -- wie können dann dieselben Leute die Vertreibung der Deutschen aus großen deutschen Provinzen, um deren deutschen Charakter seit 700 Jahren, deren friedlichen Erwerb, deren Urbarmachung und Zivilisationsleistung niemand in Europa, ja der Welt Zweifel hatte haben können, als "rechtmäßig" bezeichnen?

Da Juden auch schon einmal in Ägypten gewohnt haben, sollte man sich schon jetzt Gedanken darüber machen, wie möglicherweise solcherart begründete Gebietsansprüche auch auf dieses Land zu handhaben wären.

Ironie der Geschichte: Gerade die Palästinenser, von denen die Zionisten die Rückgabe "ihres" Palästina begehren, sind zum überwiegenden Teil Nachfahren jener Palästinenser, die schon vor 3.000 Jahren in Palästina gesiedelt hatten, also lange bevor Moses seine Leute aus Ägypten nach Palästina geführt hat.

Haben somit nicht die Palästinenser als Nachfahren der dort vor mehreren tausend Jahren ansässig gewesenen Stämme viel ältere und weit begründetere historische Ansprüche auf Palästina als die Juden, zumal letztere sich mit viel weniger Recht als Nachfahren der biblischen Juden bezeichnen können?[7) (S. 22 - 23)]

Abgesehen davon, daß viele Hunderttausende von Juden längst glaubenslose Freigeister geworden sind, sind auch die Ansprüche der religiösen Juden auf Palästina viel geringer als die religiösen Ansprüche der Muselmanen oder gar der Christen auf dieses Land.

Palästina ist aufs engste mit der Religion des Islam verknüpft. Für Mohamed war Palästina das heilige Land. Die ersten historischen Quellen über das "Volk Israel", die Israeliten, datieren etwa um 1.300 vor unserer Zeitrechnung, jene der Germanen liegen noch weitere 3.000 Jahre zurück und verweisen in Jungsteinzeit und Bronzezeit. Ägypten hatte bereits um 4.000 vor der Zeitenwende entwickelte Staaten zu einem kulturellen Staatswesen vereinigt. Die ersten Stadtstaaten in Mesopotamien wurden um 3.000 v.d.Zw. gegründet. Auch Babylon spielte bereits zu jener frühen Zeit in der menschlichen Kulturgeschichte eine beachtliche Rolle, nahezu 2.000 Jahre früher, ehe die Nomadenstämme mit Moses in das kulturell geprägte Palästina einbrachen. Diese Spätlinge im alten Orient haben viele Werte und zivilisierte Errungenschaften aus ihren Nachbarländern Babylon und Ägypten entlehnt, so auch Ansätze der altorientalischen Religionen.

Doch alles dies wird mit religiösem Eifer außer Kraft gesetzt, der sich, gestützt auf biblische und nachbiblische Sprüche, einen Besitzaneignungs- und Herrschaftsanspruch auf Palästina postuliert.

---

5) Alfred M. Lilienthal, "The Zionist Connection II -- What Price Peace?", North American, New Brunswick, New Jersey 1982.

6) Israel Shahak, "Jewish History, Jewish Religion -- The Weight of three Thousand Years", London 1994.

7) Franz Josef Scheidl, "Israel -- Traum und Wirklichkeit", München 1959.

Religiöse Dogmatisierung auch der Innenpolitik Israels

Bei den religös motivierten Ansprüchen auf Lebens- und Siedlungsraum bleibt nicht aus, daß der hier zur Geltung kommende religiöse Eifer von Anbeginn an auch weittragende Auswirkungen auf die Innenpolitik des neuen Staates behalten hat.

Prominente jüdische Experten weisen immer wieder nach, daß eine sachgerechte Beurteilung der Geschichte und gegenwärtigen Politik Israels ohne Kenntnis und Berücksichtigung der religiösen Verwurzelung im Alten Testament -- speziell der 5 Bücher Mose im AT (Thora) -- und im Talmud mit seinen zahlreichen auf ihn bezogenen Schriften nicht möglich sei.

Die religiöse Ausgangsbasis für Innen- und Außenpolitik ist ungeachtet der in der Außenwelt sich vollziehenden Entwicklung zu Aufklärung und Liberalismus nach wie vor -- bei orthodoxen, wie auch freigeistigen Juden -- der babylonische Talmud. Dieser besteht aus 2 Teilen: dem Mishna -- einer Sammlung als gültig betrachteter Gesetze, bestehend aus 6 Bänden, jeder unterteilt in verschiedene Traktate, und dem wichtigeren Teil Gemara, einem umfangreichen Bericht über Diskussionen um den Mishna. Zusätzlich wird dem autoritären Glauben noch etliche Talmudliteratur zugeordnet, die deutlich macht, daß gewisse Entwicklungen in praktischen Definitionen -- allerdings nur für die Oberrabbiner -- möglich seien, aber an der dogmatischen Basis nichts geändert werden könne. Und hierzu gehören in erster Linie die Vorschriften zur Vorzugsbehandlung der Juden auf der einen und der minderen Rechtsstellung der Nichtjuden auf der anderen Seite.

"Israels Militärrabbiner Goren Rassenhochmut an Mikrophonen

'Tatsächlich ist die staatliche Gewalt von Anfang an mit der mosaischen Religion eng liiert worden. Ein großer Teil der israelischen Rechtsprechung wurde den Rabbinern überantwortet."

Der Spiegel Nr. 6/1961; 1.2.1961 S. 57

Dieses "legal system" ist ein mit Halakhah (Halacha) überschriebener Teil des Talmud, der nahezu von allen Juden seit dem 9. Jahrhundert und von den orthodoxen Juden noch bis zum heutigen Tag beachtet wird. Zentrales Thema ist hier die angeblich von Gott gewollte unterschiedliche Rechtsstellung zwischen Juden und Nichtjuden. Was im einen Fall Mord ist, ist im anderen Fall womöglich nur eine *"Sünde gegen die himmlischen Gesetze"*, deren Bestrafung Gott obliege. Im Kriegsfalle sei die Tötung von behaupteten Gegnern sogar Pflicht, jedenfalls dann, wenn dadurch für Juden keine Gefahr erwachse. So wurden z.B. israelische Armeeärzte und Sanitäter offiziell vor der Invasion in den Libanon 1982 darüber belehrt, daß sie Nichtjuden keine Hilfe leisten sollen, eine Haltung, zu der sich auch Staatspräsident **S. Shazar** und Ministerpräsident **Menachim Begin** öffentlich bekannt haben.[6) (S. 25-26)]

Wir wollen hier nicht die vielfältigen Einzelvorschriften oder -anweisungen oder Interpretationskünste abhandeln, die die verschiedenartigsten Verhaltensweisen in der Praxis zu regeln versuchen, sondern lediglich feststellen, daß die Rechtsstellung der Nichtjuden in der jüdischen Religionsdogmatik eine grundsätzlich andere ist, als sie für Juden gilt.

Prof. **Israel Shahak** hierzu:

"Jeder, der in Israel lebt, weiß, wie tief und weitverbreitet dieses Verhalten von Haß und Grausamkeit gegenüber allen Nichtjuden unter der Mehrheit der israelischen Juden ist. Allgemein werden diese Verhaltensweisen vor der Außenwelt verborgen. ... In den vergangenen Jahren wurden die unmenschlichen Lehren, denenzufolge Knechtschaft (servitude) das natürliche Los der Nichtjuden ist, in Israel öffentlich zitiert, sogar im Fernsehn." [6) (S. 96)]

Das politische Engagement Prof. Shahaks begründete sich auf seinen Protest, als ein gläubiger Jude sich weigerte, anläßlich eines Unfalles, den ein Nichtjude in seiner unmittelbaren Nachbarschaft erlitten hatte, am Sabbat sein Telefon für das Herbeirufen eines Rettungswagens benutzen zu lassen. Anstatt diesen Vorfall lediglich in der Presse zu veröffentlichen, ersuchte er das Rabbiner-Gericht in Jerusalem, das aus vom Staat Israel ernannten Rabbinern zusammengesetzt ist, um Auskunft, wie ein solcher Fall dort beurteilt werde. Die Antwort lautete, der betreffende Jude habe sich korrekt verhalten. Man sandte ihm zusätzlich etliche Passagen eines authorisierten Kompendiums von Talmud-Gesetzen, die in diesem Jahrhundert verfaßt waren. Er gab dies der hebräischen Tageszeitung ***Ha'aretz*** durch, was 1965/66 einen Medienskandal auslöste, jedoch mit dem Ergebnis, daß keine einzige Rabbiner-Autorität, weder in Israel noch in der Diaspora, die Entscheidung des Rabbiner-Gerichts in Jerusalem widerrufen hätte. So begann er die Talmud-Gesetze zu studieren, die die Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden regeln.[6) (S.1)]

Je mehr er sich in die Thematik hineinvertiefte, desto stärker bemühte er sich, im Rahmen der parlamentarischen Mitbestimmung um die Herstellung gleicher Rechte für alle Menschen in Israel. Doch rasch merkte er: er hatte dafür gar keine Chance, denn ein 1985 mit großer Mehrheit in der Knesset verabschiedetes Gesetz verhinderte eine Wahlbeteiligung für Parteien, die bemüht waren, das Prinzip eines "jüdischen Staates" mit allen seinen bisherigen Konsequenzen abzuändern. Israel gehöre ausschließlich jenen, die israelische Behörden als "jüdisch" charakterisieren, unabhängig davon, wo sie leben. Wer diese Klassifizierung nicht in seinem Ausweis eingetragen erhält, sondern als "Arab" oder "Druze" gekennzeichnet wird, gehört nicht zu jenen, denen Israel "gehört", wenngleich sie israelische Staatsbürger sein können. Ihr Status ist inferior. Eine israelische Nationalität gibt es nicht. Dies führte zu der Groteske, daß Angehörige eines Stammes aus Peru, die zum Judentum übergetreten waren, als jüdische Israelis anerkannt wurden und in den Genuß von Landbesitz und staatlichen Subventionen kamen, was ortsansässigen Palästinensern versagt blieb, wenngleich diese womöglich schon in der israelischen Armee gedient hatten.

"In Israel ist die Macht der Rabbiner erschreckend. Sie strebt ernstlich die Richtung einer Theokratie, einer absoluten Religionsherrschaft an. Der Staat ist durch die Thora, die orthodoxen, intoleranten religiösen Gesetze, absolut beherrscht. Das Rabbinat hat die exklusive und monopolisierte Macht und Gerichtsbarkeit über Heirat, Scheidung und alle Angelegenheiten der Familie. Der Staat kennt kein System der Zivilehe, der Ziviltrauung. Der Staat anerkennt ausschließlich die orthodoxe, vor dem Rabbiner geschlossene Ehe. Eine Ehe zwischen einem Juden und einem Nichtjuden, eine Mischehe, ist danach ausgeschlosssen. Mischehen können nur außerhalb Israels geschlossen werden. Bei Einwanderung in Israel muß der nichtjüdische Eheteil zum Judentum übertreten, wenn die Stellung der aus einer solchen Mischehe hervorgegangenen Kinder nicht erschreckend tragisch werden soll. Solche Kinder aus Mischehen werden nach den strengen orthodoxen Gesetzen in die Gesellschaft nicht aufgenommen. Sie genießen weder rechtliche noch soziale Gleichstellung. Sie können in Israel nicht gleichberechtigt leben, können nicht heiraten und auf keinem jüdischen Friedhof begraben werden. In Wahrheit ist ihnen ein Leben in Israel unmöglich gemacht. Sie müssen sich zum orthodoxen Judentum bekennen oder Israel verlassen.

***Das orthodoxe Eherecht basiert auf dem Rassenprinzip,** und die Abstammung eines Kindes wird durch die Mutter bestimmt. Israel ist in der Tat der einzige Staat, in dem niemand eine Ehe schließen kann, ohne daß er oder sie den Nachweis der Abstammung von einer jüdischen Mutter erbringen kann. ... Die Erhaltung der Reinheit der jüdischen Familie ist die Grundlage des jüdischen Eherechts, und kein Rabbiner wird ohne einen solchen Nachweis der 'Abstammungsreinheit' eine jüdische Ehezeremonie vollziehen."* [8]

Bei alledem ist selbst die jüdische Frau in vielerlei Hinsicht noch benachteiligt.[9] Der israelische Rundfunk gab 1994 zum *"Heiratsverbot"* bekannt:

"AFP Jerusalem: Das israelische Religionsministerium soll eine Liste mit 10.000 Israeli erstellt haben, die nicht heiraten dürfen, weil sie als »Bastarde« oder »Unreine« gelten. Die Betroffenen seien davon nicht unterrichtet worden und würden erst von den rabbinischen Gerichten darüber in Kenntnis gesetzt, wenn sie heiraten wollten. Diese orthodox-religiösen Instanzen verfügen über das Monopol der Eheschließung in Israel. Als »Bastarde« gelten u.a. Kinder, die aus einer außerehelichen Beziehung einer verheirateten Frau hervorgegangen sind. Über 10 Generationen dürften die Nachkommen sich nicht mit einem jüdischen Partner verheiraten." [10]

Ähnliches gilt für Begräbnisse. Da gibt es u.v.a. Streit, wer auf einem jüdischen Friedhof begraben werden darf und wer nicht.[11] Da die Richter der Rabbinatsgerichte Staatsbeamte sind, war religionspolitischer Streit seit der Staatsgründung Israels eine der häufigsten Ursachen für Regierungskrisen.

Durch die Wahl der hebräischen Sprache als Unterrichts- und tägliche Umgangssprache haben sich die Juden eine Geheimsprache geschaffen, durch die sie sich in der Welt ausgrenzen. Dies erleichtert ihnen, ihre Religionsvorschriften vor der Außenwelt weitgehend verborgen zu halten. Sofern ihre dogmatischen Schriften in eine der Weltsprachen übersetzt und publiziert worden sind, so erweist sich, daß in zahlreichen entscheidenden Verhaltensvorschriften zur Täuschung "der Fremden" falsch übersetzt oder einfach Wesentliches ausgelassen wurde, was draußen in der Welt Anstoß erregen müßte.[6) (S. 24 - 26)]

Wir wollen uns hier nicht auf Beispiele einlassen, die allein Prof. I. Shahak aufzeigt und die sich bei einer weiteren Vertiefung in diese Literatur noch vielfältig ergänzen ließen. Insgesamt laufen diese Religionsdogmen darauf hinaus, die "Fremden", die Gojim, nicht als Menschen, sondern als Tiere einzustufen, die grundsätzlich über keinerlei Rechte verfügen. Lassen wir das dahingestellt sein. Doch die Konsequenz von **Prof. I. Shahak**, die er hervorhebt, muß dennoch zitiert werden:

"Man kann diese unmenschlichen Traditionen nicht als eine Reaktion auf Verfolgung oder Antisemitismus abtun. ...

Wenn wir solche Tatsachen nicht ernst nehmen, machen wir uns alle der Mithilfe bei der Vergiftung der Gemüter der jetzt aufwachsenden Generation und nachfolgender Generationen mitschuldig und laden die Verantwortung für daraus entstehende Folgen auf uns. ...

Religiöse Manipulation kann zu den schlimmsten Exzessen der Unmenschlichkeit führen. Eine böswillige Besessenheit erfindet die schrecklichsten Mittel der Unterdrückung und des Mordens, der Täuschung und des Betruges, ohne daß der Erfinder sich dabei die eigenen Hände schmutzig zu machen braucht.

Es kann gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die schlimmsten Untaten im Zuge der Unterdrückung der Palästinenser in den besetzten Gebieten auf das Konto des jüdischen religiösen Fanatismus gehen." [6) (S. 24 + 29)]

8) ***Jewish Newsletter***, New York, 15. Dezember 1958.
9) Norman F. Dacey, "'Democracy' in Israel", Torrance, California, USA 1976, S. 21 ff.

10) ***Die Welt***, 22.12.1994.
11) ***Deutsche Wochenzeitung***, November 1985.

"Machtergreifung" in Israel

Der Vater des Zionismus, **Theodor Herzl**, formulierte seine Vorstellung von der Machtergreifung in Palästina in seinen Tagebüchern so:

"Wenn wir in eine Gegend kommen, wo wilde Tiere leben, mit denen die Juden nicht auskommen (to which the Jews are not accustomed) -- große Schlangen usw. -- werde ich mich bemühen, die Eingeborenen vorrangig in Nachbarländern zu beschäftigen zwecks Ausrottung dieser Tiere (for the extermination of these animals)." [5) (S. 151)]

Herzl würde die Eingeborenen auch *"in den Sümpfen ertränkt"* haben, da sie *"an das Fieber gewöhnt"* waren.[5) (S. 151)]

Schon der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 gingen zahllose Terrorakte voraus, die mit Mord und Vertreibung Schrecken und Entsetzen verbreiteten. Palästinenser, aber auch Briten der Mandatsverwaltung waren davon betroffen.

Die britische Mandatsmacht hat den jüdischen Terroristen für die Zeit von 1945 bis 1948 den Mord an rund 20.000 Palästinensern angelastet.

1947 lebten in Palästina 67% Araber. Bei Gründung des Staates Israel wurden ca. 700.000 vertrieben (die Zahl schwankt bis 1 Million).[4) (S. 47)] Flucht aus Angst vor Mordterror ist Vertreibung, keine "erzwungene Wanderschaft"!

Die Anführer der zionistischen Terrorbanden, die später im Staat Israel führende Stellungen bekleideten, wurden von den Briten steckbrieflich als Massenmörder gesucht. So **Yitzhak Shamir** (Ministerpräsident 1983 - 1984 + 1986 - 1992). So auch **Menachim Begin**, Chef der Terrororganisation Irgun Zvei Leumi, Ministerpräsident von1977 - 1983. Sein Konzept bekundete er der Presse 1948 in New York:

"Als das britische Mandat aufgehoben wurde, entschloß sich die Jewish Agency, eine schwierige Aufgabe durchzuführen: Die Araber noch vor dem Abzug der britischen Truppen ... zu vertreiben. Die Jewish Agency kam mit uns überein, daß wir diese Mission ausführen sollten, während sie offiziell alle unsere Operationen verurteilen ... würde, wie es bereits gehandhabt wurde, als wir die Briten bekämpften. Nun, wir haben kräftig zugeschlagen und den Schrecken in die Herzen der Araber getragen!" [12)]

Wir folgen weiter neutralen Berichterstattern:

"1948, nachdem die Teilungslösung der UNO angenommen war, aber noch vor der Bekanntmachung der Staatsgründung von Israel am 15. Mai, haben die Irgun- und Stern-Banden oder auch Haganah-Terroristen oder sogar bewaffnete Streitkräfte wiederholt Bomben, Explosivladungen gegen arabische Zivilisten in Dörfern und Städten und Wohnzentren geworfen. Die größte Niedertracht war natürlich das Massaker am 9. April bei Deir Yassin von 254 Frauen, Kindern und alten Männern." [5) (S. 360)]

Die 254 Männer, Frauen und Kinder fordernde Mordorgie im **Dorf Deir Yassin** bei Jerusalem, verübt von der Terrororganisation Stern und Irgun Zvei Leumi am 9. April 1948 morgens um 4.30 Uhr, war kein der angeordneten Politik zuwiderlaufender Racheakt eines führerlos vorgehenden Mörderhaufens für irgendwelche böse Taten der Palästinenser. Deir Yassin, ein friedliches Bergdorf, war selbst nach Auskunft des Chefs der Jerusalemer Haganah, Schaltiel, *"eine der wenigen Ortschaften, die fremden Banden keinen Unterschlupf gewährt hatten"*. Die Täter waren in dem Geiste erzogen worden und vorgegangen, der ihnen offiziell gepredigt worden war. Andere Mitkämpfer verkündeten das Anliegen per Lautsprecher:

"Wenn Ihr nicht Eure Häuser verlaßt, wird das Schicksal von Deir Yassin auch das Eure sein!"

Amerikanische Korrespondenten bekamen es offiziell auf einer Pressekonferenz zu hören:

"Dies war der Beginn der Eroberung von Palästina und des Trans-Jordanlandes." [5) (S. 156)]

Menachim Begin leugnete zwar offiziell seine Verantwortung für diese Tragödie, rühmte sich hingegen später der gewagten Taten, die er begangen hatte und verwies auf den *"militärischen Sieg bei Deir Yassin"*.[5) (S. 157) + 13) (S. 7)]

Nun, binnen 2 Wochen waren 150.000 Araber geflohen, im Verlauf des Krieges 1948 - 1949 = 500.000 - 900.000.[14)]

Menachim Begin rückblickend bei anderer Gelegenheit auf die Staatsgründung:

"Wir sind stolz bis zum jüngsten Tag auf das, was wir getan haben." [15)]

Auch Staatspräsident **Chaim Weizmann (1949-1952)** fand "würdige Worte" für dieses Verbrechen. Er kennzeichnete den *"Zwischenfall von Deir Yassin als eine wunderbare Vereinfachung"*.[5) (S. 157)] Über Strafverfolgung fiel auch ihm nichts ein.

Ein israelischer Soldat bezeugte die Besetzung des Dorfes Dueima 1948 -- es gibt eine Fülle ähnlicher Berichte für andere Plätze! -- wie folgt:

"... töteten zwischen 80 und 100 Araber, Frauen und Kinder. Um die Kinder zu töten, zerschlugen sie deren Köpfe mit Stöcken. Nicht ein einziges Haus blieb ohne Leiche. Die Männer

12) Christian Zentner, "Die Kriege der Nachkriegszeit -- Eine Illustrierte Geschichte militärischer Konflikte seit 1945", München 1969, S. 377.

13) Livia Rokach, "Israels Heiliger Terror", Pfungstadt 1982. -- Livia Rokach ist die Tochter von Israel Rokach, dem Innenminister in Moshe Sharetts Kabinett. Originalausgabe 1980 AAUG inc., Belmont Mass. USA.

14) *Frankfurter Allgemeine*, 14.7.1982.

15) *Deutsche Nationalzeitung*, München, 12.6.1981, S. 4. -- Vgl. auch *HT* Nr. 10, S. 28.

und Frauen der Dörfer wurden ohne Nahrung und Wasser in Häuser getrieben. Dann kamen die Saboteure, um die Häuser in die Luft zu sprengen. Ein Kommandeur befahl einem Soldaten, 2 Frauen in ein Haus zu bringen, das er sprengen wollte. ... Ein anderer Soldat gab damit an, eine arabische Frau vergewaltigt zu haben, ehe er sie erschoß.

Eine andere arabische Frau mit einem neugeborenen Kind mußte ein paar Tage lang den Platz sauber machen, bevor beide erschossen wurden. Gebildete und wohlerzogene Kommandeure, die als 'dufte Typen' angesehen waren, wurden gemeine Mörder, und dies nicht etwa im Sturm der Schlacht, sondern als Methode der Ausrottung und Vertreibung. Je weniger Araber zurückbleiben, um so besser." [13) (S. 23, 24)]

Sogar nach israelischen Angaben wurden anläßlich der Machtergreifung 1948 in Israel 369 bzw. 374 Dörfer zerstört, 171 davon in Galiläa. 81.000 "interne Flüchtlinge" hat man innerhalb Israels zwangsumgesiedelt. Was an Bausubstanz, Obstgärten, Weinbergen, Olivenhainen usw. nicht zerstört wurde, verfiel der Enteignung. Auf diese Weise wurden aus 6,6% jüdischen Bodenbesitzes beginnend mit 1948 besonders unter Berücksichtigung von Gesetzen, die 1950 und 1960 erlassen wurden = 93%. Auf den Trümmern der meisten eingeebneten Dörfer sprossen israelische Siedlungen.[4) (S. 297)] Schon im Staatsgründungsjahr 1948 hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge das Recht auf Rückkehr und ihre Entschädigung verlangt (UN-Resolution 194 vom 11.12.1948), was jedoch die Regierung Israels nicht nur ignorierte, sondern sogar ausdrücklich durch Gesetz verwehrt hat.

Zwar sah die UN-Resolution auch vor, daß Araber und Israelis sich gegenseitig das Existenzrecht zuzusichern hatten, was jedoch die Palästinenser den Israelis angesichts deren Verweigerung den Palästinensern gegenüber ebenfalls ablehnten. Die Verhärtung dieses Zustandes ist jedoch kaum von jenen zu verantworten, die angesichts von Mordterror aus ihrer Heimat vertrieben worden sind und denen gegenüber das in der UN-Resolution geforderte Recht auf Rückkehr und Entschädigung verweigert blieb.

Nicht nur, daß die Palästinenser bei Festlegung des UN-Teilungsplanes 1947 übergangen wurden: ihre Bereitschaft, einen Kompromiß auszuhandeln, der den Krieg 1948 hätte verhindern können, wurde vom Staatsgründer Ben Gurion sabotiert![13) (S. 18)]

Zu erwähnen sind zweifellos auch arabische Gegenaktionen, sogar das Eingreifen der Nachbarländer 1948, doch gibt es an der grundsätzlichen Initiative für die militant-brutale Entwicklung in dem "Unabhängigkeitskrieg", der für Israel erheblich größeren Territorialgewinn einbrachte als es der UN-Teilungsplan vom 29.11.1947 (Resolution 181) vorgesehen hatte, keinerlei Zweifel, auch nicht daran, daß Israels Nomenklatura damit nicht zufrieden war. Erwähnt sei, daß die Irgun- und Stern-Terrorbanden 1948 zwar offiziell aufgelöst wurden, doch zahlreiche nach ihrem System durchgeführte Mord- und Zerstörungsaktionen in den Folgejahren auch jenseits der israelischen Grenzen noch auf das Konto ihrer ehemaligen Mitglieder gingen und sie die Keimzellen der israelischen Armee waren.[13) (S. 95) + 16)]

Während die USA und die Sowjetunion den neuen Staat unverzüglich anerkannt hatten, verweigerten dies die arabischen Nachbarstaaten. Statt Frieden gab es 1949 nur Waffenstillstand, der u.a. Jerusalem zur geteilten Stadt machte, das Westjordanland Jordanien zuwies und den Gaza-Streifen unter ägyptische Verwaltung stellte.

Wesentlich blieb jedoch das Verhalten der Israelis im Innern ihres Landes. Um die Lage mit den Worten von **Prof. Dr. Israel Shahak** zu umreißen, wobei seine Ausführungen sowohl das Jahr 1948 als auch nachfolgende Jahre bis 1973 umfassen:

"Die Wahrheit über die arabischen Siedlungen auf dem Gebiet der Staatsgründung Israels ist eines der best gehütetsten Geheimnisse Israels. Keine Publikation, -- Buch oder Druckschrift -- weist auf ihre Zahl oder Lokalität hin. Dies geschieht in der Absicht, um den offiziellen Mythos von einem »leeren Land« in den Schulen lehren und den Besuchern erzählen zu können." [5) (S. 159)]

Alfred M. Lilienthal ergänzt:

"In 15 Distrikten Palästinas vor 1948 gab es 475 Dörfer (nicht inbegriffen Ansiedlungen, die nicht als Dörfer anzusprechen sind, da sie nur von einer geringen Anzahl Seßhafter arabischer Stämme bewohnt waren). Seit 1948 wurden nicht weniger als 385 -- drei Viertel der ursprünglichen Zahl -- von den Behörden vollständig zerstört. Übrig gelassen wurden nur 90 der ursprünglichen Dörfer. ... Nahezu alle der 385 zerstörten Dörfer wurden sogar mit ihren Friedhöfen und Grabsteinen buchstäblich mit Bulldozern eingeebnet. Touristen wird erzählt, 'Das war alles eine Wüste'." [5) (S. 159)]

Da gemäß der 1948 verkündeten Unabhängigkeitserklärung Israel seine *"Tür für jeden Juden offenhält"*, nimmt es nicht wunder, wenn die Zionistische Weltorganisation oder die Jewish Agency, mit besonderem Status innerhalb der neuen Regierung abgesichert, ihre internationalen Kontakte und Finanzquellen einsetzten, um die "Judaisierung" bzw. "Zionisierung" des Landes mit allen Mitteln durchzusetzen. Stößt auch dieser Begriff und jener vom "araberrein-machen" bei geschichtsbewußten Israelis auf empörte Kritik, so haben doch Männer wie Herzl, Jabotinsky, Stern, Begin, Ben Gurion, Weizmann, Sharett nicht nur diese Vokabeln selbst verwendet, sondern auch praktiziert. In kürzester Zeit haben sie 90% des Landes als "Israel Land" gekennzeichnet, seine Geschichte getilgt und verfügt, es an nicht-jüdische Mitbürger nicht einmal mehr zu verpachten.[4) (S. 305)]

Offen wurde das Thema in israelischen Zeitungen mit dem Tenor abgehandelt:

"Es ist Pflicht der israelischen Führer, der Öffentlichkeit einige Fakten klar und mutig zu erklären, welche im Verlauf der Zeit verschüttet worden sind. Zu den ersten dieser Tatsachen gehört, daß es keinen Zionismus gibt, keine Siedlung, keinen jüdischen Staat ohne Zwangsräumung der Araber und Enteignung ihres Landes." [8) (S. 113)]

Folgen wir einer neutralen Situationsschilderung kurz vor und nach der "Machtergreifung" bzw. Staatsgründung:

16) Jack Bernstein, "Das Leben eines amerikanischen Juden im rassistischen, marxistischen Israel", Steinkirchen 1985, S. 44.

ITZHAK YEZERNITSKY

Age : 32 years
Height : 165 cms
Build : Heavy
Complexion : Sallow
Hair : Brown
Eyes : Brown
Peculiarities: Thick eyebrows
Peculiarities : Thick eyebrows large ears: unkempt appearance: uses disguise as rabbi
Nationality : Polish
Occupation : Clerk.

Britischer Steckbrief, ausgestellt auf den Terroristen Itzhak Shamir, alias Yezernitsky, alias Jagermützen, 10 Jahre lang Anführer eines Überfallkommandos[34) (S. 169)], Staatsgründungshelfer und später Ministerpräsident Israels von 1986 - 1992.

"Einige Araber flohen angesichts bewußter Terroraktionen, andere, weil der Krieg sich an ihrer Haustür abspielte, überall Granaten explodierten und Zivilisten unter Feuer genommen wurden. Von Anfang an verbreiteten die einrückenden Israelis Furcht und Schrecken, um die Palästinenser aus ihren Häusern zu vertreiben. Diese Israelis waren sogar dann noch davon überzeugt, daß die Welt ihren Ruf »Welche Palästinenser?« widerspruchslos übernimmt (reecho their cry)." [5) (S. 158)]

So berichtete die Londoner ***Times*** über einen von hunderten solcher Terrorakte:

"Am 22. April 1948 griffen Zionisten nach Mitternacht Haifa an, besetzten Häuser, Straßen und öffentliche Gebäude. Die überraschten Palästinenser schleusten ihre Frauen und Kinder in das Hafengebiet, um sie nach Acre zu evakuieren. Auf die in heilloser Flucht befindlichen Araber schossen die herangerückten jüdischen Posten. 100 Araber wurden getötet und 200 verwundet." [5) (S. 158)]

Alfred M. Lilienthal berichtet weiter:

"Das bedeutet nicht, daß die Araber ihrerseits nicht auch Grausamkeiten begangen haben. Aber es ist wesentlich, die Art und Weise zu verstehen, in welcher das Land von Palästinensern freigemacht wurde (was emptied of Palästinians), die seit Jahrhunderten in ihrer Heimat lebten.

***Moshe Dayan**, nunmehr selbsternannter Kritiker des Terrorismus, hatte einen wichtigen Anteil an der frühen zionistischen Terrorkampagne gegen die Einheimischen. Am 11. Juli 1948 griffen von Dayan geführte Kräfte die arabische Stadt Lydda an. Gegenwärtig ist es der Platz des Flughafens von Tel Aviv. Die Prozionisten Jon und David Kimche beschrieben in ihrem Buch 'A Clash of Destinies' genau, was geschah:*

'Dayan fuhr mit voller Geschwindigkeit nach Lydda hinein, feuerte unentwegt in die Stadt und schuf Verwirrung und einen Grad von Terror unter der Bevölkerung. Die 30.000-köpfige arabische Bevölkerung der Stadt floh entweder oder wurde auf der Straße nach Ramallah zusammengetrieben. Am nächsten Tag ergab sich Ramleh, und seine arabische Einwohnerschaft erlitt das gleiche Schicksal.'" [5) (S. 158)]

Allein in diesem Terrorakt starben 250 Palästinenser.

In einer anläßlich dieser geschaffenen Lage einberufenen Strategiesitzung beantwortete **Ben Gurion** die Frage des Truppenkommandeurs und späteren Außenministers Yigal Allon, was mit den 50.000 Arabern der Orte Ramleh und Lydda (heute Lod) geschehen solle, mit einer abweisenden Handbewegung, die besagte:

"Treibt sie hinaus!"[17]

Unter dem Vorwand sicherheitspolitischer Vorkehrungen wurden 1948 die christlichen Araber der kleinen Ortschaften Kafr Baram und Ikrit nahe der Grenze zu Libanon aus ihren Dörfern *"für 2 Wochen"* evakuiert. Später erließ die Knesset mit rückwirkender Kraft ein Land-Enteignungsgesetz, das eine Rückgabe des Besitzes sowie eine Rückkehr der Bewohner unterband.[5) (S. 111)]

Einige Monate nach der Staatsgründung, am 17. September 1948, ermordeten Mitglieder der Sternbande den UN-Vermittler **Graf Folke Bernadotte**, Neffe des schwedischen Königs Gustav V, sowie seinen Adjutanten Oberst André Pierre Serot, als diese in den von Israelis kontrollierten Sektor von Jerusalem gefahren waren.[5) (S. 360)] (Der britische Nahostminister **Lord Moyne** war schon vorher von Leuten dieser Bande in Kairo ermordet worden.) 1977 wurde anläßlich eines neuen Buches über David Ben-Gurion nachgewiesen, daß einer der drei Attentäter zu den besten Freunden des Staatsgründers und Ministerpräsidenten Ben-Gurion zählte. Bernadotte sei erschossen worden, weil er für Jerusalem den Status einer internationalen Stadt befürwortete.

"Seit 1948 sind durch zionistische Terroristen 350 christliche Kirchen und mohamedanische Moscheen zerstört worden." [16) (S. 79)]

Begnügen wir uns mit diesen Ausschnitten eines Gesamtgeschehens, von dem vieles angesichts eines weltweiten Medienschweigens oder -verharmlosens bis heute noch unbekannt geblieben bzw. nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sein dürfte.

Man vergleiche hierzu die Bilanz der "Machtergreifung" Adolf Hitlers in Deutschland, der trotz der von ihm vorgefundenen Bürgerkriegsverhältnisse bei Einhaltung der in der Weimarer Republik üblichen demokratischen Methoden zur Kanzlerschaft berufen wurde, die Wirren und Blutvergießen überraschend schnell beendete und Vertrauen in geordnete Verhältnisse bewirkte. Dennoch wurde ihm und dem ganzen deutschen Volk sogleich ein *"heiliger Krieg im Namen der Zivilisation der Menschheit"* ausgerechnet von jenen Zionisten erklärt, die dann nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges sich zur Machteroberung und -erhaltung in Palästina eines unverhohlenen Mordterrors bedienten!

Noch etwas bleibt zu ergänzen, weil es einen anderen Sachverhalt betrifft:

"Bei seiner Staatsgründung 1948 hat Israel den Ausnahmezustand erklärt, und die Knesset hat ein Gesetz erlassen, das diesen alle 3 Monate automatisch erneuert. Diese Automatik gibt es bis heute; sie macht den zeitlichen Charakter der Verordnungen zur Farce. Israel befindet sich seit seiner Gründung in einem Ausnahmezustand." [4) (S. 64)]

In welchem Licht erscheint angesichts solcher "fort-

17) ***Der Spiegel*** Nr. 46, 1979, S. 186. + Vgl. Fn. 18) S. 87)

schrittlichen Verhältnisse" das damals von Abgeordneten unabhängiger Parteien im Reichstag verabschiedete Ermächtigungsgesetz vom 21. März 1933? Zionisten in England und den USA hatten dies zum Anlaß ihrer Kriegserklärung gegen Deutschland vom 24.3.1933 genommen, obgleich ihr interner Entschluß hierzu bereits am 30.1.1933 gefaßt worden sein dürfte.

Noch 2 Anmerkungen:

Staatspräsident Chaim Weizmann bezeichnete einmal seinen eigenen Ministerpräsidenten Ben Gurion als *"nichts anderes als einen verdammten Faschisten"*.[20]

Am 10.11.1975 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit 72 Stimmen, die 73% der Weltbevölkerung repräsentierten, gegen 35 eine Resolution verabschiedet, die den Zionismus als *"eine Form des Rassismus und rassistischer Diskriminierung"* definierte.[5) (S. 103)]

Grenzen des Anspruchs?

Die Konzeption **David Ben Gurions** (Ministerpräsident von 1948 - 1953 + 1955 - 1963) anläßlich der Staatsgründung 1948, sich nicht auf die Staatsgrenzen festzulegen -- *"sie sind dort, wo unsere Panzer stehen"* --, war ebenfalls eine klare Definition dafür, daß als Grundsatz die Gewalt vor Recht auch für den neuen Staat bestehen bleiben sollte. Bis 1980 hatte die UNO bereits 1.844.318 palästinensische Vertriebene bzw. Flüchtlinge registriert.[18)]

"Ben Gurion hat stets darauf bestanden, daß 'die Grenzen des Staates größer gewesen wären, wäre Moshe Dayan 1948 der Chef gewesen', während Außenminister Yigal Allon, der die Armee im ersten israelisch-arabischen Krieg führte, dem entgegenhielt, daß Ben Gurion den Waffenstillstand befohlen habe. Diese israelischen Führer stimmten jedoch darin überein, daß Israel 'den Litani Fluß im Norden und die Sinai Wüste im Süden besetzen und auch die Gesamtheit unseres Heimatlandes befreien sollte', um Allons Worte zu zitieren." [5) (S. 142)]

Ben-Gurion bestand darauf, den Staat Israel zwar geographisch als Teil des Mittleren Ostens zu betrachten, jedoch sei das Entscheidende, ihn als Teil des Weltjudentums zu werten.[5) (S. 748)]

Im März 1955, inzwischen Verteidigungsminister, strebte er einen Monat nach einem bereits durchgeführten Überfall auf Gaza die endgültige Besetzung von Gaza an. In der diesbezüglichen Kabinettsdiskussion empfahl er, das Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten für ungültig zu erklären, um so freie Hand zu haben, *"den Krieg von 1948/49 weiterzuführen"*. Ben Gurion war *"voller Zorn auf diejenigen, die mit ihm nicht einverstanden und nach seiner Meinung unfähig sind"*, waghalsige Aktionen *"zur eigenen Rettung"* dann durchzuführen, wenn die Gelegenheit dazu günstig ist. Die Sicherheitsabteilungen hatten die Pläne für eine weitere Expansion Israels bereits 1952/53 fertig.[13) (S. 31, 74, 77, 83, 84) + 19)]

Am 26.5.1955 hielt er es für lohnend, *"einem Araber 1 Million Pfund zu bezahlen, damit er einen Krieg anfängt"* [13) (S. 78)] und verfolgte das Ziel, *"den afrikanischen Kontinent in die Sphäre der strategischen Interessen Israels einzubinden"*.[13) (S. 112)]

Moshe Sharett, Ministerpräsident von 1953 - 1955, deklamierte vor dem Jüdischen Weltkongreß:

"Vom Standpunkt des Verfassungsrechts und formaler Souveränität unterscheidet sich Israel nicht von irgendeinem anderen Staat in der Welt. Es beansprucht politische Loyalität nur von seinen eigenen Bürgern. Aber in einem tiefen historischen Sinn, der jedoch einen durchaus handfesten Ausdruck in der Langzeit-Politik und in dem täglichen Leben findet, ist Israel der Besitz des gesamten jüdischen Volkes, d.h. aller Juden in der Welt. Jeder Jude kann einen Teil von ihm beanspruchen. ...

Als Juden können sie sich nicht länger ihre eigene Existenz ohne Israel vorstellen. ... Daher müssen sie alles tun, was sie können -- materiell, politisch, effektiv und legal, auf jedwedem praktischen Weg --, es zu erhalten und zu stärken." [5) (S. 748)]

Menachim Begin in seiner Eigenschaft als Führer der Cherut-Partei (die Irgun-Bande war im Mai 1948 aufgelöst worden und ging in der Cherut-Partei, diese später in der Likud-Partei auf) in einer öffentlichen Rede am 3.1.1956 in Tel Aviv:

"Wir sehen in unserem Norden die fruchtbaren Ebenen von Syrien und Libanon ... im Osten die reichen Täler des Euphrat und Tigris ... das Öl des Irak, im Westen das Land Ägypten. ... Es gibt kein Gedeihen für uns, wenn wir nicht eine Regelung mit der Kraft unseres Armes diktieren. ... Wir müssen die Araber zu völliger Unterwerfung zwingen. ..."[7) (S. 105)]

Am 28. Okt. 1956 erklärte derselbe **Menachim Begin** auf einer Konferenz der Kriegsteilnehmer in Tel Aviv:

"Ihr Israeliten sollt niemals weich werden, wenn Ihr Eure Feinde tötet. Ihr sollt kein Mitleid mit ihnen haben, bis wir die sogenannte arabische Kultur zerstört haben, auf deren Trümmern wir unsere eigene Zivilisation erbauen werden." [7) (S. 105)]

Zionistenführer **Vladimir Jabotinsky**, der früher einmal die Araber als einen *"schreienden Mob, gekleidet in bunten primitiven Lumpen"* bezeichnet hatte[5) (S. 151)], in Haifa am 21.2.1956:

"Wir werden die Araber aus Palästina und Ostjordanien in ihre unfruchtbaren Wüsten treiben. Wir werden einen jüdischen Staat aufbauen, der sich weit über die Grenzen von Palästina ausdehnen wird." [7) (S. 105)]

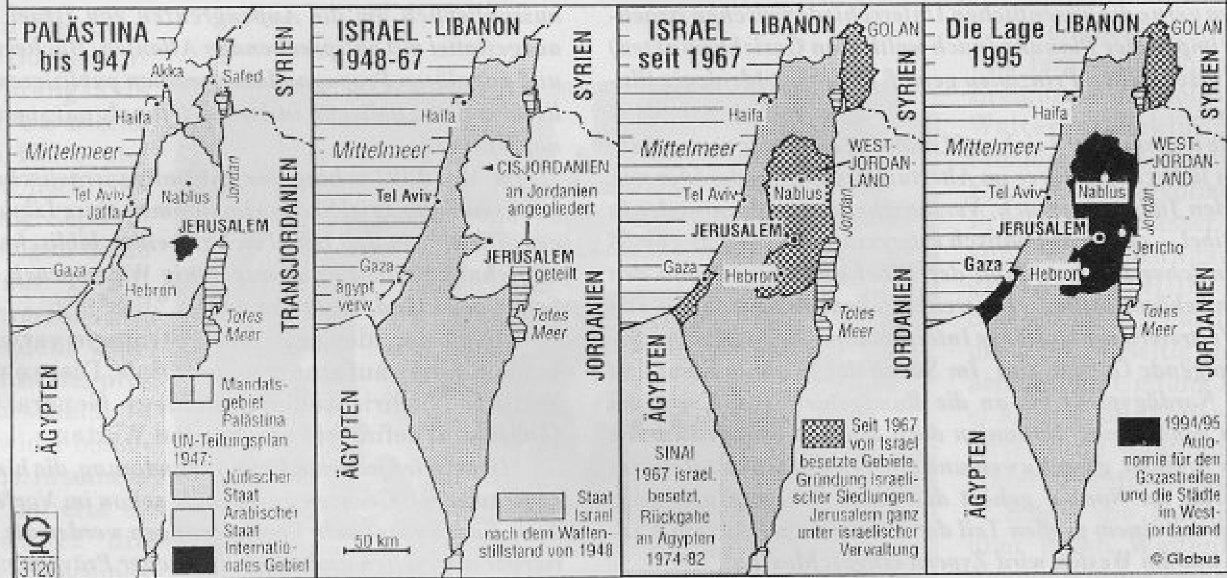
Moshe Dayan beschrieb die Zielvorstellung in seiner Eigenschaft als damaliger Oberbefehlshaber der Armee im April 1955, indem er einen Sicherheitspakt mit den USA ablehnte, um sich nicht die eigene Aktionsfreiheit nehmen und sich *"Handschellen anlegen"* zu lassen.[13) (S. 77, 78)]

Dayan als Verteidigungsminister unmittelbar nach dem 6-Tage-Krieg 1967:

18) D. Bednarz / H. Lüders (Hrsg.), "Palästina Protokolle -- Bestandsaufnahme und Perspektive", Hannover 1981, S. 207.

19) Vgl. die insgesamt hierzu bereits zusammengefaßten Ausführungen zum Buch von Livia Rokach, "Israels Heiliger Terror" in *HT* Nr. 26 S. 36 ff.

20) *Der Spiegel*, Nr. 48/1956, 28.11.1956, S. 40.



"Unsere Väter haben die Grenzen erreicht, die in dem Teilungsplan anerkannt waren. Unsere Generation hat die Grenzen von 1949 ermöglicht. Nun hat die 6-Tage-Generation es geschafft, zum Suez, Jordan und auf die Golan Höhen zu gelangen. Das ist nicht das Ende. Nach den gegenwärtigen Waffenstillstandslinien wird es neue geben. Sie werden sich jenseits des Jordan ausdehnen, vielleicht nach Libanon, vielleicht auch nach Zentral-Syrien." 5) (S. 142)

Zwei Jahre später derselbe Mann als Außenminister vor Absolventen der Kadettenschule:

"Die Araber sind mit unserem Unternehmen nicht einverstanden. Wenn wir unsere Arbeit in Eretz Israel gegen ihre Wünsche weiter betreiben wollen, gibt es keine Alternative dafür, den Verlust von Leben in Kauf zu nehmen. Es ist unser Schicksal, daß wir uns in einem Status ständiger Kriegführung mit den Arabern befinden. Diese Situation mag sicher unerwünscht sein, aber sie ist Realität." 5) (S. 143)

Premierministerin (1969 - 1974) **Golda Meir**, nachdem sie eine Einmischung der USA mit den Worten abgewehrt hatte, *"dies ist nicht die Grenze der USA, wir sprechen hingegen vom jüdischen Volk"*, antwortete auf die ergänzende Frage, welche Grenzen Israel denn nun zu akzeptieren bereit sei:

"Israel ist dort, wo Juden sind. Es ist nicht eine Linie auf einer Karte." 5) (S. 748)

Ariel Sharon erklärte im Dezember 1981 als Kriegsminister, daß

"die Sphäre der strategischen Interessen sich in den achtziger Jahren über die arabischen Staaten hinaus bis zu den Küsten des Mittelmeeres unter Einschließung von Ländern wie der Türkei, Iran, Pakistan, Gebieten des Persischen Golfes und Afrika ausdehnen würden, insbesondere auf Nord- und Zentralafrika." 13) (S. 112)

Eine Beruhigung für die Nachbarn war das nicht. Wenn er auch am 30.11.1981, also kurz zuvor, im Auftrag seiner Regierung mit den USA ein Memorandum zur strategischen Verständigung unterzeichnet hatte, das ihm offensichtlich die Rückendeckung für solch weitgesteckte Ziele gab, so trat er selbst dieser befreundeten Großmacht gegenüber keineswegs bescheiden auf, als er auch sie warnte,

"Israel sei durchaus in der Lage, zu einem Schlag weit über seine Grenzen hinaus auszuholen."

In einer anschließenden Parlamentssitzung parierte er einen Vorwurf mit den Worten:

"Man hält uns für verrückt? Um so besser!" 13) (S. 112 - 113)

Schon zuvor hatten israelische Zeitungen gefordert, ggfs. auch den USA unter Androhung, die Ölquellen im Golf zu sprengen, klar zu machen, daß sich Israel seine Politik von niemandem vorschreiben lasse.

Der einstige *"militante und steckbrieflich gesuchte Kämpfer gegen die britische Mandatsmacht"* und spätere Ministerpräsident (1983 + 1986 - 1992) **Yitzhak Shamir** war stets von dem Glauben an das jüdische Recht auf *"ganz Eretz Israel"* durchdrungen, -- gemäß 5. Mose, 11. Vers 24: *"Alle Örter, darauf eure Fußsohle tritt, sollen euer sein."*

"Wo auch immer Juden den Fuß gesetzt hätten, gehöre das Land dem jüdischen Volk und nur diesem, erklärte er als Premier vor einigen Jahren -- und danach handelte er auch. Einem territorialen Kompromiß mit den Palästinensern widersetzte sich Shamir mit aller Kraft." 21)

Je nach Bedarf wird Land beschlagnahmt mit religiös motivierter "Begründung" oder auch ohne.

"Die Landnahme (gilt für die jüdischen Siedler) als Beginn der Diesseitigen Erlösung." 22)

"DW Jerusalem:

Israel will in nächster Zeit weitere 120 Hektar Land in Ost-Jerusalem konfiszieren. Das kündigte der israelische Wohnungsbauminister Benjamin Elieser nach Angaben der israelischen Tageszeitung ***Ma'ariv*** *an. In Jerusalem werden in den kommenden Jahren 30.000 Wohnungen neu gebaut, und die Konfiszierung von Land wird je nach Bedarf beschlossen, zitierte die Zeitung Elieser."* 23)

Prof. Israel Shahak hierzu:

"Ich möchte an dieser Stelle an Hand von neuen Entwick-

21) *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 2.11.1995, S. 1 "Ein Kämpfer für Groß-Israel".
22) *Süddeutsche Zeitung*, 25.4.1995, S. 3.
23) *Die Welt*, 10.5.1995, S. 4.

lungen gerne die wesentlichen Unterschiede zwischen israelischer imperialer Planung (nach weltlichen Gesichtspunkten) und zwischen den Prinzipien gemäß jüdischer Ideologie illustrieren.

Die letztere beruft sich auf Land, das entweder von irgendeinem jüdischen Führer im Altertum regiert wurde, oder was Gott den Juden versprach. Versprochenes Land, entweder in der Bibel -- oder was politisch interessanter ist -- was gemäß rabbinischer Interpretation der Bibel und des Talmud den Juden gehören sollte. ... Die weitestgehenden Ansprüche, von den Vertretern rabbinischer Interpretation formuliert, schließen folgende Gebiete ein: Im Süden der gesamte Sinai und Teile Nordägyptens bis an die Randgebiete von Kairo; im Osten gehört ganz Jordanien dazu und ein großer Teil von Saudi Arabien, ganz Kuweit und ein Teil des Irak südlich des Euphrat; im Norden gehört der ganze Libanon und ganz Syrien mit einem großen Teil der Türkei dazu (bis zum Van-See); und im Westen wird Zypern eingeschlossen.

Ein enormer Apparat von Forschern, Diskutanten, die sich ausschließlich um die Außengrenzen von Israel kümmern, ausgestattet mit entsprechenden Atlanten, Büchern, Artikeln und populären Propagandamaterialien publizieren diese biblischen Grenzanliegen in Israel. Oftmals mit staatlichen Finanzspritzen. ...

Im Mai 1993 schlug der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon im Rahmen eines Likud-Parteitages offiziell vor, daß Israel sich zu seinen biblischen Grenzen ausdehnen sollte. Es gab nur wenig Widerspruch. Nicht von Seiten des Likud, nicht von außen." [6) (S. 9 + 10)]

Neben der ideologisierten Strategie verweist Prof. Isaak Shahak auf eine rein imperiale. Diese entwickelte amtlich Nachrichtenkommandeur General **Shlomo Gazit** und definierte sie mit den Worten:

"Israel wird jede mögliche Veränderung, die hinter seinen unmittelbaren Grenzen geschehen, schon im Vorfeld verhindern. Sich andeutende Veränderungen werden als nicht tolerierbar angesehen und mit militärischer Präventivmacht zum Zwecke der Ausrottung gar nicht erst geschehen lassen." [6) (S. 11)]

Suez-Intervention 1956

Moshe Sharett (Außenminister von 1948 - 1954, Premierminister von 1954 - 1955) vertraute unter vielen anderen brisanten Einzelheiten seinem "Persönlichen Tagebuch" (1979 in hebräischer Sprache in Tel Aviv veröffentlicht, 8 Bände, 2.400 Seiten) an,

"daß ein großer Krieg gegen Ägypten, der auf die Eroberung von Gaza und des Sinai abzielte, zumindest schon im Herbst 1953 auf der Tagesordnung der israelischen Führer stand. ... Man einigte sich damals darauf, daß die internationalen Bedingungen für einen derartigen Krieg ungefähr innerhalb der nächsten 3 Jahre reif wären. Der israelische Militärüberfall auf Gaza im Februar 1955 wurde bewußt als einleitender Kriegsakt unternommen." [13) (S. 21)]

Der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser hatte diesen israelischen Militärüberfall auf Gaza am 28.2.1955 als entscheidenden Wendepunkt bezeichnet, der ihm klargemacht habe, daß es für die von ihm bisher vertretene versöhnliche Politik gegenüber Israel keine Chance gab. [13) (S. 100)]

"Zitate von Moshe Sharett zeigen, daß derartige Aktivitäten nicht aus Rache oder Vergeltung ausgeführt wurden, sondern daß es sich dabei um ein Produkt vorformulierter Politik Ben Gurions und Moshe Dayans handelte. Diese Politik zielte auf eine Konfliktgeladenheit an den Grenzen zur Vorbereitung auf einen Krieg und als Vorwand, um die palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern nahe der Grenze zu vertreiben. Sharetts Tagebuch offenbart auch, daß Präsident Yitzhak Ben Zvi auf einen ägyptischen Angriff hoffte, um Israels Besetzung der Sinaihalbinsel zu rechtfertigen. Weiterhin wird klar, daß die Vorfälle an der syrischen Grenze ein Ergebnis israelischer Initiative waren.

Sharett behandelt ausführlich die Hintergründe des Blutbades im Ort Kibya, für das die Einheit 101 unter Arik Sharon verantwortlich zeichnete und bei dem 56 unschuldige Araber getötet wurden. Er spricht auch davon, wie die Regierung eine falsche Erklärung abgab, in der dieser Vorfall als eine Partisanenaktion von 'Siedlern' dargestellt wird." [13) (S. 109 - 110)]

Moshe Sharett notierte am 14.4.1955:

"Berichte von US-Botschaften in arabischen Hauptstädten, die in Washington studiert wurden, haben das Außenministerium zu der Überzeugung kommen lassen, daß ein israelischer Plan von Vergeltungsschlägen existiert, der nach einem schon festgelegten Zeitplan in die Tat umgesetzt wird, und dessen Ziel es ist, die Spannungen in der Region ständig eskalieren zu lassen, um einen Krieg herbeizuführen.

Die amerikanische Diplomatie ist auch davon überzeugt, daß Israel die amerikanischen Verhandlungen mit Ägypten, mit dem Irak und der Türkei sabotieren will, die auf die Errichtung eines pro-westlichen Bündnisses abzielen." [13) (S. 61)]

Die sich verbessernden Beziehungen zwischen Ägypten und den USA waren in Tel Aviv tatsächlich unerwünscht, weil dies womöglich den Dollarfluß nach Israel hätte beeinträchtigen können. Verteidigungsminister Pinhas Lavon mußte mit seinem Namen dafür herhalten, als Generalstabschef Moshe Dayan Ende August 1954 zwei Sabotagetrupps über den Nil mit dem Auftrag sandte, Büros und Mitarbeiter der USA zu attackieren und auch anti-britische Terrorakte zu simulieren. Sein und seiner Leute *"kriegsfreudiger Plan"* war:

"Israel müsse die Westmächte gegen den Kairoer Staatschef Nasser aufhetzen und im Bündnis mit diesen Staaten den ägyptischen Erzfeind militärisch liquidieren -- anders sei die Sicherheit Israels nicht mehr zu gewährleisten." [24)]

Verschiedene Bombenanschläge gegen US-Einrich-

24) *Der Spiegel* Nr. 4/1961, 18.1.1961, S. 41.

tungen in Ägypten folgten. In Bücher verpackte Sprengsätze gingen in US-Bibliotheken in Kairo und Alexandria hoch. Bereits Anfang September 1954 flogen beide Gruppen auf. 13 Juden wurden gefaßt. Ministerpräsident Sharett dementierte, protestierte, beschuldigte die Opfer wider besseren Wissens. In seinem Tagebuch notierte er auf Seite 712 die Schlußfolgerung eines Kairoer US-Botschafts-Angehörigen: *"Selbst wenn es* (im Prozeß von Alexandria) *ein Todesurteil gibt, wäre es* (für Israel) *kein Unglück, weil es uns* (den Israelis) *wahrscheinlich helfen wird, in den USA mehr Geld zu sammeln."* 13) (S. 98)

Palästinensischer Arbeitsmarkt in Ost-Jerusalem

Es wurden 2 Todesurteile gesprochen, 8 Mittäter erhielten lebenslänglichen Freiheitsentzug.

Die ***London Times*** geißelte dieses Unternehmen als *"verhängnisvolles Abenteuer"*. 5) (S. 364 - 365)

Zur gleichen Zeit waren kleine Kampfgruppen in das Westjordanland und Gaza eingedrungen -- mit den klaren Anweisungen, isolierte ägyptische oder jordanische Militärpatrouillen anzugreifen oder in den Dörfern Sabotage- oder Mordanschläge durchzuführen.

"Immer wurden diese Aktionen später in einem offiziellen Statement fälschlicherweise so dargestellt, als ob sie auf israelischem Gebiet stattgefunden hätten. Der Militärsprecher erklärte gewöhnlich, daß die Patrouille -- einmal angegriffen -- die Aggressoren bis auf feindliches Terrain verfolgte. Solche fast täglichen Aktionen -- von Arik Sharon's Spezial-Fallschirmjägern ausgeführt -- verursachten zahlreiche Verluste. Gewöhnlich mußte der Premierminister raten, was wirklich passierte." 13) (S. 60)

Ministerpräsident **Sharett** notierte schließlich verzweifelt in seinem Tagebuch:

"Ich habe über die lange Kette von falschen Vorfällen und Feindseligkeiten, die wir erfunden haben, nachgedacht; über die vielen Zusammenstöße, die wir provoziert haben, die uns so viel Blut kosten; über die Rechtsverletzungen unserer Männer -- die alle schlimmes Unheil brachten und den Lauf der Ereignisse festlegten und zur Sicherheitskrise beitrugen. ...

Ich hätte mir nie vorstellen können, daß wir solch einen schrecklichen Zustand von vergifteten Beziehungen erreichen, den Ausbruch der niedrigsten Instinkte von Haß und Rache und gegenseitigem Betrug an der Spitze unseres berühmten (Verteidigungs-)Ministeriums.

Ich gehe umher wie ein Geisteskranker, von Entsetzen befallen und verloren, völlig hilfslos ... was soll ich machen?, Was soll ich machen?" (10.1.1954, S. 639) 13) (S. 22 + 72)

Zweifellos haben auch von Israel unabhängige Ereignisse die politische Weiterentwicklung im Mittleren Osten geprägt, z.B. der vom ägyptischen Präsidenten Nasser versuchte Rüstungsausgleich mit Hilfe der Sowjetmacht, nachdem die USA einseitig in beachtlichem Umfang Israel auch neue Waffen lieferten und Ägypten die Unterstützung versagten.

Schon die Nachricht über einen Waffenkauf Ägyptens in der Tschechoslowakei Ende September 1955 kommentierte **Ben Gurion** am 3.10.1955 im Kabinett:

"Wenn sie tatsächlich MIG's erhalten, ... werde ich das Bombardement befürworten. Wir können es machen!" 13) (S. 88)

Aus den USA schien grünes Licht signalisiert worden zu sein. 1956 nahm Washington die Hinneigung Nassers zu den kommunistischen Ostblockstaaten, um den zurückgebliebenen Rüstungsstand Ägyptens in etwa mit dem Nachbarn Israel auszugleichen, zum Anlaß, eine zugesagte Anleihe zum Bau des Assuan-Staudammes zu verweigern. Dies wiederum wurde von Kairo mit Verstaatlichung des Suezkanals beantwortet. Doch diese Souveränität wurde Ägypten nicht zugestanden. England und Frankreich sahen sich herausgefordert, aber auch Israel durch die von Ägypten veranlaßte Blockierung der Straße von Tirana und des Suezkanals für Schiffe, die von oder nach Israel unterwegs waren.

Wie immer auch beurteilt werden möge, wer hier den verhängnisvollen Stein ins Rollen brachte, Israel nutzte dieses Geschehen als Vorwand, um gemeinsam mit England und Frankreich in einem Überraschungsschlag bis über den Suezkanal vorzudringen. Erst ultimatives Eingreifen der Sowjetunion, die zeitgleich den Aufstand in Ungarn niedergeschlagen hatte, und der USA bewirkten nach langwierigen Verhandlungen einen erneuten Rückzug der israelischen Truppen und Preisgabe des größten Teiles des Sinais bei Freigabe der Suezdurchfahrt und Stationierung von UN-Sicherungstruppen an der ägyptisch-israelischen Grenze.

Von Kriegsverbrecherprozessen war keine Rede, weder von einer "Verschwörung gegen den Frieden" noch von "Vergehen gegen die Menschlichkeit". Als Jahrzehnte später -- 1995 -- Kriegsverbrechen israelischer Militärs öffentlich zugegeben wurden -- z.B. gestand General Arieh Giro, damals Hauptmann (Captain) ein, seinerzeit 49 ägyptische Kriegsgefangene getötet zu haben --, galten sie als "verjährt". Er war nicht Angehöriger des angeblichen *"Tätervolkes"*.[25]

25) *Deutsche Nationalzeitung*, München, 8.9.1995 + 6.10.1995 + *Time*, 28.8.1995.

Der 6-Tage-Krieg vom 5. - 12. Juni 1967 galt der Eroberung

Nachdem sichergestellt war, daß die USA gegen einen Angriff Israels auf Ägypten nicht intervenieren, sondern sogar Satellitenhilfe gewähren würden -- *"der israelische Geheimdienstchef hatte persönlich vom US-Verteidigungsminister Robert McNamara grünes Licht für den Auftakt zu Kriegsoperationen bekommen"* [13)(S. 117)] --, faßte das israelische Kabinett in einer Geheimsitzung am 3. Juni den Entschluß zum Angriff nach Westen und Osten bei gleichzeitiger Vorsorge zur Verbreitung der Desinformationsnachrichten, daß die Armeen Ägyptens, Syriens und Jordaniens für einen Vernichtungsschlag gegen Israel aufmarschiert seien.

Erst Jahre später wurde die weltweit ausgestreute Propaganda entlarvt. Weder hatte es eine ägyptische Angriffsabsicht gegen Israel gegeben, noch eine militärische Operationsabsprache zwischen Ägypten, Syrien und Jordanien:

Mordecai Bentov, Mitglied der Koalitionsregierung von 1967:

"Die ganze Geschichte der Vernichtung war in jeder Einzelheit erfunden und von vornherein übertrieben, um die Annektion neuen arabischen Territoriums zu rechtfertigen." [5) (S. 557)]

Der israelische General **Matetiyahu Peled** gestand im israelischen Rundfunk ein: der israelische Geheimdienst habe gewußt, daß Ägypten nicht auf einen Krieg vorbereitet war. Sie hätten zwar im Sinai 80.000 Soldaten zusammengezogen, doch Israel hatte dort mehrere hunderttausend. Die Behauptung, es habe ein Vernichtungsschlag gegen Israel gedroht, war reiner Bluff. Auch in Washington hat man das gewußt.[5) (S. 557)]

General **Ezer Weizmann**, ein Neffe des ersten Präsidenten Israels und Operationschef während des 6-Tage-Krieges:

"Es gab niemals eine Gefahr der Vernichtung. Diese Hypothese ist niemals auf irgendeinem ernsthaften Treffen in Betracht gezogen worden. Wenn die Ägypter das Feuer zuerst eröffnet hätten, so würden sie eine akute Niederlage erlitten haben. Der Krieg hätte etwas länger gedauert, und die israelische Luftwaffe hätte 13 Stunden benötigt anstatt 3, um die Luftherrschaft zu erzielen. Der Preis des Sieges würde auch höher gewesen sein." [5) (S. 558)]

Der Kommandeur der israelischen Luftwaffe, Brigadier **Mordechai Hod**, gab bereits einen Monat nach Kriegsende zu:

"Die Planung von 16 Jahren ist in diesen 80 Minuten der anfänglichen Initiative aufgegangen. Wir lebten mit dem Plan, wir überschliefen den Plan, wir verdauten den Plan, wir verbesserten ihn unentwegt." [5) (S. 558)]

Im Verlauf dieses 6-Tage-Krieges eignete sich Israel Teile der Sinai-Halbinsel, den Gaza-Streifen (Einwohner = 1 - 1,4 Millionen Araber) und das Westjordanland an. Die United Nations Relief and Works Agency (UNRWA) erfaßte in ihrer Statistik 95.000 Flüchtlinge allein aus der Westbank und den Flüchtlingslagern am Jordan.[5) (S. 107)]

Über die Methoden der Besetzung wird berichtet:

"In den ersten Tagen des Juni 1967 fand sich die Bevölkerung der Westbank von Jordan, einschließlich Jerusalems unter israelischer Besatzung, und die gleiche Tragödie von 1948 wiederholte sich. Ihre Nationalität und Persönlichkeit wurde erneut in Frage gestellt.

Terror herrschte, als die israelische Armee in Jerusalem eintraf. Plünderung in großem Maßstab begann, und in 90% aller Geschäfte war eingebrochen worden. Sowohl uniformierte als auch zivile Israelis plünderten Häuser und leerten sie von allem Wertvollen. Die Einwohner von Jerusalem begriffen anfangs nicht, was vor sich ging. Viele von ihnen, die zum ersten Mal israelische Soldaten sahen, hielten diese für Iraker, die ihnen zur Hilfe kämen. Diesem Mißverständnis zufolge wurden viele Zivilisten, die solche Soldaten willkommen hießen, getötet.

In den folgenden 5 Tagen wurde die Ausgangssperre auf 2 Stunden am Tag gelockert. Als dies genehmigt war, zeigte sich als erster Eindruck beim Verlassen des Hauses die weitreichende Zerstörung von Häusern und Handelsplätzen und die Zahl der Leichen arabischer Zivilisten und Soldaten in den Straßen. Die Leute liefen hin und her, um ihre Verwandten zu suchen. Ein jeder schien jemanden zu vermissen. In einigen Häusern vermißte man bis zu 10 Personen. Hunderte unschuldiger junger Männer wurden gewaltsam in Lkws verfrachtet und ohne jegliche Anklage eingesperrt. Ihr Schicksal ist noch zweifelhaft.

Das arabische Jerusalem war nicht auf einen Krieg vorbereitet und zwar aus dem einfachen Grund, weil man es als heilige Stadt vor Kriegsgeschehen sicher wähnte. Nicht ein einziger Sandsack war vorbereitet, keinerlei Schutz vorgesehen. Die Zivilbevölkerung war nicht für Verteidigung ausgebildet." [5) (S. 163)]

Nahm auch jeder Offizier und Soldat bei derartigen Aktionen die Initiative in die eigene Hand, so geschah dies dennoch auf Veranlassung und Duldung der in dieser Richtung aktiv werdenden Regierung:

"Seitdem wurde Jerusalem ein spezielles Opfer israelischer Expansionspolitik. Nach dem 1967-Krieg entwickelte die israelische Regierung ein Programm der Zionisierung Ost-Jerusalems. Für diesen Zweck wurde eine Gesellschaft zur Wiederherstellung und Entwicklung des jüdischen Viertels gegründet. Enteignungsbescheide wurden erlassen. Die Gesellschaft übernahm die existierenden Gebäude, rekonstruierte sie und verkaufte sie dann an Juden. Der Zweck war natürlich, schnellstens hunderte von arabischen Familien zu verdrängen. Den Bewohnern wurde eine lächerliche Entschädigung angeboten." [5) (S. 166)]

Unabhängig hiervon wurden die Häuser von 100 arabischen Familien niedergerissen, um Platz gegen-

über der Klagemauer zu schaffen. In Jerusalem *"nahm der zionistische Expansionismus die Form gänzlicher Zerstörung und widerrechtlicher Aneignung an".* [5](S. 165)

"Als Teil ihres Programms, die Araber hinauszutreiben (push out the Arabs) und die Juden hereinzuholen, ergriff die israelische Regierung unmittelbar nach dem Krieg 1967 die Initiative für neue Siedlungen in allen besetzten Gebieten. Obgleich dies eine Verletzung des Artikels 49 der 4. Genfer Konvention bedeutete, die Israel selbst unterzeichnet hatte, und die vorsah, daß Besatzungsmächten nicht erlaubt ist, eigene Bevölkerungen in besetzte Gebiete zu deportieren oder umzusiedeln, wurden die Siedlungen von den israelischen Falken willkommen geheißen. Diese wollten eine Situation schaffen, die es irgendeiner späteren israelischen Regierung unmöglich machen würde, sich aus den arabischen Territorien, die im 6-Tage-Krieg erobert worden waren, wieder zurückzuziehen." [5](S.187)

Und so geschah es dann auch. Militärische und paramilitärische Außenposten, ob auf den Golanhöhen oder im Jordantal, im Sinai oder um Jerusalem, wurden nach und nach in bewaffnete zivile Siedlungen umgewandelt und die Gebiete als "integrale Bestandteile Israels" bezeichnet und behandelt. Nachfolgende israelische Politiker beharrten auf dem Annexions- und Siedlungsrecht in den besetzten Gebieten. Für sie alle sei **Moshe Dayan** vor der Weltversammlung der Jewish Agency in Jerusalem als damaliger Verteidigungsminister am 7.1.1973 zitiert:

"Jedwede Friedensvereinbarung, die Israel mit Jordanien abschließen sollte, sollte das Recht der Israelis einschließen, überall in der Westbank des Jordanflusses zu siedeln. Die Westbank -- ich ziehe vor, sie Judea und Samaria zu nennen -- ist Teil unseres Heimatlandes. Da es unser Heimatland ist, sollten wir das Recht haben, überall zu siedeln, ohne auf Visen oder Pässe anderer angewiesen zu sein." [5](S. 9)

Die Vereinten Nationen forderten zwar in der Resolution 242 am 22. November 1967 den israelischen Abzug aus den besetzten Gebieten. Doch dies störte die Verantwortungsträger in Tel Aviv ebensowenig wie ihre Brüskierung der Weltöffentlichkeit durch ihre Verstöße gegen die Vierte Genfer Konvention, derzufolge eine Besatzungsmacht erobertes Gebiet nicht besiedeln und alteingesessene Bewohner nicht vertreiben darf. Infolge des 6-Tage-Krieges 1967 verloren 500.000 Palästinenser ihr Zuhause.[26]

Nahezu unaufhörlich befaßten sich die Vereinten Nationen mit den Zuständen in Israel, ohne Wesentliches zu ändern:

"Die Politik der physischen Zerstörung palästinensischer Siedlungen innerhalb des von Israel kontrollierten Gebietes hat nie aufgehört. Um ihre erzielten Gewinne nach dem 1967-Krieg zu verfestigen, zerstörten die Israelis nach Angaben der UN während der Zeit zwischen dem 11. Juni 1967 und dem 15. November 1969 etwa 7.554 palästinensische Häuser (homes) in den Gebieten, die sie während des Krieges erobert haben. In dieser Zahl sind nicht enthalten 35 Dörfer in den besetzten Golanhöhen, die total geschleift wurden (razed to the ground). In den 2 Jahren zwischen September 1969 und 1971 wird die Zahl abgerissener Häuser auf 16.312 geschätzt." [5](S. 160)

26) ***Welt am Sonntag***, 7.1.1996, S. 27.

Golda Meir, Israels Ministerpräsidentin von 1969 - 1974, mit dem ehemaligen US-Finanzminister Henry Morgenthau in seiner Eigenschaft als Leiter der US-Finanzbehörde für Israel.

Die Bewohner wurden vertrieben.

Die Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens, des West-Jordan-Landes, der Golanhöhen, der Sicherheitszone im Süden Libanons ist ebenso eine rein machtpolitische Entscheidung der israelischen Führung wie ihre dort errichtete Herrschaftsstruktur. Mit Völkerrecht ist weder das eine noch das andere vereinbar.

Wenige Berichte gab es in der Welt über das Martyrium der ägyptischen Soldaten, die in der Wüste abgeschnitten, barfuß unter glühender Sonne umherirren mußten oder qualvoll unter Napalmangriffen umgekommen sind. Nur die Zeitschrift ***Life*** brachte einen kurzen Ausschnitt hierüber.

"Total unterschlagen wurde die Zerstörung der Städte Suez und Ismailia, wo tatsächlich jedes wichtige Gebäude dem Erdboden gleichgemacht wurde und deren über 100.000 Bewohner hinausgetrieben wurden." [5](S. 289)

Israelische Kriegsverbrechen auch aus diesem Krieg wurden jahrzehntelang offiziell geheimgehalten, schließlich jedoch von dem israelischen Militärhistoriker Arieh Jitzhaki, Dozent an der Bar-Ilan-Universität Tel Aviv, in einer offiziellen Auftragsarbeit aufgedeckt und der Weltöffentlichkeit bekannt: In einem halben Dutzend "Zwischenfällen" seien insgesamt fast 1.000 ägyptische Kriegsgefangene umgebracht worden. Der damalige Generalstabschef Yitzhak Rabin wußte davon, doch ließ er die Nachrichten unterdrücken. Bestraft wurde niemand.[25] Inzwischen sind die "Vorfälle" verjährt, -- im Gegensatz zu den seit 1945 gegen deutsche Militärs immer noch anhängigen, "unverjährbaren Kriegsverbrechen" und einseitig gehandhabter Justiz!

Israels Rechtssystem beruht auf Ungleichheit der Bürger

Volksgenosse kann nicht jeder sein: Zirka 800.000 Palästinenser sind israelische Staatsbürger -- 18% der Gesamtbevölkerung --, doch verfügen sie nicht über die gleichen Rechte wie die jüdischen Israelis. Wo sie leben oder siedeln oder arbeiten dürfen, wird ihnen vorgeschrieben. Dieser Staat ist ausschließlich auf die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung ausgerichtet.

"Israel ist das Land der Juden und nur der Juden."

So der Staatsgründer David Ben Gurion entsprechend dem Vermächtnis von Theodor Herzl und auch der Politik seiner Nachfolger.[5) (S. 105)]

Von Anbeginn der Staatsgründung war die israelische Führerschaft bemüht, eine verstärkte Einwanderung von Juden aus allen Teilen der Welt bei gleichzeitiger Verdrängung einheimischer Araber zu forcieren.

Dieser Zielsetzung entsprechend wurden unterschiedliche Rechte für die einen und die anderen eingeführt. Es gibt ein ziviles, ein religiöses und ein Notstandsrecht. Der spätere israelische Justizminister **Ya'akov S. Shapira** erklärte schon 1946 mit Bezug auf die seinerzeitigen Notstandsverordnungen der britischen Mandatsmacht, die nach 1948 von den israelischen Behörden weitgehend übernommen worden sind:

"Die Art von Herrschaft, die mit der Verabschiedung der Notstandsverordnungen in Eretz Israel etabliert wurde, hat in keinem aufgeklärten Land ihresgleichen. Sogar im Nazi-Deutschland gab es keine solchen Gesetze." [4) (S. 216)]

So beginnt die Deklassierung schon mit dem Paß.

Eine israelische Nationalität gibt es nicht. Im Personalausweis steht für Nationalität nicht "israelisch", sondern "jüdisch", -- in Abgrenzung zu den anderen.

Die Ungleichbehandlung von jüdischen und nichtjüdischen israelischen Staatsbürgern kommt vor allem in drei wesentlichen Lebensbereichen elementar zum Ausdruck:

1.) Dem Wohn- und Siedlungsrecht,
2.) dem Recht auf Arbeit und
3.) dem Recht auf gleiche Behandlung vor Gericht.

1.) Wohn- und Siedlungsrecht

Die Identifikationskarten der Araber enthalten einen Vermerk, der bei Verlassen des Landes das Recht auf Rückkehr in Frage stellt und auch Reisebeschränkungen innerhalb des Landes zum Ausdruck bringt. Autokennzeichen und Telefonnummern sind unterschiedlich für Juden und Araber. In den Armeedienst wird nicht jeder aufgenommen.

Ein Jude irgendwo in der Welt, sofern er nachweisen kann, von einer jüdischen Mutter abzustammen -- zuweilen genügt der Nachweis jüdischer Religionszugehörigkeit, das Gesetz definiert keinen genauen Unterschied --, erhält mit der Einwanderung unverzüglich die vollwertige israelische Staatsbürgerschaft. Hingegen ist es für einen Araber keineswegs einfach, die Staatsbürgerschaft selbst minderen Rechts zu erhalten, wenn er langjährig im von Israel besetzten Gebiet gelebt hat. Selbst im Fall der Rückkehr oder Familienzusammenführung hat er keinen Anspruch. Unter Hinweis auf seinen früheren Wohnsitz wäre er beweispflichtig für vielerlei Anforderungen, die er mangels Grundbuchakten und sonstiger notwendigen Dokumente meist nicht erbringen kann. Er muß nachweisen, daß er mindestens 3 Jahre vor Antragstellung ununterbrochen in Palästina gewohnt hat, über Kenntnisse der hebräischen Sprache verfügt, keine fremde Staatsbürgerschaft besitzt. Er hat dem Staat Israel Treue zu geloben. Ein einwandernder Jude braucht seine frühere Staatsbürgerschaft nicht aufzugeben.[27] Das Distriktgericht kann auf Antrag des Innenministers die Einbürgerung eines Palästinensers (ggfs. auch seiner ganzen Familie) aufheben, u.a. wenn ein behaupteter Treubruch gegenüber dem Staat Israel vorliegt. Das Nationalitätengesetz vom 14.7.1952 gestattet sogar, Palästinenser, die in dem Gebiet geboren sind, über das Israel bereits vor 1967 verfügte, zu "Temporary Residents" -- zu zeitbegrenzt Wohnberechtigten --, ja sogar für staatenlos zu erklären, ebenso auch solche, die in den später eroberten Gebieten geboren sind. Unter solchen Verhältnissen leben Tausende in Israel.[5) (S. 174 + 110)]

Schon 1950 wurde ein Gesetz verkündet, das die Beschlagnahme jeglichen palästinensischen Eigentums ermöglicht. Das Land-Enteignungsgesetz von 1953 legalisiert die Enteignung arabischen Landes bei geringwertiger Entschädigung.[5) (S. 115)]

"Darunter fallen alle Personen, die nach dem November 1947 auch nur vorübergehend das Land verlassen haben. Ebenso trifft das Gesetz auf alle palästinensischen Bürger Israels zu, die zwar nie das Land verlassen haben, sich aber z.B. während des Krieges auch nur auf eine geringe Distanz entfernt hatten und damit als »intern Abwesende« im Sinne dieses Gesetzes gelten. Nach dem 6-Tage-Krieg wurde das Gesetz durch die Militärverordnung Nr. 58 auf die Palästinenser in den besetzten Gebieten übertragen. Rund 8% des Landes der Westbank fielen so in die Verwaltung des »Custodian of Absentee Property«." [4) (S. 347)]

1960 ermöglichte ein weiteres Gesetz in noch größerem Ausmaß Beschlagnahme palästinensischen Lan-

27) Yehoshua Freudenheim, "Die Staatsordnung Israels", München - Berlin 1963, S. 253.

des und Eigentums zugunsten des Staates Israel, der dann z.T. über die Weitergabe dieses bisherigen Privatbesitzes nach eigenem Gutdünken entschied.

Einreise- und Ausreisegenehmigungen vom oder ins Ausland unterliegen willkürlichen und restriktiven Entscheidungen der Behörden selbst in Fällen von Familienzusammenführungen oder Rückkehrwilligen. Auch der Entzug von Wohnrecht oder sogar Enteignung kann die Folge von Ausreiseersuchen sein. Internationales Aufsehen haben nächtliche Deportationen von (sogar schwangeren) Frauen mit ihren Kindern nach Jordanien erregt, die mit zeitbegrenztem Besuchervisum bei ihren palästinensischen Ehemännern in den besetzten Gebieten lebten und offiziell kein Wohnrecht hatten. "Entfernte Verwandte" wie Brüder, Schwestern, Verlobte und Schwäger erhalten nicht einmal Besuchsvisa. Wird eine Familienzusammenführung verweigert, bleibt für die Betroffenen nur die Emigration, die vielfach mit dem Verlust des gesamten Vermögens verbunden ist.

"Am Gedenktag des 30. Mai 1983, wurde in einer besonderen Zeremonie auf dem Nationalfriedhof in Arlington der toten us-amerikanischen Seeleute gedacht, die während des israelischen Angriffs auf die USS Liberty am 8. Juni 1967 getötet worden waren. Der damals verantwortliche israelische Kommandeur Yitzhak Rabin hatte den Angriff auf das ungeschützte Schiff angeordnet. Rabin (im Bildausschnitt) wurde niemals für den Mord an den U.S. Seeleuten zur Rechenschaft gezogen."

The Spotlight, Washington, 20. November 1995, S. 1

34 Tote und 171 Verwundete hatte die US-Marine zu beklagen.

Auf Veranlassung des damaligen Landwirtschaftsministers **Moshe Dayan** verabschiedete 1961 die Knesset ein weiteres, das "Agricultural Lands Consolidation" Gesetz, das selbst in der israelischen Presse als Grundlage für neues Unrecht angeprangert wurde. Mit Hilfe einer Fülle solcher Gesetze ist bereits 1965 *"mehr als 60% des Landes arabischer Eigentümer, die Israel nie verlassen haben, konfisziert worden"*.[5) (S. 116)]

92% des Landes in Israel einschließlich der besetzten Gebiete befinden sich in staatlicher Hand und werden vom **Jewish National Fund** (JNF), einer Filiale der Weltzionisten-Organisation, verwaltet. Diese JNF verweigert jedem Nichtjuden das Recht, auf diesem von ihr verwalteten Boden zu siedeln, ein Geschäft zu eröffnen und vielfach auch zu arbeiten. Juden hingegen -- und nur sie -- können überall in Israel Land kaufen, sich dort niederlassen, ein Geschäft eröffnen und Arbeit finden. Während es Juden erlaubt ist, Land an andere Juden zu verpachten, so ist es ihnen verboten, solche Verträge mit Arabern abzuschließen, selbst wenn sie Staatsbürger Israels sind. Besonders die Kibbutz-Mitglieder, auch wenn sie Atheisten sind, dulden prinzipiell keine nicht zum Judentum konvertierten Araber. "Sicherheitsgründe" dienen vielfach nur als Vorwand. Finanzielle Anreize für Siedler zum Erwerb weiteren "unerlösten Landes" belasten den Staatshaushalt mit großen Summen, d.h. der Staat fördert gezielt diese Siedlungspolitik.

Juden wird kein Land enteignet, ihnen werden keine Häuser zerstört, keine oder kaum Bau- oder Gewerbegenehmigungen verweigert, keine Reisebeschränkungen auferlegt, keine Ernte vernichtet, keine Ausgangssperren verhängt; sie stehen wohlwollenden zivilen Gerichten, nicht (allenfalls Armeeangehörige) der Militärjustiz gegenüber. Juden werden keine Hindernisse bei der Schul- oder akademischen Ausbildung, bei der Berufsfindung oder Anstellung im öffentlichen Dienst in den Weg gelegt, ihnen stehen vielfältige staatliche Subventionen offen, sie unterliegen in ihrem Arbeitsverhältnis, in ihrer wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit keiner Militärkontrolle, sie bedürfen keiner Genehmigung für medizinische Versorgung, bilden von ihrer Abstammung her keinen Vorwand, als "Sicherheitsrisiko" eingestuft zu werden, können nicht deportiert werden. In Schulbüchern und überhaupt in der Literatur werden sie als gerecht, vorbildlich, "auserwählt", die Araber als brutal, rückständig, hinterhältig, unzivilisiert dargestellt.[9) (S. 41)]

2.) <u>Recht auf Arbeit</u>

Das zu Beginn des Jahres 1989 eingeführte Paßsystem führte zu einer weiteren, in den Lebensbereich der Palästinenser tief eingreifenden Diskriminierung. Nicht nur, daß für Palästinenser eine »Grüne Karte« für die Bewohner der Westbank, eine »Blaue Karte« für Jerusalem, eine Magnetkarte für den Gaza-Streifen und ethnische Zugehörigkeit gesondert kennzeichnende Autonummern und außerdem noch andersfarbige Arbeitserlaubniskarten eingeführt wurden: Geheimdienstoffiziere können ohne Nennung von Gründen diese Ausweise befristet oder längerfristig einziehen, Reise- oder Aufenthaltsbeschränkungen verfügen, Arbeitserlaubnisse entziehen und damit den Betroffenen einen unkalkulierbaren wirtschaftlichen Schaden zufügen. So war z.B. zu Beginn des Golfkrieges im Januar 1991 zwei Dritteln der in Israel arbeitenden Palästinensern -- rund 74.000 -- von heute auf morgen die Arbeitserlaubnis entzogen worden. Ende 1992 hatten sich über 18.000 Palästinenser mit willkürlichen Reisebeschränkungen abzufinden.

Arabische Staatsbürger unterliegen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nicht der Wehrdienst- oder einer Ersatzdienstpflicht. Da der Wehrdienst jedoch als Voraussetzung für eine Vielzahl staatlicher Vergünstigungen in bezug auf Ausbildung, Arbeits- und Wohnungsbeschaffung, Verdienstmöglichkeit und berufliches Fortkommen, für Kredite und Subventionen mannigfacher Art dient, bleiben die arabischen Bürger Israels davon ausgeschlossen.

Ein Beispiel aus Jerusalem:

"Eins ist die Stadt nur unter der Erde, wo Abwasserleitungen und Telefonkabel die Linien überschneiden. Ansonsten gibt es trotz Annexion alles doppelt: eine jüdische und eine arabische Taxizentrale, 2 zentrale Busbahnhöfe, 2 Geschäftszentren, 2 Feuerwehren, 2 Immobilienspiegel, 2 Blutbanken, 2 Ambulanzdienste -- den Roten Halbmond und den Roten Davidstern.

Jede Stadthälfte hat eigene Zeitungen in der eigenen Sprache, und sie berichten über die andere Seite fast ausschließlich unter dem Aspekt des Konflikts. In den arabischen Schulen im Osten wird weiterhin nach jordanischem Curriculum gelehrt. Für ein paar Wochen im Jahr gehen sogar die Uhren anders, was regelmäßig Verwirrung stiftet. Denn auf Sommerzeit stellt Ost-Jerusalem um, wenn Jordanien umstellt, und das geschieht natürlich nie gleichzeitig mit Israel.

Obwohl Bewohner einer politisch vereinten Stadt, sind die Jerusalemiten Bürger unterschiedlicher Staaten, die sogar formell im Kriegszustand miteinander stehen. Die meisten Ost-Jerusalemer haben noch immer einen jordanischen Paß, zugleich aber einen israelischen Sonderausweis für Ost-Jerusalem. Das verschafft ihnen Vorteile, die die Palästinenser auf der besetzten Westbank nicht genießen, etwa die nationale Krankenversicherung.

Der Spezialausweis stempelt sie aber zugleich zu Bürgern zweiter Klasse. Die Palästinenser dürfen nicht die Knesset wählen, nur den Stadtrat.. ..." [28]

Dem unterschiedlichen Recht auf Arbeit folgt unmittelbar die benachteiligte Stellung in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens: Im Gesundheitswesen, der Landwirtschaft, der Bildung und im lokalen Dienstleistungssektor, in der sozialen Absicherung in bezug auf Lohn und Sicherung des Arbeitsplatzes, in den Rentenansprüchen usw. . Erhalten die arabischen Stadt- und Ortsräte nur 25 - 30% von den Geldern, die ihre jüdischen Pendants bekommen[4) (S. 307)], so gehen selbst Israel wohlwollende Berichterstatter davon aus, daß das Durchschnittseinkommen der Palästinenser in Israel allenfalls 66% dessen beträgt, was Israelis verdienen. Doch selbst diese Zahlen ergeben keinen Vergleich mit der Arbeitslosenquote, Benachteiligungen durch Wohn- und Übernachtungsverbote oder den sich nirgendwo niederschlagenden Verlustquoten durch "Strafmaßnahmen" der Militärkommandanten.

Ein besonderes Kapitel ist die wirtschaftliche Ausbeutung und Verdrängung aus dem Markt. Sie wird mit den vielfältigsten Methoden durchzusetzen versucht, angefangen von schikanösen Genehmigungsverfahren, sozialer Diskriminierung, subventionierter Arbeitsplatzverdrängung, Reisebeschränkungen, Wirkung von "Kollektivstrafen" wie z.B. Ausgangssperren, überhöhte Steuerbelastung, willkürliche Verhaftungen und vieles mehr.:

"Die zu bezahlenden, aber keine Leistungen abwerfenden Sozialbeiträge der in Israel arbeitenden Palästinenser sind in den 27 Jahren der Besetzung auf Milliardenbeträge angestiegen. Mehr als die Hälfte des Bodens in den besetzten Gebieten ist während der Besetzung in israelische Hände übergegangen. Die Proletarisierung der palästinensischen Bauern, die dadurch entsteht, ist überall sichtbar, wenn man nur hinschauen will. 'Berühmt' sind die sogenannten 'Sklavenmärkte' in den arabischen Siedlungen, auf denen israelische Unternehmer sich frühmorgens die von ihnen benötigten Tagelöhner abholen.

Die bürokratische Schikanierung ist ein weniger bekannter Prozeß, weil er sich in aller Stille in und vor den Amtsstuben abspielt." [4) (S. XI - XII)]

In den, die Palästinenser unverhohlen benachteiligenden, Maßnahmenkatalog fallen Steuern (vor der Reform vom 1.1.1992 = 55% Steuersatz, danach verändert und verbessert) und Gebühren ohne Rücksicht auf die in den besetzten Gebieten andersgearteten wirtschaftlichen Voraussetzungen.

"Oft werden auch Dritte für die Steuerschulden von Verwandten haftbar gemacht, indem man ihnen die Genehmigung verweigert. So wird z.B. des öfteren die Identitätskarte von Personen beschlagnahmt, die entweder selber oder deren Verwandte nicht die Steuern bezahlt haben. Eine solche Beschlagnahme ist selbst mit dem Militärerlaß, der die Verteidigung der Gebiete regelt, nicht vereinbar. Auch der HCJ [Vgl. S. 21 re.] *entschied in diesem Sinne. Trotz dieser eindeutigen Rechtslage dient es als Strafmaßnahme. Kurz nach der Entscheidung des HCJ begann die routinemäßige Beschlagnahme von Führerscheinen. Hinzu kommen übertriebene Steuerschätzungen, Konfiszierung von Gegenständen, Fahrzeugen und Grundbesitz. So gehört es zum Alltag, daß für Zwecke der Steuereinziehung eine Ausgangssperre für einige Tage über das betreffende Gebiet verhängt wird. Israelische Steuerbeamte kommen mit dem Militär und erheben die Steuern."* [4) (S. 246)]

Der Leiter der Zoll- und Gebührenabteilung, **Mordechai Bareket**, hierzu:

"Wenn wir versuchen würden, innerhalb Israels einige dieser Steuereinzugsmethoden anzuwenden, würden sie mich auf dem Zionsplatz in Jerusalem aufhängen." [4) (S. 245)]

In diesen Maßnahmenkatalog fallen weiter: verweigerte Gewerbe- und Handelsgenehmigungen oder Subventionen, Behinderungen verschiedenster Art unter Hinweis auf die "Sicherheit", Kontrolle und entsprechend einseitige Nutzung der Rohstoffe und Wasservorräte des Landes, fehlende soziale Absicherungen für Arbeiter und Angestellte -- trotz jahrelanger Arbeit am gleichen Ort gelten sie zumeist als »Tage-Arbeiter« ohne Anwartschaft auf sonst übliche soziale Rechte --, erniedrigende Löhne, willkürliche Reisebeschränkungen. Im Fall der Sozialabgaben eskaliert die Diskriminierung zur unsozialen Groteske: Sie fließen für die Zahlungspflichtigen nicht oder nur geringfügig zurück:

"Obgleich die palästinensischen Arbeiter den vollen Sozialversicherungsanteil bezahlen, erhalten sie nur einen geringen Teil in Form von Sozialleistungen wieder zurück. So steht ihnen

28) *Informationen zur politischen Bildung*, 247, 2. Quartal 1995, "Israel, Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft", München, S. 22.

nur im Falle eines Arbeitsunfalles oder der Schließung des Betriebes eine Kompensation zu. Sie erhalten jedoch kein Arbeitslosengeld, keine Rente, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Invalidenrente, Lohnfortzahlung bei Schwangerschaft wie ihre israelischen Kollegen.

In den letzten 23 Jahren wurden den palästinensischen Arbeitern 12,7% für Sozialversicherung abgezogen. Nur 2,7% wurde aber tatsächlich in die Sozialversicherung übertragen. Der Rest floß in den Säckel des Finanzministers, obwohl auf dem Lohnstreifen auch dieser Betrag für die Sozialversicherung ausgewiesen war.

Die Beträge, die dem Finanzminister zugeflossen sind, wurden niemals veröffentlicht. Dies geschah ... auf Grund einer geheimen Entscheidung des Ministerausschusses für Sicherheitsangelegenheiten.

***Workers Hotline**, die sich besonders der Rechte der palästinensischen Arbeiter annimmt, nennt diesen Vorgang einen »Massenbetrug«."* [4) (S. 247, 248)]

Die Gewerkschaft Histradut schweigt hierzu und beteiligt sich in ihren hauseigenen Coop-Gesellschaften an diesen Methoden.[4) (S. 251)] Ergebnis (nach Schätzungen palästinensischer Fachleute): Arbeitslosigkeit im Gaza-Streifen 60 - 70%, in der Westbank bei 50%.[4) (S. 244)]

"Der Teil der Wirtschaft, der als unabhängig von der israelischen angesehen werden kann, bewegt sich zwischen 5 und 6%. Ihr industrieller Ausstoß ist mit dem eines mittleren israelischen Industrieunternehmens zu vergleichen.

Die wichtigsten Veränderungen, die die Besetzung der Gebiete mit sich gebracht hat, sind die Beschäftigung von Palästinensern in Israel und die Überschwemmung der Gebiete mit israelischen Waren. Für die israelische Wirtschaft bedeuten die Gebiete ein unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir. Sie sind billig, weitgehend rechtlos und können bei Bedarf entlassen und wieder eingestellt werden. Es gibt an einigen Stellen einen regelrechten »Sklavenmarkt«, auf dem sich die palästinensischen Tagelöhner israelischen Arbeitgebern anbieten. Obwohl das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« gilt, verdienen die Arbeiter aus den besetzten Gebieten wesentlich weniger als ihre israelischen Kollegen für dieselbe Arbeit. Palästinensische Arbeiter können nicht Mitglied im israelischen Gewerkschaftsverband Histradut werden, obgleich ihre Beiträge automatisch abgezogen werden. ...

Durch die massive Einwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion verlieren zigtausende palästinensische Arbeiter ihre Arbeit. ...

Die Regierung erstattet den Arbeitgebern ein Drittel des Gehaltes eines israelischen Arbeiters, wenn sie einen palästinensischen Arbeiter durch einen jüdischen ersetzen. ..." [4) (S. 240 - 241)]

3.) Recht auf gleiche Behandlung vor Gericht

Nichtjüdische Staatsbürger stehen vor Gericht nicht unter dem gleichen Gesetz wie ihre jüdischen Mitbürger. Viele israelische Gesetze bringen dies mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck.

Jeder Araber stellt ein "Sicherheitsrisiko" dar. Seine Bewegungen und Aktivitäten können ständig kontrolliert werden. Ohne einen besonderen Militärausweis darf er seinen Wohnsitz nicht verlassen. (Die Verhältnisse für die im ursprünglichen Israel lebenden Araber weichen zuweilen von denen in den besetzten Gebieten ab). Er darf aus seinem Dorf deportiert und woanders angesiedelt werden, ohne die Möglichkeit zu haben, sich bei Gericht beschweren zu können. Manchmal erhält er eine geringfügige Entschädigung, meistens nicht einmal diese.

"In einigen Fällen wurden ganze Dörfer gewaltsam entvölkert (emptied) und das Land jüdischen Siedlern zur Bearbeitung übergeben. Alles dies geschah im Namen der militärischen Sicherheit." [5) (S. 111)]

Regierung, Parlament, Parteien, Presse und das Oberste Gericht in Israel (**High Court of Justice = HCJ**) verstehen sich in Zielrichtung und Handhabung als Handlungseinheit, so daß ein demokratischer Weg zur Durchsetzung von Änderungen trotz Existenz mehrerer Parteien so gut wie aussichtslos ist. Eine Verfassung gibt es nicht. Die Entscheidungen des Obersten Gerichts haben Verfassungsrang. Wenn selbst das Oberste Gericht völkerrechtswidrige Deportationen, Zerstörung von Häusern, Enteignungen, Ausweisungen, ungleiche Behandlung von Juden und Arabern sanktioniert[4) (S. 3)], ist die Rechtlosigkeit der davon Betroffenen offensichtlich. Zahlreiche Gesetze untersagen den Palästinensern in den besetzten Gebieten jegliche politische Tätigkeit.

Zwischen 1979 und 1981 schufen die Israeli für die besetzten Gebiete mit Hilfe von Gesetzen, die sie als "exterritorial anwendbar" erklärten, für jüdische Siedler gesondertes "israelisches Recht" mit einer nur für die Siedler zuständigen und vom Militär unabhängigen Zivilverwaltung. Diese, getragen von regional organisierten jüdischen Räten, war für ein neu definiertes "Staatsland" zuständig, das im übrigen -- soweit es das Leben der Palästinenser betraf -- vom Militär mittels eigenwilliger Notverordnungen und mit ganz anderen Rechtsmaximen regiert wird. Was die neuen Herren dürfen, ist den Alteingesessenen noch lange nicht erlaubt. Letztere unterstehen dem Militärkommandeur, der Chef der Exekutive und gleichzeitig Gesetzgeber nach eigenem Gutdünken ist. Seine Notverordnungen haben Gesetzeswirkung. Mit ihnen werden nach Bedarf Land beschlagnahmt, Häuser zerstört, Verhaftungen und Deportationen vorgenommen, Foltermethoden gerechtfertigt, Beschwerden abgewiesen, alles auch entgegen den Grundsätzen der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konvention.

Zur Zeit sind für die Westbank über 1.400, für den Gaza-Streifen mehr als 1.100 Militärerlasse bekannt geworden. Zusätzlich sind nicht nummerierte Regularien und zeitlich begrenzte Instruktionen zu nennen.

"Die Militärerlasse sind zwar alle nummeriert, doch gibt es bis heute keine effektive und gesicherte Möglichkeit für die Palästinenser, sich über die Militärerlasse und deren Änderungen zu informieren. Einige dieser Erlasse werden in den Medien bekanntgegeben, während die gesamten nummerierten Erlasse nur einigen wenigen Rechtsanwälten und Organisationen zur Verfügung gestellt werden. Diese mangelhafte Veröffentlichungspolitik hat zur Folge, daß vielen Palästinensern gewisse Handlungen, die die Militärverwaltung als strafbar ansieht, gar nicht bewußt sind. ...

Im Militärerlaß 161 ist der Militärkommandeur ermächtigt,

jeden Erlaß in einer Weise den Parteien zugänglich zu machen, wie er es für angemessen hält. ...

Ein weiteres Problem ist der Militärerlaß Nr. 101, der die Rede- und Versammlungsfreiheit stark einschränkt. Eine öffentliche Versammlung von 10 oder mehr Personen für politische Zwecke, 'oder was als politisch angesehen wird', ist ohne Genehmigung illegal und kann mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft werden. Militärerlaß Nr. 378 und seine Zusätze erlauben der Militärverwaltung, Palästinenser bis zu 18 Tagen festzuhalten, ohne daß sie einen Anwalt oder Verwandten sehen können. Die Internierung von Palästinensern kann bis zu 6 Monaten ohne formelle Anklageerhebung erfolgen. ...

Weitere 30 Militärerlasse vervollständigen diese Abtrennung (vom palästinensischen Volk und seinem Land, -- d. Verf.) *durch die willkürliche Registrierung von Neugeborenen nach wechselnden Kriterien, so daß durch Verwaltungsvorschriften der Verlust des 'Privilegs' des Wohnortes erleichtert wird. Durch diese unpräzisen und teilweise widersprüchlichen Erlasse wird die Erlangung eines permanenten Wohnsitzes fast unmöglich gemacht.*

Durch die Militärerlasse Nr. 215, 260, 324 und 437 sowie Dutzende weiterer wird nahezu jede öffentliche Aktivität genehmigungspflichtig. Selbst das Pflanzen von Obstbäumen für Gewerbezwecke oder deren Erneuerung bedürfen nach Militärerlaß 1.015 einer schriftlichen Genehmigung. Erfolgt die Pflanzung ohne eine solche, wird der Verstoß mit 1 Jahr Gefängnis oder einer hohen Geldstrafe belegt. Selbst das Anbauen von Gemüse für gewerbliche Zwecke unterliegt nach Militärerlaß Nr. 1.147 diesem Genehmigungsverfahren. ...

Jeder Verstoß gegen einen Militärerlaß kann als 'ein Verstoß gegen die Sicherheit' interpretiert werden. Die Militärerlasse erklären, daß 'ein Individuum, das gegen eine spezielle Vorladungsverfügung, die ihm zugestellt worden ist, verstößt, mit 7 Jahren Gefängnis bestraft wird'. ...

Eine völlig unterschiedliche rechtliche Behandlung der Palästinenser und der israelischen Siedler ist mit dem System der Militärerlasse intendiert. Sie dienen nicht der Durchsetzung von Recht, sondern der 'legalen' Unterdrückung, Diskriminierung und Kriminalisierung der Palästinenser." [4) (S. 64 - 67)]

Diesem Vorgehen entspricht, daß Israelis, ganz gleich ob Angehörige der Kibbuze oder des Militärs, den Zivilgerichten der besetzten Gebiete sowohl in Zivil- als auch in Straffällen entzogen sind, ungeachtet der Tatsache, daß selbst jene Richter nach politischen Erwägungen von den Israelis ein- und abgesetzt werden. Auf Militärgerichtsentscheidungen haben die palästinensischen Gerichte nicht den geringsten Einfluß. Die Einführung einer Berufungsinstanz in der Militärjustiz hat eher zu einer Verschärfung des Strafmaßes als zu einer Abmilderung geführt, auch zu einer 90%igen Bestätigung der erstinstanzlichen Urteile. [4) (S. 71 - 72)]

Zur gleichen Zeit gehören jüdische Siedler auf Grund von Verteidigungsrichtlinien als territoriale Verteidigungseinheiten zur israelischen Armee und werden selbst bei Verbrechen wie auch Mord an Palästinensern von den für sie zuständigen Gerichten äußerst milde, wenn überhaupt bestraft. [4) (S. 74)]

Generell hat das oberste Gericht in Israel (HCJ) die unter dem Vorwand von "Sicherheitsgründen" durchgeführten Enteignungen privaten palästinensischen Landes und alle damit im Zusammenhang stehenden Gewaltmaßnahmen für rechtens erklärt, ebenso die von Militärtribunalen angeordnete Zerstörung von Häusern, Deportationen usw..

Sowohl die Zwei- bzw. Dreiteilung der Rechtsstruktur als auch der ausgedehnte und dehnbare Sicherheitsbegriff, der den Militärkommandeuren jeden beliebigen Zugriff gegen nichtjüdische Staatsbürger erlaubt, ist amtlich als rechtens abgesegnet.

Berücksichtigt man zudem, daß vornehmlich die jüdischen Siedler über reichlich moderne Waffen verfügen, Palästinensern der Besitz von Waffen hingegen strengstens verboten ist, so wird bei diesem zweigeteilten Rechtssystem verständlich, wenn sogar in israelischen Zeitungen angeprangert wird, wie in ***Ha'aretz*** vom Dezember 1984 geschehen,

"daß man in Judäa und Samaria -- wie die Praxis lehrt -- auf Leute schießen und sie töten kann, ohne deswegen wirklich bestraft zu werden." [4) (S. 74)]

Sind schon die gesetzlichen Unterschiede zwischen Israelis und Palästinensern gravierend, so sind letztere zudem noch in den gerichtlichen Berufungsinstanzen beeinträchtigt. Wenngleich das Oberste Gericht auch die Jurisdiktion über die Militärkommandeure ausübt, so heißt dies nicht, daß hier mit Unvoreingenommenheit Recht gesprochen wird. Das beginnt schon damit, daß palästinensische Rechtsanwälte vor dem HCJ nicht auftreten dürfen. Dies setzt sich weiter fort in der Bekräftigung der gesetzgeberischen Macht der Militärgouverneure und der von ihnen vorgegebenen "Sicherheitsgründe" im Fall von verfügten Enteignungen palästinensischen Landes für jüdische Siedler. Solange dies der Fall ist, können die Militärgouverneure jede ihnen unangebracht erscheinende Entscheidung des HCJ durch nachfolgende Militärerlasse unterlaufen. [5) (S. 112)]

"Nur einmal sprach sich das Gericht gegen die Militärverwaltung aus, und zwar im Falle von Elon Moreh. Diese Entscheidung fiel gegen die Siedler und das Militär, weil die Gründe nicht sicherheitspolitischer, sondern religiös-nationalistischer Natur waren. Die Siedlung wurde trotzdem auf einem etwas entfernteren Landstück errichtet. Um nicht noch einmal vor dem Obersten Gericht zu unterliegen, erklärte von nun an die Militärverwaltung alles Land zu »Staatsland«, und dagegen kann nur beim Einspruchskomitee Beschwerde eingelegt werden." [4) (S. 76)]

In der Praxis hat sich erwiesen, daß das HCJ die von der Knesset und der Regierung vorgegebenen Grundsätze nicht antastet, d.h. rechtsstaatliche Prinzipien, denen jeder Bürger gleichermaßen unterworfen ist, nicht durchsetzt. Das HCJ hat noch nicht einmal die Anerkennung der Vierten Genfer Konvention zum Schutz der Menschenrechte in den besetzten Gebieten gefordert, sondern verlangte zuvor eine diesbezügliche Entscheidung der Knesset, die jedoch immer noch ausgeblieben ist.

"Trotz dieser Einwände kann es in einigen Fällen nützlich sein, sich an das Oberste Gericht zu wenden, wie z.B. bei einer drohenden Zerstörung des eigenen Hauses. Das Gericht kann die Militärverwaltung anweisen, mit der Zerstörung so lange zu

warten, bis die Gegenseite gehört worden ist. In fast allen Fällen haben solche Eingaben jedoch keinen Erfolg gehabt. Ebenso kann es in Fällen von Deportationen geschehen, wodurch aber bisher keine einzige geplante Deportation verhindert worden ist." 4) (S. 77)

Selbst der Massendeportation vom Dezember 1992 hat das HCJ den Mantel der Legalität umgehängt, anstatt Regierung und "öffentlicher Meinung" zu widerstehen. (Vgl. S. 38)

Einmal hat es mit einer unabhängigen Entscheidung Aufsehen erregt: im langjährigen Prozeß um den Ukrainer **John Demjanjuk**.[29] Doch hier war offensichtlich die Beweislage sowie der Druck der internationalen Öffentlichkeit auf die israelische Regierung maßgebend. Dennoch war dies anerkennenswert und ließ manche Hoffnung aufkeimen.

Daß dieses Rechtssystem und die dahinterstehende politische Absicht auf Expansion und weitere Vertreibung der nichtjüdischen Bevölkerungsteile die Ursache für die ständig revolutionäre innenpolitische Lage Israels ist, liegt auf der Hand. Die israelische Rechtsanwältin **Lynda Brayer** umschrieb die Lage wie folgt:

"Eine kriegerische Besetzung hat Israel den »legalen« Zugang zu den Gebieten gegeben. Die Besetzung schafft die legislative, exekutive und rechtliche Macht für die israelische Kolonisation. Die Notstandsverordnungen wurden zu Instrumenten des Krieges gegen die Palästinenser. ..." 4) (S. 79)

Seit den sechziger Jahren haben sich zahlreiche einflußreiche Männer bemüht, die Notverordnungen und die damit verbundene Rechtswillkür abzuschaffen, doch ist davon außer der Beseitigung der Militärherrschaft über die Palästinenser im Kernland Israel kaum Nennenswertes im Verlaufe der Jahre in die Praxis umgesetzt worden. Und wenn dies doch geschah, wurde es wenig später wieder aufgehoben.

Auch das Jugendstrafrecht, zusätzlich die Jugendstrafpraxis, kennen beachtliche Unterschiede zwischen Israel und den besetzten Gebieten, bzw. Juden und Arabern. Abgesehen davon, daß die vielfach willkürlich gehandhabten Bedingungen, unter denen Kinder in den besetzten Gebieten leben müssen, diese einer ständigen Gefährdung in bezug auf Gesundheit, Ausbildung und künftige Verdienstmöglichkeiten aussetzen, werden schon Zwölfjährige rechtlich für ihre Taten verantwortlich gemacht, obgleich offiziell noch 16jährige als minderjährig gelten. Zuweilen werden hier Unterschiede gemacht, doch sind bereits 14jährige Palästinenser auch in Israel strafrechtlich Erwachsenen nahezu gleichgestellt. Für jüdische Staatsbürger in Israel liegt diese Altersgrenze bei 18 Jahren. In den besetzten Gebieten sind auch für palästinensische Jugendliche die Militärgerichte zuständig, für jüdische Israelis zivile Jugendgerichte.

"Und dann gibt es natürlich eine ganze Reihe elementarer Rechte, die den Palästinensern unter der Besatzung vorenthalten werden. Das reicht vom Recht, seine Regierung selbst zu bestimmen, über das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freiheit bis hin zum Recht auf menschliche Würde, das durch die ganz alltägliche Praxis der Besatzung andauernd mit Füßen getreten wird." 30) (S. 51)

"Dehumanisierung der Palästinenser"

Die dauerhafte Konfliktsituation in Israel ist grundsätzlich in der Staatskonzeption begründet und mit den zionistischen Weltanschauungsvorstellungen verbunden. Politiker, die noch nicht einmal eine Verfassung, geschweige denn eine solche, die allen Bürgern gleiche Rechte garantiert, für notwendig erachten, Politiker, die auf ständige Machtausweitung bedacht sind, die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Nichtjuden strafrechtlich nicht oder nicht angemessen ahnden, weil das "Menschsein" der Nichtjuden in ihrem Denken und Handeln eine ihnen vielfach fremde Dimension bedeutet, haben jeden Anspruch darauf verwirkt, anderen Völkern -- so auch dem deutschen Volk -- Maßstäbe für Recht und Moral zu setzen.

Das unterschiedliche Rechtssystem für jüdische und nichtjüdische Israelis, die behördlichen Möglichkeiten parteiischer Stellungnahmen und Entscheidungen sind in Israel zu einem System allumfassender Diskriminierung und Benachteiligung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Lebens gegen die Palästinenser ausgebaut worden. Da diese Maßnahmen nicht etwa zeitlich begrenzt durchgezogen wurden, greifen sie voll durch, wenn nicht direkt zur Existenzvernichtung oder Verdrängung aus dem Land -- was dennoch in unzähligen Fällen damit erreicht worden ist --, so doch zur Abdrängung in einen nicht überwindbaren, hoffnungslos erscheinenden Armutszustand.

Dies entspricht genau dem, was **Joseph Weitz**, einstiger Chef des Jewish Agency Colonization Department in seinem "My Diary and Letters to the Children" zum Ausdruck brachte:

"Unter uns muß es klar sein, daß in diesem Land kein Platz ist für beide Völker. Die einzige Lösung ist Eretz Israel -- ohne Araber. Und da gibt es keinen anderen Weg, als die Araber von hier in andere Nachbarländer zu überführen -- alle von ihnen abzuschieben --, nicht ein Dorf, nicht ein Stamm sollte zurückgelassen werden." 5) (S. 151)

Als der Herausgeber der ***Jewish Newsletter*** in New York am 16.10.1961 berichtete, daß die Palästinenser

"einer Serie von Diskriminierungen und Verfolgungen ausgesetzt sind, die die zivilisierte Welt schockieren würden, würde sie diese in vollem Umfang kennen", 5) (S. 109)

empörten sich weltweit die Mediengewaltigen, ohne allerdings in der Sache etwas richtigstellen zu können.

"Die Menschenrechte der Palästinenser werden in den

29) Vgl. ***HT*** Nr. 34, S. 23 ff.

30) Alexander Flores, "Intifada, Aufstand der Palästinenser", Berlin 1988.

Palästinensische Demonstranten im West-Jordanland

Was das für ein nicht-jüdisches Kind bedeuten soll, ist völlig unklar. Dieses bekommt jedenfalls schon früh zu spüren, daß es Sprößling einer deklassierten Kaste ist, auch wenn ihm dazu Hintergrundwissen fehlt. In der Praxis erleben diese Jugendlichen Vorgänge, wie sie ***Der Spiegel*** beschrieben hat:

"'Unsere Jungs rutschen in eine moralisch unvertretbare Lage', warnten 489 Psychiater, Psychologen und Erzieher in einem Zeitungsprotest gegen 'Israels Unterdrückungspolitik'. Seit 20 Jahren würden die politisch weitgehend rechtlosen Palästinenser systematisch geängstigt und gedemütigt, so die Fachleute. Das müsse schlimme Auswirkungen auf das Bewußtsein der jüdischen Bevölkerung haben.

besetzten Gebieten systematisch von Israel verletzt. Dies ist kein singulärer Vorgang, sondern ein permanentes Phänomen, das alle Bereiche des Lebens der Palästinenser berührt. Die Kritik an dieser Verletzung kommt primär nicht aus dem Ausland, sondern israelische Persönlichkeiten und Menschenrechtsorganisationen klagen die eigene Regierung wegen gravierender Verstöße gegen die Rechte der Palästinenser an. Die 'Prinzipienerklärung über die vorübergehende Selbstverwaltung' vom 13. September 1993 und das am 4. Mai 1994 in Kairo unterzeichnete 'Gaza-Jericho-Abkommen' haben an dieser Situation nichts Grundlegendes geändert. Dies ist auch deshalb nicht überraschend, weil Israel über die Palästinenser ein Herrschaftssystem errichtet hat, das qua Existenz unrechtmäßig ist. Die Besetzung und die Form der Beherrschung sind ein gravierender Verstoß gegen das Völkerrecht. Alle von Israel errichteten Siedlungen mit Umzug eines Teils seiner eigenen Bevölkerung in die besetzten Gebiete sind völkerrechtswidrig und werden von der internationalen Staatengemeinschaft auch als solche betrachtet, ohne daß diese jedoch etwas dagegen unternimmt.

> ***Israel hat bis heute 66 UN-Sicherheitsratsresolutionen, die gegen das Land verabschiedet worden sind, ignoriert."*** 4) (S. 2)

Die ständig überzogene Militärpräsenz bei gleichzeitiger Inkaufnahme der Existenzgefährdung und verweigerter Entwicklungsförderung weiter palästinensischer Bevölkerungskreise begünstigte -- um nicht zu sagen: verursachte -- permanente Konfliktsituationen, die stets unter Einsatz von Waffen gegen die waffenlose Bevölkerung zeitweilig "normalisiert" wurden.

Ein Knesset-Abgeordneter schrieb in der unabhängigen israelischen Tageszeitung ***Ha'aretz*** am 3.11.1993, das israelische Bildungssystem charakterisiere die Araber systematisch als minderwertig.4) (S. 345) Dabei verweist das Bildungsgesetz von 1953 auf die Ziele staatlicher Bildung, wonach

"die Volksschulausbildung des Staates auf den Werten der jüdischen Kultur und den Leistungen der Wissenschaft, auf der Liebe zum Heimatland und der Loyalität zum Staat und dem jüdischen Volk"

zu beruhen habe.4) (S. 307)

*Denn '**wir erziehen unsere Jugend zu Diskriminierungen und Rassismus**'. ...*

*Eine andere Gruppe von Reservisten protestierte in einem Schreiben an mehrere Knesset-Abgeordnete gegen die willkürliche Gewalt der Armee. Ihr Brief berichtet von einem Zusammenstoß zwischen Siedlern und Bewohnern von Chalchul bei Hebron: Eine Einheit der Golani-Elitebrigade jagte und erwischte dort 17 Jugendliche. Man fesselte ihnen die Hände und zwang sie, am Straßenrand niederzuknien. Dann wurden sie solange mit Knüppeln und Gewehrkolben geschlagen, bis sie nicht mehr gehen konnten. Die Soldaten luden 15 der jugendlichen Opfer auf einen Lastwagen, fuhren zu einer Schutthalde und kippten ihre menschliche Ladung aus, als wäre sie Müll."*31)

Grundsätzlich fängt die Deklassierung bereits mit dem von der Staatsanwaltschaft unter dem Motto der Meinungsfreiheit -- man vergleiche BRD-Verhältnisse! -- genehmigten Sprachgebrauch an:

"Ein trauriges Kapitel israelischer Politik ist ihre systematische Dehumanisierung der Palästinenser. Die ständige Titulierung der Palästinenser als »Terroristen« hat ihre Wurzeln vor der Staatsgründung. Die Palästinenser wurden schon von den Kämpfern der Hagana als »Terroristen« und »Mörder« bezeichnet. ... Diese Herabsetzung der Palästinenser begann schon in den zwanziger Jahren.

*So sprach **Vladimir Jabotinsky** 1929 über die Bewohner von Jaffa als »Bastarde, Rowdies und Gesindel«.*

***Raphael Eitan** sprach 1988 von einem »Krebsgeschwür, das beseitigt werden müsse«, oder von »Küchenschaben«, und daß man einen »Rattenfänger von Hameln« benötige, um die Palästinenser loszuwerden.*

*Auch **Menachim Begin** nannte Arafat »ein zweibeiniges Tier mit behaartem Gesicht« und sein Nachfolger **Yitzhak Shamir** sprach 1989 von Palästinensern als »Heuschrecken, die zertreten werden« sollten.*

*In einem Interview mit der ARD sprach **Yitzhak Rabin** noch am 15. Dezember 1992 von »**Raubtieren und Untermenschen**«."* 4) (S. 48)

Die Menschenrechtsorganisation B'Tselem

"führt es auf den »Mangel an Klarheit in den Erklärungen« der offiziellen Sprecher zurück, daß in der Mehrzahl der Fälle nicht festgestellt werden kann, nach welchen Regeln die

31) *Der Spiegel* 7/1988, 15.2.1988, S. 119.

Soldaten vorgegangen sind. In hunderten von Todesfällen eröffneten die Sicherheitskräfte das Feuer auf Demonstranten, die keinerlei Gefahr für das Leben der Soldaten darstellten, wie selbst offzielle Verlautbarungen immer wieder erklären.

'Diese Verlautbarungen rechtfertigen in fast allen Fällen automatisch die Taten der Soldaten und vernachlässigen dabei die Sorgfaltspflicht. Die Verlautbarungen bedienen sich oft solcher Ausdrücke, in denen mehr als nur eine Spur der Entmenschlichung der Palästinenser enthalten ist.'

So werden z.B. die Palästinenser oft als »Ortsansässige« oder als »maskierte« oder »gesuchte Personen« oder als »Aufwiegler« tituliert. Diese herabsetzenden Ausdrücke implizieren von vornherein eine Schuld, die in vielen Fällen nie bewiesen wird, und läßt die Menschen zu gefährlichen Objekten werden." 4) (S. 294)

Die Menschenrechtsorganisation B'Tselem stellte in ihrem Jahresbericht 1990 fest,

"daß die israelische Besatzungspolitik jede gerechtfertigte »Anstandsregel« überschritten habe. Sie betreiben in der Praxis eine »Politik der Dehumanisierung der Palästinenser. Menschenleben und Gesundheit werden zu Faustpfändern im politischen Spiel; die Menschenwürde wurde jeglicher Bedeutung beraubt«." 4) (S. 256)

Die Mißachtung der Araber geht zuweilen so weit, daß sich höchste Repräsentanten Israels nicht scheuten, sogar vor der Weltöffentlichkeit die Existenz dieser Menschen rundweg zu leugnen:

So Ministerpräsident **Levi Eshkol** (1963 - 1969) 1969 in einem Interview mit der Presse:

"Wer sind die Palästinenser? Als ich hierher kam, gab es nur 250.000 Nichtjuden, hauptsächlich Araber und Beduinen. Es war eine Wüste, mehr als unterentwickelt. Nichts. Erst als wir die Wüste zum Blühen brachten und sie bevölkerten, interessierte man sich dafür, indem man das von uns zur Kenntnis nahm." 5) (S. 146)

Ministerpräsidentin **Golda Meir** (1969 - 1974) wurde berühmt durch ihren Spruch:

"Wie können wir die besetzten Gebiete zurückgeben? Da gibt es niemanden, dem man sie zurückgeben könnte.

Da gibt es keine solche Sache (thing) wie Palästinenser. ... Es war nicht so, daß es da ein palästinensisches Volk in Palästina gegeben hat, das sich als Volk Palästinas verstand und das wir, als wir kamen, hinausgeworfen haben und uns ihr Land angeeignet haben, das wir ihnen entrissen haben. Sie haben nicht existiert." 5) (S. 146)

Arye Leon Dulzin hat sich 1978 zum Vorsitzenden der Jewish Agency und der World Zionist Organization mit Sprüchen wie diesen emporgedient:

"Wir haben den Arabern niemals Unrecht zugefügt! ...

Es hat niemals etwas wie Palästinenser gegeben. Niemals!" 18) (S. 39 + 12)

"Diese herabsetzende Terminologie hat mit zur Brutalisierung der israelischen Gesellschaft und des Militärs und seinem Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung beigetragen. Fast täglich kann man in israelischen Zeitungen Schlagzeilen lesen wie »Jagd auf Terroristen«, »eine Jagd fand statt« ect. Wer in diesem Jargon über Menschen spricht, braucht sich nicht zu wundern, wenn bei 20jährigen Soldaten die Gewehre locker sitzen." 4) (S. 48)

In Deutschland lernte man diese Methode zur Bekämpfung nationaler Wertvorstellungen und Parteien bereits in den "goldenen zwanziger Jahren" zur Genüge kennen. Sie wird bis heute praktiziert. Man denke an die ***"größte Menschenjagd der Geschichte"*** nach dem Zweiten Weltkrieg ohne Ende, für die ***"1 Million Deutsche auf die Suchliste gesetzt"*** worden waren, nicht etwa, um sie zu "befreien", sondern um sie ohne Zulassung einer neutralen Sachbeurteilung zum Tode oder anders zu verurteilen.[32] Die "Finder dieses Rechtssystems" zählen zur Gruppe jener, die sowohl für das "Rechtssystem" in Israel als auch für Schuldverdikte gegen Deutsche nachfolgender Art verantwortlich sind.[33]

"Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind ...

Das wird so bleiben. ...

Sie haften politisch für Taten der Vorfahren ...

Die Schuld für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt."[34]

Im besiegten Deutschland zwischenzeitlich sanktionierte Strafgesetze sorgen dafür, daß selbst wissenschaftliche Untersuchungen dieses Schuldvorwurfes mit Gefängnis, Geldstrafen und Literaturvernichtung geahndet werden.

Meinungsfreiheit versteht sich für diese Leute nur als Freiheit für sie selbst, nicht als Pflicht zur Respektierung gleicher Rechte für die anderen.

Zionisten, Israelis widersetzen sich einer allmählichen Angleichung der Menschen und Völker und einem allmählichen Verschwinden nationaler Gegensätze. Sie erstreben vielmehr das genaue Gegenteil: alles spezifisch Jüdische zu höchster Entwicklung, Exklusivität und Ausbildung zu bringen mit dem Ziel eines von allen Völkern möglichst abgesonderten "auserwählten Volkes", das berufen sei, den anderen Völkern Vorschriften und moralische Zensuren zu erteilen.

Würde irgendein Staat sich ähnlich verhalten, so wären seine Repräsentanten schnell als "Antisemiten", "Rassendiskriminierer" und "Beleidiger" verschrien. Nicht nur das. Man denke an den *"heiligen Krieg"*, den Samuel Untermeyer oder Stephen Wise in den USA oder Chaim Weizmann in London schon 1933 Deutschland unter dem Vorwand erklärten, hier würden seit dem 30. Januar 1933 *"Barbaren"* und *"Verbrecher"* regieren, obgleich diese Agitatoren die Verhältnisse in Deutschland gar nichts angingen und sie genau wußten, daß hier niemand daran dachte, auch nur annähernd israel-analoge Verhältnisse schaffen zu wollen.

32) Vgl. ***HT*** Nr. 12, S. 35.

33) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978, S. 166 - 168.

34) Prof. Michael Wolffsohn, ***Frankfurter Allgemeine Zeitung***, 24.1.1995, S. 8. -- Dieser Mann ist Professor für neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr, erzieht somit in offiziellem Auftrag den Offiziersnachwuchs der *"Kainszeichenträger"* und versorgt auch als Autor von Büchern und Zeitungsartikeln und nicht selten auch mittels Strafanzeigen die übrigen "Kainszeichenträger" mit den gebotenen Hinweisen, wenn nicht auf ihr übles Erbgut, so doch ihre Verantwortung bis zur letzten Generation.
Bislang ist nichts darüber bekannt geworden, daß die maßgebenden *"Kainszeichenträger"* in Bonn gegen eine solche Herabwürdigung, ja Stigmatisierung unseres Volkes irgendetwas unternommen hätten.

Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit?

Die Pressezensur ist in Israel sofort wirksam, wenn es gilt, unerwünschte Informationen zu unterbinden. Gebiete turbulenter Ereignisse werden unverzüglich zu militärischen Sperrgebieten erklärt, womit die Militärs über ihre ohnehin vorhandene Zensurfreiheit hinaus beliebig gegen ausländische Journalisten, notfalls mit roher Gewalt, Beschlagnahme von Ton- und Bildträgern und auch vorübergehender Inhaftierung, vorgehen können. So wurden z.B. 1967 die gesamten besetzten Gebiete zum Sperrgebiet erklärt, was in der Praxis allerdings nur palästinensische Journalisten langjährig behinderte.[30) (S. 49)] Wer aus der "Administrativhaft" wieder freigelassen wird, erhält eine grüne Identitätskarte, die eine Einreise nach Israel oder nach Ost-Jerusalem und somit einen Zugang zu den Pressebüros verwehrt.

"Gewaltsame Übergriffe auf Journalisten, die Soldaten beim Einsatz filmen oder fotografieren, sind an der Tagesordnung." [4) (S. 261)]

"Von den 300 palästinensischen Journalisten befanden sich 1992 = 18 in Haft. Seit Beginn der Intifada ("Erhebung" am 8. Dezember 1987) *wurden 150 Journalisten verhaftet und verurteilt, 35 erhielten die grüne Identitätskarte, was ihrer Arbeit abträglich ist. In den letzten 12 Jahren wurden 12 Pressebüros vom Militär geschlossen, plus 2 in Israel."* [4) (S. 263 - 264)]

Kann schon der Bevollmächtigte des Innenministers dank der Presse- und Notstandsverordnungen im eigentlichen Israel *"jederzeit die Schließung einer Zeitung oder die Vergabe einer Druckerlaubnis verfügen"*, ohne Gründe dafür angeben zu müssen[4) (S. 259)], so gelten für die Redaktionen palästinensischer Zeitungen noch viel strengere Maßstäbe. Diese nämlich müssen in doppelter Ausfertigung den Militärzensoren alles vorlegen, was sie an politisch Belangvollem zu publizieren gedenken. Auch Kunstwerke sind, bevor sie irgendwo ausgestellt werden dürfen, den Militärzensoren vorzuführen. Die Zensoren können streichen und für strafbar erklären, was sie wollen, ohne dies begründen zu müssen.

In Israel selbst und gegenüber akkreditierten ausländischen Journalisten wird großzügiger verfahren, zumal man sich hier bereits auf den abgestimmten Konsens der internationalen Presseagenturen und Konzerne zugunsten Israels verlassen zu können glaubt. Dennoch gibt es auch für diese Kreise zuweilen Schwierigkeiten mit den Zensurbehörden.

In der Handhabung des Rechts auf **Demonstrationsfreiheit** werden krasse Unterschiede zwischen Israelis und Palästinensern gepflegt:

"In Israel bedarf es einer Genehmigung durch die Polizei, wenn sich 50 oder mehr Menschen zu einem Protest einfinden wollen, bei dem eine Rede gehalten wird; in den besetzten Gebieten bedarf es einer Erlaubnis schon ab 10. Somit haben die Militärbehörden theoretisch das Recht, eine Person zu Hause zu verhaften, wenn in seinem Haus eine Diskussion stattfindet. In den besetzten Gebieten muß eine Versammlung in geschlossenen Räumen genehmigt werden, nicht so in Israel." [4) (S. 267)]

Theoretisch könnten Palästinenser in den besetzten Gebieten Demonstrationen anmelden, gewagt jedoch hat das bis heute niemand, denn Verstöße gegen irgendwelche hiermit verbundenen Bestimmungen -- ***"politische Versammlungen sind für Palästinenser überhaupt verboten"!*** [4) (S. 270)] -- könnten bis zu 10 Jahre Gefängnis nach sich ziehen. Wer könnte sich schließlich schon vor Unterstellungen schützen, daß eine Versammlung *"aufrührerisch wirken"*, eine *"feindliche Organisation unterstützen"*, die *"Sicherheit gefährden"* würde? Und als "Rädelsführer", gar einer "kriminellen Vereinigung", will schließlich auch niemand bekannt werden.

Jüdische Siedler haben solches nicht zu befürchten. Für sie gilt das alles nicht. Ihr Verhalten ist entsprechend.

Angesichts dieser Gesamtlage und einer 1,5%-Hürde erscheint die Tatsache, daß Arabische Parteien, "sofern sie den Staat nicht bekämpfen", zugelassen sind, einer Alibifunktion zu entsprechen.

Verweigerung von Landesentwicklungs- und Bebauungsplänen

Das ungleiche Recht, dem die palästinensische Bevölkerung unterliegt und das auf ihre Existenzbedrohung und Emigration, wenn nicht gar Vertreibung und Vernichtung, ausgerichtet ist, zeigt sich auch in der Verweigerung von Landesentwicklungs- und Bebauungsplänen, die den Lebenserfordernissen der Palästinensischen Bevölkerung entsprechen würden. Nicht nur, daß dem Bevölkerungswachstum nicht Rechnung getragen und neue Dörfer und landwirtschaftliche Siedlungen zu gründen nicht genehmigt wird, sondern in den offiziellen Planungsgrundlagen werden sogar noch weitere 123 sogenannte "nichtanerkannte Dörfer" mit 50.000 Bewohnern vermerkt, die der Enteignung und Zerstörung anheimfallen sollen, einschließlich der Moscheen und Friedhöfe. Ihre Häuser gelten als illegal. Baugenehmigungen werden keine erteilt. Auf den is-

raelischen Landkarten sind sie bereits getilgt.

Die Wasser- und Stromversorgung, Schulunterricht, Gesundheitsdienst und weitere Lebensnotwendigkeiten sind mangelhaft oder gar nicht vorhanden. Die Regierung stört das nicht. Trotz relativ hoher Auswanderungsquoten ist ein Wachstum der palästinensischen Bevölkerung in Israel zu registrieren. Ganz allgemein verursachten Zwangsumsiedlungen und Beschlagnahme von Land eine höhere Siedlungsdichte.

Da die Militärkommandeure die Planungshoheit ausüben und auch andere israelische Behörden unterschiedliche Maßstäbe für israelische Siedler und Palästinenser anwenden, ist die Diskriminierung der Palästinenser als systemimmanentes Mittel der Regierungspolitik offenkundig. So erhalten z.B. ausschließlich Juden "Staatsland" übertragen, das man zuvor Palästinensern enteignet hat. Das galiläische Dorf Ramya, das zu den "nicht anerkannten Dörfern" zählt, soll z.B. für einwandernde sowjetische Juden geräumt werden. [4) (S. 299)] Der Oberste Gerichtshof hat die "Rechtmäßigkeit" dieses Räumungsbefehls am 1.3.1992 bestätigt. Die Bebauungspläne der Stadt Carmiel weisen das Dorfgebiet von Ramya bereits als jüdisches Wohngebiet aus.

Widerstand gegen Enteignungsentscheidungen werden mit 5 Jahren Haft und Geldstrafe belegt. [4) (S. 180)] Öffentliche Subventionen zum Bau von Häusern oder Wohnungen erhalten bei so bestellter Sachlage die vollwertigen Staatsbürger, wenn nicht gar ausschließlich, so doch in einer gewaltigen Überquote (in Jerusalem 1991 = mehr als 99%, Baugenehmigungen 95%. [4) (S. 187)]

"Die 1990 erstellten Bebauungspläne haben die Flächen für Bauland so restriktiv festgelegt, daß eine Ausdehnung auf Grund des Bevölkerungswachstums nicht möglich ist. ...

Von jeder verweigerten Baugenehmigung werden cirka 11 Menschen betroffen. Ihnen wird das Recht auf Wohnen in einer menschenwürdigen Unterkunft verweigert. So schätzt das Palestine Human Rights Information Center die Zahl der palästinensischen Familien, die in Ost-Jerusalem in Höhlen und Zelten leben müssen, auf ca. 21.000. Deshalb beginnen die Betroffenen, ohne Baugenehmigung zu bauen; diese Häuser werden dann »legal« vom israelischen Militär in Zusammenarbeit mit den Behörden zerstört. ...

Als ein weiteres Mosaik gilt die Gründung israelischer Institutionen wie Abteilungen der Regierung, Einrichtungen der Sicherheitsdienste, Hotels, Krankenhäuser und Universitäten in palästinensischen Wohngebieten.

Seit 1967 wurden zirka 40% des Gebietes von Ost-Jerusalem für den »öffentlichen Gebrauch« konfisziert und für die Errichtung von Wohngebieten für Juden und für israelische Institutionen verwandt. ...

Sofort nach der Besetzung Jerusalems machte Israel an der Klagemauer das Mughrabi Viertel dem Erdboden gleich, um darauf einen freien Platz vor der Klagemauer zu schaffen. Dafür wurden 595 Gebäude zerstört, einschließlich 5 Moscheen und 4 Schulen. Als einziges Großbauprojekt wurde daraufhin das Nusseibeh-Wohnbauprojekt genehmigt, um den vertriebenen Palästinensern neuen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Danach vertrieben sie die Palästinenser aus der sich daran anschließenden Wohngegend, die sich daraufhin zu einem teuren und exklusiven jüdischen Viertel entwickelte. 1978 entschied der Oberste Gerichtshof, daß Palästinenser von dem wiederaufgebauten jüdischen Viertel ausgeschlossen werden können, weil vom Staat unterstützte Stellen berechtigt seien, Palästinensern das Bauen in jüdischen Vierteln zu verbieten. ...

Resümierend kann festgestellt werden, daß es keine veröffentlichten Bauvorschriften gibt, nach denen die Palästinenser vorgehen können. Das durchschnittliche Antragsverfahren beträgt 1 Jahr und kostet zirka 2.500 US-Dollar. 80% der Anträge werden abgelehnt. " [4) (S. 163, 167, 169)]

Greifen wir auf eine andere Quelle zurück:

"In schreiendem Kontrast zu ihrer Überempfindlichkeit gegenüber der jüdischen Orthodoxie nimmt die Regierung auf die Gefühle der Moslems keinerlei Rücksicht: Straßen und Häuser werden auf dem Gelände ehemaliger Friedhöfe, Moscheen und anderer, den Moslems heilige Plätze gebaut. So wurde in Tel Aviv in den frühen 60er Jahren das Hilton, eines der luxuriösesten Hotels Israels, über einem ehemaligen islamischen Friedhof errichtet. " [35)]

Einer Untersuchung der Hebräischen Universität zufolge leben 70% der arabischen Kinder unter 16 Jahren in Not, 50% der arabischen Familien in Israel, 82% der Alten leben unter der Armutsgrenze. Arabische Städte und Dörfer, selbst wenn sie in ausgewiesenen Entwicklungsgebieten liegen, bleiben von notwendigen Modernisierungen ausgeklammert. Viele der arbeitslos gewordenen Araber erhalten keinerlei Arbeitslosenunterstützung. "Sicherheitsrelevante Arbeitsplätze" auch außerhalb der Armee sind für Araber nicht zugänglich. Höhere arabische Beamte gibt es in Israel nicht. *"Das militante Auftreten der chauvinistischen Ultras"* (der Siedler) *"provozierte immer wieder blutige Zusammenstöße mit den Palästinensern"*. [31) (S. 118)]

Die in Israel erscheinende Zeitung ***Ha'aretz*** kennzeichnete am 22.10.1992 die Lage als eine *"institutionalisierte ethnisch begründete Diskriminierung"*. [4) (S. 308)]

Die ***Welt am Sonntag*** vom 7.1.1996 S. 27 berichtet u.a. von den Lebensumständen der Palästinenser im Gazastreifen, wo in einer Reihe von Flüchtlingslagern zuweilen 83.238 Palästinenser zusammengepfercht leben, 18.000 auf einem qkm, so z.B. in Jabalia (Dschaballia) nördlich von Gaza-Stadt, *"wo die Abwässer durch die ungepflasterten Straßen fließen und sich in einem stinkenden Teich in der Mitte des Lagers sammeln"*. [30) (S. 67)] Allein in Netsarim leben 150 israelische Siedler auf einer gleichgroßen Fläche wie jene 83.238 palästinensischen Flüchtlinge:

"Die israelischen Militärbehörden haben im 46 km langgestreckten und 6 - 10 km breiten Gazastreifen ein Großteil des Landes, das mit 363 qkm kleiner ist als etwa das Bundesland Bremen, als »gesperrt für militärische Sicherheitszwecke« erklärt. Das hat dazu geführt, daß schätzungsweise 4.000 bis 4.500 jüdische Siedler 42% des gesamten Gazastreifens bewohnen, während rund 850.000 Palästinenser unter schwierigsten Verhältnissen sich die restlichen 58% des Gazastreifens teilen -- ein unhaltbarer Zustand. " [(Welt am Sonntag, a.a.O.)]

35) Yossi Melman, "Knesseth und Kibbutz -- Die Geschichte des Staates Israel", München Heyne-Sachbuch 1992, S. 185.

Kollektivstrafen ersetzen oft persönliche Verantwortung

"Seit Beginn der israelischen Okkupation im Jahre 1967 war kollektive Bestrafung ein Prinzip, das in weitem Maße angewendet wurde und seinen Ausdruck fand in dem Niederreißen von Häusern, Geiselnahme, Vertreibung palästinensischer Wortführer und angesehener Persönlichkeiten, in Ausgangssperren usw. ...

Als die Unterdrückung der Einwohner sich nach dem Oktober-Krieg 1973 steigerte, wurden große Massenverhaftungen durchgeführt. In Nablus allein 550 Personen (nur Männer) wurden binnen 2 Tagen arretiert, einschließlich Volks- und Oberschüler. Fünf der am 5. Januar 1974 Inhaftierten verschwanden von der Bildfläche." [5) (S. 177)]

Diese Sachverhalte und jene, die in den nachfolgenden Kapiteln beschrieben sind, greifen auf die Jahre der Staatsgründung 1948 zurück, verstärkten sich 1967 in den von Israel neu besetzten Gebieten, hatten 1973 und danach wiederum neue Erscheinungsformen, vor allem nach Einsetzen der **Intifada** ("Erhebung") der Palästinenser seit dem 8. Dezember 1987.

Begonnen hatte die Intifada mit einem Verkehrsunfall, den ein israelischer Militärtransporter an einer Übergangskreuzung zum Gaza-Streifen mit der Folge von 4 toten und 7 schwerverletzten Arabern verursacht hatte. Die Palästinenser vermuteten einen israelischen Racheakt für die Ermordung eines israelischen Geschäftsmannes einen Tag zuvor. (Aufgeklärt scheint dieser Fall nicht zu sein). Als zu allem Unglück noch am nachfolgenden Tag ein palästinensischer Demonstrant im überfüllten Flüchtlingslager Jabalia erschossen wurde -- hätte die Armee die Demonstranten gewähren lassen, wäre nichts weiter passiert --, schwappte die Empörung in einem waffenlosen Demonstrationsaufstand auf das ganze Land über.

"Für eine individuelle Tat werden ganze Dörfer oder Städte mit Kollektivstrafen wie ausgedehnte Ausgangssperren, Schließung von Schulen und Universitäten, Zerstörung von Häusern und Reiseverweigerung belegt. ...." [auch 30) (S. 49)]

Durch Militärerlaß Nr. 1235 vom 29. April 1988 sowie durch Ergänzungen in Nr. 1256 und 1275 werden Eltern für die Straftaten ihrer Kinder verantwortlich gemacht. In den besetzten Gebieten liegt das straffähige Alter bei 12 Jahren. ...

Auch gilt es als Regel, daß bei Hausdurchsuchungen eine andere Person verhaftet wird, wenn der Gesuchte nicht festgenommen werden kann; in der Regel ist es der Vater oder ein Bruder." [4) (S. 121)]

Als eine der häufigsten Kollektivstrafen wird die Ausgangssperre für größere Gebiete angewendet. Nicht Sicherheitsgründe sind hierfür maßgebend, denn Israel hätte andere Möglichkeiten, seine Sicherheit zu gewährleisten, zumal die jüdischen Zivilisten -- nicht nur die Siedler -- Waffen bei sich zu führen berechtigt sind. Auch die Verhältnismäßigkeit der Mittel ist in solchen Fällen nicht gewahrt, schädigen diese Maßnahmen doch die Einwohnerschaft ganzer Bezirke in ihrer wirtschaftlichen Existenz, ohne für tatsächliche oder angebliche Freveltaten einzelner verantwortlich sein zu können.

"Während der Intifada (ab 8.12.1987) und deren Folgen hat Israel Ausgangssperren und Abriegelungen verhängt, um Steuern und Gebühren einzutreiben. Eine Verhängung zu solchen Zwecken ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen Artikel 50 der Haager Landkriegsordnung. Israel kann sich in solchen Fällen auch nicht auf das Sicherheitsargument zurückziehen. Die Stadt Beit Sahur, die berühmt für ihren Steuerstreik geworden ist, wurde im August und September 1989 mit einer 11-tägigen Ausgangssperre und mit einer sich daran anschließenden 40-tägigen Abriegelung bestraft. Es vergeht kaum ein Monat, in dem es keine Ausgangssperren oder Abriegelungen gibt. ...

Personen, die die Ausgangssperre verletzen, können sofort erschossen werden. Ausgedehnte Ausgangssperren sind lebensbedrohlich, da sie es unmöglich machen, Lebensmittel, Wasser und Medikamente zu beschaffen. Bei diesen Ausgangssperren ist selbst die Benutzung der Außentoilette nicht erlaubt!" [4) (S. 233)]

"Der Gaza-Streifen ist seit Mai 1988 generell mit einer nächtlichen Ausgangssperre belegt, die von 7 Uhr abends bis 4 Uhr morgens gilt; in Gaza-Stadt herrscht Ausgangssperre von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. Eine Anhörung vor dem HCJ hat an dieser Lage nichts geändert. Das Gericht empfahl, daß der Militärkommandeur von Zeit zu Zeit deren Notwendigkeit überprüfen solle. Erst mit der Unterzeichnung des »Gaza-Jericho-Abkommens« (4.5.1994) wurde sie endgültig aufgehoben." [4) (S. 231)]

Während des Mitte Januar 1991 beginnenden Golfkrieges, den die unter israelischer Herrschaft lebenden Araber nun wirklich nicht verschuldet hatten, wurde die Westbank und der Gaza-Streifen 3 Wochen lang mit einer Ausgangssperre belegt, die anschließend nur nach und nach wieder aufgehoben wurde. Dies führte nicht nur zu einer Abriegelung dieser Gebiete und zu einer Lähmung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, Unterbindung des Schulunterrichts, der medizinischen Versorgung usw., sondern auch zur Vernichtung großer Teile der Ernte der zu 35% von der Landwirtschaft lebenden Palästinenser.

Abgesehen von Begründungen, die auf die Sicherheit des Staates bezogen sind -- wie Suche nach Attentätern oder Waffen, Vermeidung von Zwischenfällen anläßlich von Häuserzerstörungen, Wiederherstellung

von Ruhe und Ordnung --, werden Ausgangssperren oder Abriegelung von Gebieten auch *"regelmäßig"* aus Anlaß nationaler oder religiöser Feiertage verhängt.[4) (S. 230)] Betroffen davon sind nur die Palästinenser, nicht hingegen die jüdischen Siedler. Nie wurde bisher eine Ausgangssperre gegen jüdische Siedler verhängt, wenn aus jenen Kreisen ein Palästinenser erschossen wurde. Sogar dann wurden Ausgangssperren gegen Palästinenser verhängt, als Rabbiner Goldstein an betenden Moslems in Hebron ein Massaker verübte[Vgl. S. 39] -- (in Hebron vom 26. Februar bis 2. März 1994).

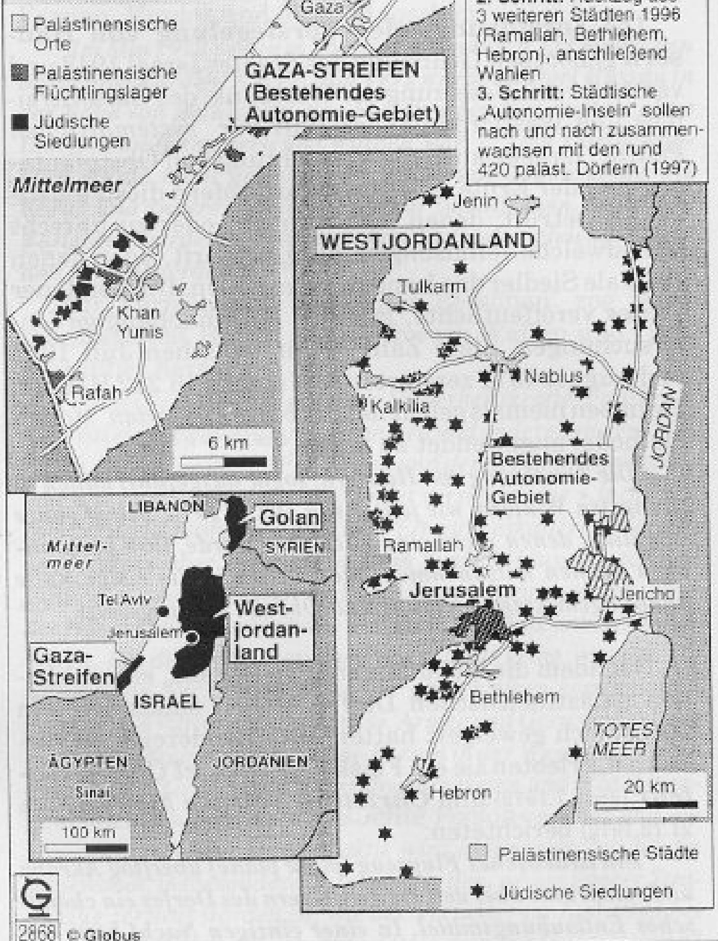
"Die Abriegelung hat das Leben der Palästinenser völlig paralysiert. Die Isolation ist zum Alltag geworden, ohne Rücksicht auf rechtliche Normen und menschliche Standards. ... Auch das »Gaza-Jericho-Abkommen« (4.5.1994) hat der Abriegelung und den Ausgangssperren kein Ende bereitet." [4) (S. 239)]

Von einer kollektiven "Pazifizierungsaktion" anderer Art wird berichtet:

"Vom Block II im Flüchtlingslager Dschabalia wurden alle Männer von 14 bis 60 Jahren von den Militärbehörden vorgeladen und systematisch, ohne Ausnahme, geschlagen. Viele brauchten medizinische Behandlung und wurden entweder in die lokale Krankenstation oder in die Krankenhäuser in Gaza gebracht. Dieser letzte Fall kalkulierter Brutalität soll anscheinend die Razzien »von Haus zu Haus« ersetzen, möglicherweise im Sinne der »Effizienz«. Die gewünschte Wirkung bleibt natürlich dieselbe: Leute in Gefügigkeit hineinzuterrorisieren." [30) (S. 78)]

Noch eine andere Art kollektiver Bekämpfung: Einsatz von **CS-Gas**. 1978, als israelische Truppen in den Libanon eindrangen, warfen Angehörige einer 50 Mann starken Einheit, die Demonstrationen in der Westbank bekämpfen sollten und bereits 2 Jungen von 8 und 16 Jahren zu Tode gebracht hatten, CS-Gasgranaten in die Klassenzimmer der Schule Beit Dschala bei Bethlehem.[30) (S. 48) + 5) (S. 708)] Weitere schwere Zwischenfälle folgten.

Steinewerfende Palästinenser im Gazastreifen:
"Aus Verzweiflung zu allem bereit"
Der Spiegel Nr. 5/1988, 1.2.1988, S. 125



In Jerusalem wurde ein Generalstreik bekämpft. Ergebnis nach wenigen Tagen: 21 Palästinenser erschossen, 4 weitere auf andere Weise ums Leben gekommen,

"vor allem durch das von der Armee benutzte CS-Gas, das in hoher Konzentration zu Fehlgeburten und bei Säuglingen und alten Leuten zum Tod führen kann." [30) (S. 69)]

Schließung der Geschäfte innerhalb der Palästinenserviertel wurde vielfach als kollektiver Protest der Bevölkerung angewandt. Während der Intifada nahm diese Methode stärkere Ausmaße an. Israelische Truppen griffen ein:

"Diesen Streik -- oder besser, diese von der Führung der Intifada festgelegten Geschäftsöffnungszeiten -- wollte nun das Militär unbedingt brechen. Mit den bekannten Mitteln, aber diesmal viel massiver und brutaler, ging es gegen streikende Ladenbesitzer vor. Läden wurden aufgebrochen, zugeschweißt, verwüstet, die Besitzer in ihnen eingeschlossen, manchmal noch Tränengasgranaten hinterhergeschossen. ...

Jeden Abend gingen Metallarbeiter durch die Straßen, reparierten die aufgebrochenen Türen und brachten neue Schlösser an. Jeden Morgen kehrte die Armee zurück und brach die Türen wieder auf. ..." [30) (S. 74)]

Kämpfer für die Zivilisation der Menschheit?

Zerstörung von Häusern, Obstplantagen und Ernten

Die **Zerstörung oder Versiegelung von Häusern** gehört seit Gründung des Staates Israel 1948 und verstärkt seit Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens und Westjordanlandes 1967 zur *"systematischen Politik"* Israels, auch die Vernichtung von Obstplantagen und der Ernte, allerdings nur, sofern dies Palästinenser betrifft, denen man zu recht oder zu unrecht irgendwelche feindseligen Akte vorwirft, oder denen radikale Siedler das Land rauben wollen. Die Londoner ***Times*** veröffentlichte, gestützt auf unabhängige Untersuchungen, diese Zahl: Allein zwischen Juli 1967 und August 1971 zerstörten die Israelis 16.212 Häuser. Sie haben niemals geleugnet, *"robuste Methoden"* (tough methods) angewendet zu haben.[5) (S. 181) + 9) (S. 55)]

"Die Zerstörung von Häusern, sogar ausgeführt mitten in strengsten Wintern, wie jenem von 1973 - 1974, betraf ganze Familien, denen nicht einmal erlaubt wurde, ihre persönlichen Sachen mitzunehmen. Sie wurden in die eisige Kälte ohne angemessene Kleidung und Obdach hinausgesetzt." [5) (S. 169)]

Nachdem die 4.000 Bauern von Akraba, einem kleinen palästinensischen Dorf 6 Meilen südöstlich von Balus, sich geweigert hatten, ihre Ländereien zu verkaufen, erlebten sie ein Fiasko. ***Le Nouvel Oberservateur*** (am 3.7.1972) und ***Christian Science Monitor*** (am 21.12.1972) berichteten:

"Ein israelisches Flugzeug (piper plane) überflog Akraba und versprühte über den Weizenfeldern des Dorfes ein chemisches Entlaubungsmittel. In einer einzigen Nacht hatte der Anfang Dezember auf 200 Hektar Land bereits ausgesäte Weizen seine Farbe verändert: grün färbte sich in braun, verbrannt von chemischem Zeug. ... Die Israelis leugneten diese Tatsachen nicht. Sie haben zugegeben, die Felder mit chemischem Material versprüht zu haben, doch nur,

»um diesen Dorfbewohnern, die hartnäckig weiterhin Land bearbeiten, das zu betreten die Armee ihnen verboten hat, eine Lektion zu erteilen«, ...

Man kann nicht umhin, als sich zu wundern, warum in der Mitte dieser dürren Hügel, kultivierte Felder als Übungsflächen für das israelische Militär ausgewählt wurden. Die Antwort ist kein Geheimnis: Der Gedanke ist der, das Land für die Ankunft der israelischen Siedler vorzubereiten.

Jedenfalls ist Akraba nicht das einzige Dorf der okkupierten Westbank, wo auf die Dorfbewohner Druck zum Verkauf ihres Landes ausgeübt wird." [5) (S. 169)]

Folgen wir einem anderen Bericht:

"Mehrere Dörfer zerstört und ihre Einwohner vertrieben (Amwas, Jalu, Beit Nuba und andere), eine halbe Stadt plattgewalzt (Qalqilia), breite Schneisen in die Lager des Gazastreifens geschlagen, um sie mit Panzerwagen patroullieren zu können, in großem Stil Häuser aufgrund bloßen Verdachts gesprengt, Personen ausgewiesen, Leute ohne Prozeß in Haft genommen usw. usw. -- Liberalität?

Alles das fand übrigens bereits lange vor Beginn der Intifada in der ganzen Besatzungszeit statt." [30) (S. 43) + 18) (S. 33)]

Das größte internationale Aufsehen hat die Zerstörung einer Stadt von 45.000 Einwohnern hervorgerufen. Und dennoch wurde diese Wahnsinnstat von der Weltöffentlichkeit weitgehend totgeschwiegen. Man kann diesen Fall nur vergleichen mit der offiziellen Handhabung des GPU-Massenmordes an den 15.000 polnischen Offizieren in Katyn und 2 anderen Plätzen, von dem die Weltmächte genau wußten, wer ihn zu verantworten hatte, und worüber sie dennoch jahrzehntelang geschwiegen oder sie den Deutschen angelastet haben.

Die Stadt, um die es sich hier handelt, heißt **Quneitra** (auch Kuneitra geschrieben) und war die Hauptstadt der Golanhöhen auf ursprünglich syrischem Staatsgebiet. Die Israelis hatten sie 1967 im Zuge ihres Expansivkrieges miterobert. Im Verlauf langwieriger Verhandlungen des US-Außenministers Henry Kissinger sahen sich die Israelis in Kompensation für eine langfristige US-Wirtschafts- und Rüstungshilfe sowie die Zusicherung, für Israel ungünstige UNO-Beschlüsse abzuwenden[5) (S. 628) + 36)], veranlaßt, nach Unterzeichnung eines Truppenentflechtungsabkommens am 27.5.1974, diese Stadt wieder herauszugeben.

Die Syrer sollten jedoch nur noch Ruinen erhalten. Spätere Besucher verglichen den Anblick, der sich ihnen bot, mit Stalingrad und Hiroshima. Ein Geistlicher der griechisch orthodoxen Kirche der Stadt warf den Israelis vor, sie haben kurz vor der Übergabe im Jahr 1974 = 80% der Stadt einschließlich aller Kirchen und Friedhöfe mit Bulldozern eingerissen.[5) (S. 390)] Dieser Bericht wurde bestätigt, u.a. von einem der 10 in Israel verbliebenen Bewohner, der Gelegenheit hatte, seine Schilderung im britischen ***Guardian*** veröffentlicht zu bekommen:

"Sie hatten ungefähr 11 Bulldozer in der Stadt stationiert, aber sie mußten Verstärkungen heranbringen, um mit der großen Aufgabe fertig zu werden. Die kleineren Häuser zerbrachen unter einem einzigen Rammstoß. Für die größeren, 2-, 3- oder 4-Stock Villen oder Gebäude, mußten sie sich Erdrampen schaffen, um die Bulldozer an die oberen Etagen heranfahren zu können.

Sie arbeiteten vom Morgengrauen bis zur Dämmerung mit grimmiger Entschlossenheit und großer Sachkenntnis. Sie brauchten praktisch einen ganzen Tag, um ein dreistöckiges Haus zu schleifen. Nur die Häuser, in denen die 10 Araber wohnten, die nicht geflohen waren, blieben intakt. Stehen gelassen wurde auch das ausgeplünderte und von Geschossen heimgesuchte Krankenhaus, das die Israelis für ihre Schießübungen als Zielobjekt benutzten. Eine der städtischen Kirchen wurde zerstört. Andere wurden in beschädigtem Zustand stehen gelassen, aber total ausgeplündert." [5) (S. 391)]

Israel hatte 100.000 Bewohner der Golanhöhen vertrieben.[5) (S. 392)]

Ähnlich sind die Israelis -- in diesem Fall hauptsächlich radikale Siedler gegen den Willen der Regierung -- vor der Rückgabe der größeren Ansiedlung Yamit im

36) *Der Spiegel*, Nr. 22/1974, 27.5.1974 S. 76.

Sinai vorgegangen: Einen Tag vor Übergabe an die Ägypter am 24. April 1981 wurde hier jedes Gebäude in die Luft gesprengt. Zur gleichen Zeit flogen 60 israelische Kampfflugzeuge weit in das Innere des Libanon, um Vorstädte von Beirut mit Bomben zu belegen.[5)(S. 739)]

"Um die Palästinenser ein für allemal einzuschüchtern, befahl Rabin, eine halbe Million Olivenbäume -- die Lebensgrundlage des Volkes und hochgeschätztes Vermögen -- niederzureißen. Um diejenigen zu bestrafen, die sich dem widersetzten, ließ er seine Truppen Bulldozer einsetzen, um tausende einfacher Häuser zu zerstören, schickte Schwärme von Todesschwadronen los, schuf eine spezielle israelische Truppe in arabischer Verkleidung, die auf verdächtige palästinensische Jugendliche schoß.

'Es gibt keine Todesstrafe in Palästina', bemerkte der bekannte zionistische Historiker Prof. ***Benny Morris****, 'Sie töten Menschen hier auf der Stelle in den Straßen.' "*[37)]

Sogar das Oberste Gericht Israels stellte sich hinter solche Maßnahmen, freilich mit der Richtschnur, sich in solchen Fällen an der Schwere der dem Tatverdächtigen angelasteten Handlung zu orientieren. Dies läßt einen weiten Spielraum offen, zumal die Militärs Befehle zur Zerstörung oder Versiegelung von Häusern sozusagen als Verwaltungsakt erlassen, ohne vorher die Schuld der Beschuldigten zu überprüfen.

"Seit Beginn der Intifada (8.12.1987) bis Ende 1993 wurden nach Angaben des Palestine Human Rights Information Center insgesamt 2.532 Häuser zerstört oder versiegelt. Der Wert dieser Zerstörungen beläuft sich auf rund 13 Mio. US-Dollar. In 90% der Fälle waren die Betroffenen noch keiner Straftat überführt.

Der formale Prozeß der Zerstörung läuft folgendermaßen ab: Entweder die Armee oder der Geheimdienst entscheidet, ob ein Verstoß gegen die Sicherheit vorliegt; sie legen auch die Art der Bestrafung fest. Diese Empfehlung wird an den militärischen Rechtsberater des Gebietes weitergeleitet, in dem der Verdächtige wohnt. Wenn die Maßnahme gerechtfertigt erscheint, bestätigt er sie. Falls eine Zerstörung sich als nicht durchführbar erweist, weil die Wohnung in einem Appartmentkomplex liegt, wird eine Versiegelung angeordnet. Sie kann umgehend erfolgen, wohingegen bei einer Zerstörung erst eine Ablehnung des Einspruches abgewartet werden muß. Der Besitzer wird von der Absicht der Behörden informiert. Danach hat er 48 Stunden Zeit, beim Gebietskommandeur Einspruch einzulegen. Weist dieser die Beschwerde zurück, hat der Besitzer weitere 48 Stunden Zeit, um sich an den Obersten Gerichtshof zu wenden. Im Laufe dieses Prozesses kann der Anwalt des Betroffenen mit dem Militär einen Kompromiß aushandeln, wie z.B. Vesiegelung statt Zerstörung. Nachdem alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, erhält der Betroffene eine Mitteilung, daß er in kurzer Zeit -- in der Regel 1 Stunde -- sein Eigentum räumen muß und das Haus zu verlassen hat. Die Armee verhängt dann eine Ausgangssperre über das Gebiet und zerstört das Haus mit einem Bulldozer oder durch Sprengung." [4)(S. 149)]

Das Gelände wird enteignet, ein Wiederaufbau ist untersagt. Der Oberste Gerichtshof, dafür bekannt, daß er die meisten Beschwerden über das Ansinnen zur Zerstörung von Häusern bislang abgewiesen hat, gab sogar sein Plazit dafür, auch Häuser zu zerstören, in denen ein Tatverdächtiger lediglich als Mieter wohnte, oder Häuser als Kollektivstrafen gegen Familienangehörige ohne Rücksicht auf die obdachlos werdenden Frauen, Kinder und alten Menschen.

"Im Mai 1992 waren es 26 Häuser, wodurch 253 Menschen obdachlos wurden. Am 12. Mai 1992 wurde im Dorf Hussan in der Nähe von Bethlehem eine Moschee zerstört, weil sie ohne Baugenehmigung errichtet worden war. ... Den Dorfbewohnern wurde nicht gestattet, die religiösen Gegenstände wie Koran und andere religiöse Literatur zu entfernen. Mit einem Bulldozer wurde die Moschee dem Erdboden gleichgemacht und total abgeräumt." [4)(S.154)]

Zur Vernichtung "gesuchter Personen" zog Ministerpräsident **Rabin** sogar schwere Waffen und Hubschrauber heran:

"So setzten die israelischen Sicherheitskräfte Panzerabwehrraketen, Feldartillerie, Granaten und andere schwere Munition gegen »gesuchte Personen« und deren Familienangehörige ein. Seit September 1992 findet verstärkt eine »Jagd auf gesuchte Personen« statt. Diese Einsätze eskalieren, wie z.B. am 13. November 1992, als in Khan Yunis 9 Häuser durch den Einsatz schwerer Waffen und Munition zerstört wurden. Drei der Häuser wurden so schwer beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Bei diesem Einsatz fand das Militär keine »gesuchte Personen«. Sechs Wochen später gab es einen kombinierten Einsatz von »undercover units«, Armee und Grenzpolizei, die einen Militäreinsatz gegen eine Person in der Westbank durchführten. Mit Granaten, Panzerabwehrraketen und Maschinengewehrfeuer wurde eine »gesuchte Person« getötet und ein Haus zerstört. Eine solche Taktik wird in jüngster Zeit häufig angewandt, insbesondere im Gaza-Streifen, wo ein ganzer Straßenzug zerstört worden ist, wie der Verfasser im Juni 1993 bei einem Besuch feststellen konnte. 19 Häuser wurden total und 83 erheblich zerstört; mehr als 1.000 Menschen verloren dadurch ihr Heim." [4) (S. 155 - 156)]

"Am 23. Januar 1994 -- während der nächtlichen Ausgangssperre -- zerstörten Soldaten 40 Marktstände in der Nähe der Stadtverwaltung von Gaza-Stadt. 40 Familien sind davon betroffen. Von seiten des Militärs wurde keine Begründung gegeben." [4) (S. 157)]

Entschädigungen für die Zerstörung von Häusern Unschuldiger sind bislang trotz öffentlicher Zusagen nicht gezahlt worden.[4)(S. 158)]

Abgesehen von "sicherheitsrelevanten" Hauszerstörungen, wurden *"in vielen Fällen"* auch Häuser deshalb in Trümmer gelegt, weil sie der israelischen Siedlungspolitik im Wege standen.[4)(S. 169)]

"Des weiteren verfolgen die israelischen Behörden auch die nomadisierenden Beduinen mit ihren frei umherziehenden Herden. Immer wieder werden die Schäfer wegen Verletzung der Grenzen eingesperrt und ihre Herden konfisziert. Indem die Behörden das Land konfiszierten, wollten sie die Beduinenstämme zwingen, das Gebiet zu verlassen, ihr Nomadenleben aufzugeben und seßhaft zu werden." [35)(S. 190)]

Am 1. März 1980 verurteilte der UN-Sicherheitsrat einstimmig Israels Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten und forderte die Regierung in Tel Aviv auf, sämtliche jüdischen Siedlungen im Westjordanland und dem Gaza-Streifen aufzulösen und keine neuen zu errichten. -- Auch dies blieb unberücksichtigt.

"Verhaftungen von Palästinensern gehören zum Alltag"

"Die Verhaftung von Palästinensern in den besetzten Gebieten gehört zum Alltag. Es gibt kaum eine Familie, die davon nicht betroffen ist." [4) (S. 199)]

Artikel 78 des Militärerlasses Nr. 378 gestattet jedem israelischen Soldaten, Geheimdienstoffizier und Polizisten, einen Verdächtigen ohne Haftbefehl festzunehmen, wobei die Motivierungen weit dehnbar interpretierbar sind, so z.B., der Beschuldigte habe unterlassen, einen anderen von einer Tat, die die öffentliche Ordnung gestört habe, abzuhalten.[4) (S. 199)] Der verhaftende Israeli braucht jedoch dem verhafteten Palästinenser nicht einmal die Festnahme zu begründen. Selbst eine ihm später überreichte Anklageschrift kann der Betroffene vielfach gar nicht lesen. In den besetzten Gebieten kann ein Offizier eine Haftverlängerung auf 18 Tage ohne Anhörung eines Richters ausdehnen, -- im übrigen Israel ist die Frist auf 48 Stunden begrenzt.

"Ein Militärrichter kann einen Gefangenen für 6 Monate in Haft halten, bis die Anklageschrift fertiggestellt ist, und für eine unbegrenzte Zeit, bis die Anklageschrift verkündet worden ist. Entsprechend der Länge des Verfahrens und unter Berücksichtigung der schlechten Bedingungen in den Gefängnissen und Internierungslagern bedeutet Untersuchungshaft nicht mehr das, für was sie eigentlich bestimmt war, sondern wurde zu einer Form von Bestrafung umfunktioniert.

In Israel kann ein Häftling nur unter besonderen Umständen bis zum Ende des Verfahrens in Untersuchungshaft gehalten werden. Die Gründe sind im Strafrecht aufgelistet. In den besetzten Gebieten dagegen kann der Häftling bis zum Abschluß des Verfahrens in Haft bleiben, unabhängig von der Beschuldigung. In Israel kann nur ein Richter des Obersten Gerichts die Untersuchungshaft über den Zeitraum eines Jahres hinaus verlängern, was selten vorkommt. In den besetzten Gebieten dagegen ist dies ein ganz normaler Vorgang." [4) (S. 203)]

Ein anderer Bericht:

"Jeder Soldat oder Polizist kann einen Bewohner der besetzten Gebiete festnehmen, der dann bis zu 18 Tagen inhaftiert bleiben kann, ohne einen Rechtsanwalt zu sehen oder einem Richter vorgeführt zu werden. Sehr oft werden junge Leute im Zusammenhang mit einer Demonstration (manchmal auch ohne jeden Zusammenhang) verhaftet, in ein Gefängnis oder Arrestlager gebracht, dort mißhandelt, verhört (oder auch nicht verhört) und wieder freigelassen, bevor die 18 Tage abgelaufen sind. Die weitaus meisten von ihnen werden nie vor Gericht gestellt -- ein Hinweis darauf, daß man keinerlei überprüfbare Anschuldigungen gegen sie vorbringen kann, oder doch nur solche, die eine Anklage nicht rechtfertigen.

Man schätzt, daß bis 1984 = 200.000 Leute in der Westbank (20% der Bevölkerung) die Gefängnisse durchlaufen haben. Klagen über Mißhandlungen und Foltern sind so verbreitet, daß sie zumindest in bestimmten Gefängnissen an der Tagesordnung zu sein scheinen." [30) (S. 47)]

Einer internationalen Schätzung zufolge waren Ende 1976 = 3.200 "Sicherheitsgefangene" in Israel und den besetzten Gebieten inhaftiert,

"von denen viele noch keine Anklageschrift oder einen Prozeßtermin hatten.

Infolge eines besonders harten Gesetzes ist ein jeder straffällig, der vermuten kann, daß eine andere Person beabsichtigt oder dabei ist, eine Widersetzlichkeit gegen die in den besetzten Gebieten in Kraft befindlichen Militärgesetze zu begehen, und der ihn nicht daran hindert oder die Behörden sofort informiert. Er kann wegen Widersetzlichkeit bis zu 5 Jahren Gefängnis oder einer Geldstrafe bis zu 1.000 Pfund bestraft werden." [5) (S. 174)]

Auch Frauen sitzen durchaus zahlreich in Haft. In Sonderfällen werden auch Bein- und Handschellen verwendet.[4) (S. 213)]

"Nach ihrer Verhaftung erfahren die Frauen ebensowenig den Grund ihrer Verhaftung wie ihre männlichen Leidensgenossen. Oft werden Frauen willkürlich verhaftet, wenn die Armee nach Steinewerfern oder Rädelsführern von Demonstrationen sucht, oder sie werden als Unbeteiligte in der Folge von Demonstrationen festgenommen.

*Wie die Untersuchung von »Making Women Talk« der englischen Rechtsanwältin **Teresa Thornhill** zeigt, werden Frauen auch physischem, psychischem und sexuellem Mißbrauch während der Verhöre unterzogen, obwohl es nie Vergewaltigung einer Gefangenen gegeben hat. Vom Zeitpunkt ihrer Verhaftung sind Frauen sexuellen Belästigungen ausgesetzt."* [4) (S. 210)]

Im Rechtsausschuß der Knesset kam zur Sprache, daß seit 1987 = 100.000 Palästinenser verhaftet, davon 70% durch Gerichte verurteilt worden sind. 30.000 wurden wieder freigelassen. 1992 hat **Amnesty International** 25.000 aus "Sicherheitsgründen Verhaftete" festgestellt, von denen Ende des Jahres 1992 noch 10.000 einsaßen. Ende Juni 1994 seien noch ca. 7.000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen oder Internierungslagern isoliert.[4) (S. 206)]

Viele dieser Personen sind Opfer israelischer Präventivmaßnahmen. In diese sogenannte "**Administrativhaft**" kann genommen werden, wer eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung *"darstellen könnte"*. Der so Inhaftierte hat keine Rechtsgarantien dafür, wie lange, wo und unter welchen Bedingungen er festgehalten wird, ob er einen und was für einen Prozeß er erhält. Selbst die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens bewirkt keineswegs stets eine Entlassung.[5) (S. 176)] Die seelischen und wirtschaftlichen Schäden für die betroffenen Familien sind nicht zu beschreiben.

Verwaltungshaft kann innerhalb Israels der Verteidigungsminister, andernorts der Militärkommandeur für eine Dauer von 6 Monaten ausdehnen und für weitere 6 Monate verlängern, ohne daß dem Verhafteten die Möglichkeit für einen Rechtsbeistand oder eine Gerichtsentscheidung gegeben zu werden braucht.[4) (S. 215)] Sie gilt als Strafmaßnahme ohne Prozeß und wird in den besetzten Gebieten "extensiv", vielfach auch als Nötigung zur Emigration genutzt.[4) (S. 219, 220)]

Ein älterer palästinensischer Diplomat warf vor den UN allein dem Ministerpräsidenten **Yitzhak Rabin**, der bereits 1946 von den Briten steckbrieflich wegen

Terrorismus gesucht und schließlich inhaftiert worden war, vor, nahezu 400.000 von insgesamt 2 Millionen Palästinensern in großen Lagern unter brütender Sonne eingesperrt und unter unmenschlichen Bedingungen gehalten zu haben. *"Zehntausende von ihnen wurden geschlagen und oft gefoltert."* [37]

5.000 Gefangene traten vom 27.9. - 15.10.1992 in einen Hungerstreik, um bessere Haftbedingungen zu erreichen. Ihr Streikkomitee forderte die Abschaffung von Isolationshaft, Kollektivstrafen und Einsatz von Tränengas, Verhinderung allgegenwärtiger Gewaltanwendung durch das Wachpersonal, Reduzierung der Zellenbelegung, Verbesserung der hygienischen und medizinischen Versorgung, der Bedingungen für Familien- und Rechtsanwaltbesuche sowie Fortbildungsmöglichkeiten sowie Zulassung von Zeitungen und Büchern. Obwohl Untersuchungskommissionen Hilfe zugesagt haben, sind, abgesehen von einigen Erleichterungen, *"keine signifikanten Verbesserungen"* in die Praxis umgesetzt worden. Selbst hunderte von medizinischen Notfällen wurden nicht oder nur verzögert oder falsch behandelt. [4) (S. 208)]

"Konzentrationslager" gibt es keine. Dafür aber **"Internierungslager"**. Das bekannteste -- **Ketziot** -- liegt isoliert in der Wüste Negev und untersteht dem Militär. Es hat *"riesige Ausmaße"* und macht einen *"notdürftigen Eindruck"*. Umgeben ist es von einem Stacheldrahtzaun und Wachtürmen. [4) (S. 225)] Aus der temporären Planung ist ein Dauerzustand geworden.

"Die Gefangenen und Internierten sind extremen Bedingungen ausgesetzt. Das Lager liegt mitten in der Wüste und besteht nur aus Zelten. In jedem Zelt wohnen und schlafen zirka 26 Personen auf einer Fläche von 60 Quadratmetern. Im Sommer steigt die Temperatur auf 40 Grad, und in der Nacht geht sie gegen Null Grad. ...

Bei dieser Enge gibt es keine Privatsphäre. Die Gefangenen werden bei ihren Nummern gerufen. Jede Gruppe wird durch einen Vertreter (Shawish) repräsentiert, der die Verbindung zur Lagerleitung unterhält. Beim täglichen Durchzählen der Gefangenen werden diese gezwungen, in Reihen auf dem Boden zu sitzen, während ein Offizier -- begleitet von einer Wache, der seinen Finger am Abzug eines Kanisters mit Tränengas hat -- die Gefangenen zählt. Dutzende von schwerbewaffneten israelischen Soldaten stehen Gewehr bei Fuß, falls es zu Zwischenfällen kommt.

Dem Internationalen Roten Kreuz ist es gestattet, Internierte regelmäßig zu besuchen; es darf gemäß der Vereinbarung mit der Regierung über diese Besuche aber nichts berichten. In einigen Veröffentlichungen übt das Rote Kreuz dennoch harsche Kritik an den Zuständen im Lager. ..." [4) (S. 224)]

Der Lagerleiter kann Gefangene solange in Isolationshaft nehmen, wie es ihm beliebt. Werden Häftlinge ins Krankenhaus überführt, so werden sie an Händen und Füßen gefesselt. Bisher wurden zirka 30 Gefangene von Mithäftlingen umgebracht. [4) (S. 225)]

"1990 wurden neue Einrichtungen für Administrativhäftlinge geschaffen, die als besonders »gefährlich« und als »führende Persönlichkeiten« eingestuft wurden, sowie für Gefangene mit langen Haftstrafen. Diese »Gebäude« sehen aus wie Käfige. Sie bestehen aus hohen Mauern und sind mit Stacheldraht überspannt, darüber befindet sich ein »Dach« aus Leinwand. Zwischen den Mauern befinden sich 3 Zelte, die alle von einer Kette umgeben sind." [4) (S. 225)]

In Einspruchsverfahren, sofern die Gefangenen dazu überhaupt eine Chance haben, arbeiten die Geheimdienste zuweilen auch mit "Beweismitteln", die nur dem Richter zur Kenntnis gebracht werden. Der Justizminister rechtfertigte indessen ein solches rechtsstaatswidriges Verfahren im Juni 1989 mit "Sicherheitsgründen". [4) (S. 227)]

Die Strafmaße entsprechen einer Terrorjustiz: Für Steinwürfe gegen Personen oder Sachen sind 10 Jahre, gegen Militärfahrzeuge 20 Jahre zu erwarten, für Brandstiftung 10 Jahre, unter der Amtsführung von Ministerpräsident **Yitzhak Rabin** sogar amtlich verordnete bzw. für zulässig erklärte Knochenbrüche, [37] für Sabotage, Spionage oder Waffenherstellung lebenslänglich, für Meineid 5 Jahre. [4) (S. 72)]

Als besonders gravierend prangern die Menschenrechtsorganisationen an, daß unter Außerachtlassung der Verhältnismäßigkeit der Mittel israelische Soldaten wiederholt auf Steine-werfende Kinder und Jugendliche geschossen und/oder ihnen die Knochen gebrochen haben, ohne dafür -- wenn überhaupt -- angemessen bestraft zu werden. So seien seit Beginn der Intifada vom Dezember 1987 bis zu ihrem Ende im Oktober 1993 = 235 palästinensische Kinder getötet und 22.757 verwundet worden. [4) (S. 283)]

Foltermethoden offiziell

Die israelischen Gefängnisse und die der Armee unterstehenden Internierungslager in den besetzten Gebieten zeichnen sich durch besonders erniedrigende und drakonische Haftbedingungen aus. Nicht nur dies.

Der international vorgetragene Vorwurf sowohl seitens des Roten Kreuzes, von Amnesty International als auch der Presse lautet, daß alle israelischen Sicherheitsorgane darin verwickelt sind, organisiert Foltermethoden anzuwenden, und dies vornehmlich in 6 Gefängnissen von 4 Städten der besetzten Gebiete! Dies brachte unter noch ausführlicherer Beschreibung die ***London Sunday Times*** am 19. Juni 1977 zum Ausdruck. [5) (S. 178 - 179)]

Die jüdisch-israelische Rechtsanwältin **Felicia Lan-**

37) ***The Spotlight***, Washington, 20. November 1995, S. 11:

" 'Rabin war kein Friedenstifter', erklärte ein älterer palästinensischer Delegierter beim UN-Hauptquartier. 'Er hatte das Kommando der brutalen Unterdrückung, die schließlich den Willen einiger Palästinenser in den Jahren 1988 - 1992 gebrochen hat, Widerstand zu leisten.'

Um die populäre palästinensische Rebellion gegen die israelische Besetzung, bekannt als Intifada, niederzuschlagen, brachen Armeeeinheiten unter Rabins persönlicher Anleitung (Rabin's personal direction) Arme und Beine jedes arabischen Jugendlichen, der geschnappt wurde, einen Stein gegen die verhaßten zionistischen Patroullien geworfen zu haben."

ger hat nach langjähriger Praxis in Israel u.a. dieses zu Protokoll gegeben:

"Die Gefängnisse sind überfüllt, die Häftlinge schlafen auf dem Fußboden und haben kaum Decken. Das Essen ist nicht ausreichend, auch gibt es nicht hinreichend Kleidung. 23 Stunden am Tag befinden sie sich in einer überfüllten Zelle. Es gibt keine Privatzelle. Ihr Freiraum ist ihr Körperumfang, nicht mehr. Alles spielt sich innerhalb dieser Zelle ab, sie beten dort, sie lesen dort, sie reden dort. Selbst die Toilette befindet sich innerhalb dieser Zelle.

Stellen Sie sich vor, jahrelang unter solchen Bedingungen leben zu müssen. Die medizinische Versorgung ist ebenfalls nicht hinlänglich. Vergessen Sie nicht, daß es Leute gibt, die mehr als 10 Jahre unter solchen Bedingungen leben müssen. Ich habe den Obersten Gerichtshof mehrfach auf diese Mißstände aufmerksam gemacht, aber es erfolgten keinerlei Reaktionen. Man hielt mir vor, ich würde die Dinge übertrieben darstellen.

Ich glaube, daß die Folterungen systematisch vorgenommen werden. Die Folter ist eine akzeptierte Form der Befragung von Häftlingen. ... Die Art der Gewaltanwendung reicht vom sporadischen Schlagen bis hin zum Verprügeln. Gelegentlich werden Häftlinge an ihren Händen aufgehängt, sie werden im Genitalbereich geschlagen, mit Strom traktiert. Es gibt Häftlinge, die jahrelang Folterungen ausgesetzt sind. Ich habe die Foltermerkmale auf den Körpern meiner Klienten gesehen." [18) (S. 106-107)]

Es gibt wohl kaum einen Araber, der nicht wüßte, daß er im Falle einer Inhaftierung durch israelische Sicherheitskräfte mit Demütigungen, Beleidigungen und Schlägen mehr oder weniger brutaler Art zu rechnen hat.

"Wenn er Pech hat, drohen ihm auch schwere Folterungen, die langfristige, wenn nicht sogar lebenslange physische und psychische Schäden verursachen. Die Israelis haben in der Praxis aufgehört, dies in Abrede zu stellen. .." [4) (S. XI)]

"In Israel werden mit Wissen und Billigung der Regierung Palästinenser durch den Geheimdienst Shin Bet gefoltert; einige von ihnen erliegen diesen Torturen, andere begehen Selbstmord, und der Rest erleidet lebenslange physische und psychische Schäden, -- so der Tenor einer Konferenz zum Thema: »Der internationale Kampf gegen die Folter und das israelische Beispiel«, an der am 13. und 14. Juni 1993 in Tel Aviv Mitglieder palästinensischer, israelischer und internationaler Menschenrechts- und Hilfsorganisationen zur Diskussion über Folter und über Rehabilitationsmöglichkeiten von Folteropfern zusammentrafen." [4) (S. 84)]

Wenngleich erstaunlich und anerkennenswert ist, daß Israel selbst Gastgeberland dieser Konferenz mit internationaler Zusammensetzung war, so bleibt doch mit Erschütterung festzuhalten, was an bislang nicht bekanntgewesenen, mehr oder weniger zur jahrzehntelangen Staatspraxis gehörenden Menschenrechtsverletzungen -- *"Foltersystem"* -- an die Öffentlichkeit gedrungen ist.

"Die Konferenzteilnehmer diskutierten über die Geschichte der Folter in israelischen Gefängnissen, über die staatliche Protektion der Täter und die oft lebenslangen Schäden, die die Opfer auf Grund der Mißhandlungen davontragen. Immer wieder wurde die Mitverantwortung der Gefängnisärzte betont, ohne deren Schweigen dieses System nicht aufrecht erhalten werden könnte.

'Selbst wenn wir 100 Ärzte mehr hätten, könnten wir nicht mit den Menschenrechtsverletzungen fertig werden',

so die Vorsitzende von PHR (Association of Israeli-Palestinian Physicans for Human Rights), ***Ruchama Marton****. Ihre Ausführungen machten deutlich, daß eine große Zahl von Ärzten sich nicht an die Tokioer Konvention von 1975 gebunden fühlt, nach der es jedem Arzt verboten ist, sich an Folterungen zu beteiligen."* [4) (S. 84)]

Da gab es amtliche Fragebögen, auf denen von den Gefängnisärzten zu vermerken war, *"ob den Häftlingen vom medizinischen Standpunkt die einzelnen Foltermethoden zugemutet werden könnten"*.[4) (S. 85)] Dies drang sogar in die israelische Öffentlichkeit. So forderte z.B. die dortige Zeitung ***Hadashot*** am 30.6.1993 die Ärzte auf, eine solche Zusammenarbeit mit den Verhörern zu verweigern.

Selbst dem Leiter eines Gefängnisses sind die Bereiche der dort tätigen Geheimdienste entzogen, was in der israelischen Öffentlichkeit als Teil der *"Bürokratisierung der Folter"*, als *"legalisierter Sadismus"* bezeichnet wird, zumal sich herumgesprochen hat, daß die Shin Bet-Verhörer die Palästinenser als *"Objekte des Sadismus"* betrachten, *"die keines menschlichen Respektes bedürfen"*.[4) (S. 88)]

"Die israelische Rechtsanwältin ***Felicia Langer*** *klagte 1974 den Geheimdienst vor dem Obersten Gericht in Israel wegen Folterungen an. Das Gericht sprach jedoch dem Geheimdienst sein Vertrauen aus. ...*

Felicia Langer behauptete zuletzt, daß eine zweite Generation von Folterern in Israel am Werke sei, die eine totale Dehumanisierung der Palästinenser betrieben." [4) (S. 88)]

Dabei ginge aus Untersuchungen hervor, daß nicht nur die Gefangenen selbst mißhandelt wurden, sondern auch die nächsten Angehörigen.

"30% der 500 Befragten berichteten, daß Mitglieder ihrer Familien vor ihren Augen mißhandelt worden seien." [4) (S. 89)]

Der Direktor des "Gaza Community Mental Health Program", Eyad al-Sarraj, stellte am 20.5.1993 auf einer Pressekonferenz eine Studie vor, in der die angewandten Foltermethoden im einzelnen beschrieben sind. Danach stehen Schläge an erster Stelle, gefolgt von der "refrigator"-Methode, nach der die Häftlinge extremer Kälte ausgesetzt werden. Schlaf- und Essensentzug, Schläge mit Knüppeln auf alle Körperteile, *"langes Stehen mit einem übelriechenden Sack über dem Kopf und gebundenen Händen und Füßen"*, manchmal in zu engem Raum, der ein gerades Stehen unmöglich macht, -- alles das scheint, wie das amerikanische Konsulat in Ost-Jerusalem nach Washington berichtete, *"eine weit verbreitete und übliche Praxis zu sein"*.[4) (S. 92) + 35) (S. 204-205)]

"92% mußten lange stehen, und 78,8% hatten extreme Hitze zu erdulden. Fast alle Gefangenen (94,8%) wurden verbal erniedrigt, oder es wurde ihnen mit Ermordung gedroht (90,5%). 15% wurden Reizgas ausgesetzt und 7,8% wurden Gegenstände in Penis und Rektum eingeführt sowie 5,3% mit Elektroschocks gequält. ...

So ist z.B. bei der »Bananen«-Haltung der Körper nach hinten gebogen, und die Hände sind an den Fußknöcheln

gefesselt, oder beim »Shabah« sind die Gefangenen an ihren Armen, die wie Röhren zusammengebunden sind, an der Decke oder Wand aufgehängt, so daß sie den Boden gerade noch mit ihren Zehen berühren können. ..." 4) (S. 90)

In eidesstattlichen Erklärungen haben zahlreiche so Mißhandelte über ihre Anwälte die Menschenrechtsorganisationen davon verständigt.

Zu ergänzen wäre noch, daß der für alle Fragen der Sicherheit zuständige Geheimdienst Shin Bet direkt dem Ministerpräsidenten Israels untersteht und keiner gesetzlichen Kontrolle unterliegt. 4) (S. 93)

Begründete Militärerlaß Nr. 121 die "legale Macht" des Shin Bet in den besetzten Gebieten, so gestattet Artikel 18 des Militärerlasses Nr. 378, daß der Inhaftierte binnen 18 Tagen weder Kontakt mit seinem Rechtsanwalt zu erhalten brauche noch einem Richter vorgeführt werden müsse. Diese Frist kann ausgedehnt werden.

"Innerhalb dieser Zeit geschehen die meisten Folterungen, so berichten die Häftlinge." 4) (S. 93)

Selbst Kinder und Jugendliche wurden gefoltert. So wurden auch zuweilen sie

"in engen Räumen wie dem »Sarg« eingesperrt, müssen einen übelriechenden Sack über dem Kopf tragen und sind an Händen und Füßen gebunden." 4) (S. 285)

Die Menschenrechtsorganisationen

"B'Tselem und PHRIC berichten übereinstimmend von Mißhandlungen von Kindern. Die meisten der Verhöre Jugendlicher und Kinder werden nachts durchgeführt. Sie erstrecken sich über mehrere Stunden und lassen sich in eine »Zermürbungsphase« und eine »Geständnisphase« einteilen." 4) (S. 286)

In bezug auf die offiziell praktizierte **Folter** Gefangener heißt es:

"Nach statistischen Erhebungen von Al-Hag (Palestinian Organization for Human Rights) werden 94% der Vorgeladenen gefoltert. Nach Angaben eines israelischen Militärrichters im Gaza-Streifen unterschreiben 90% der Vorgeladenen Geständnisse, bevor sie zu legalen Haftstrafen verurteilt werden. ... In den meisten Fällen finden diese Verhandlungen vor den Militärgerichten und nicht in den dafür zuständigen lokalen Gerichten statt. ..." 4) (S. 66)

"Die Methoden sind alltäglich geworden, ja »normal«. *Diese »Normalität« spiegelt sich auch in den Menschenrechtsberichten des amerikanischen State Department wider, die ohne kritische Hinterfragung jedes israelische Dementi über Foltervorwürfe abdrucken."* 4) (S. 115)

"Gemäß Militärerlaß Nr. 378 ist es jedem Soldaten erlaubt, Palästinenser, die gegen »Sicherheitsmaßnahmen« verstoßen, zu verhaften. ...

Gewaltmaßnahmen bei Verhaftungen von Palästinensern gehören zum Standardrepertoire des Militärs. Schläge nach der Verhaftung sind ein integraler Bestandteil des Häftlingsalltags. ..." 4) (S. 117)

Ein früherer Militärankläger im Gazastreifen und Rechtsanwalt in Jerusalem formulierte:

"Jede Person, die angeklagt wird, ist schuldig. Manchmal auf der Grundlage von Kriterien, die kein israelisches Gericht akzeptieren würde. In 99% der Fälle haben die Beschuldigten ein Geständnis unterschrieben.." 4) (S. 120)

1987 veröffentlichte die Landau-Kommission -- **Moshe Landau** war Präsident des Obersten Gerichtes in Israel --, die eingesetzt worden war, um die Folterungs- und alle damit in Zusammenhang stehenden Vorwürfe zu überprüfen, einen Bericht, in dem auch unter Zitierung von Geheimdienstpapieren darauf hingewiesen wurde, daß offizielle Anweisungen an die Verhörer erteilt waren, selbst vor Gericht die Unwahrheit zu sagen. Meineid war *"internationalisiert und selbstverständlich"*. Wenn auch die Kommission sich von solchen Praktiken distanzierte, so vermied sie doch Anklagen, die den Interessen Israels schaden würden. 4) (S. 95)

"Man äußerte zwar »größte Verachtung« über die geschworenen Meineide, zeigte aber Verständnis für die Verhörmethoden, »die sowohl moralisch als auch rechtlich verteidigt werden müssen«." 4) (S. 96)

So blieb nicht aus, daß selbst die israelische Presse vielfach den Landau-Bericht in Widerspruch zum nationalen und Völkerrecht befand. Der Dekan der juristischen Fakultät der Hebräischen Universität von Jerusalem zog die Folgerung, daß

"Gewalt von höchster Stelle legalisiert wurde ... und nicht durch Individuen begangen werde, sondern durch staatliche Stellen, die im Namen und zum Nutzen der Öffentlichkeit handeln." 4) (S. 99)

Änderungen brachte der Landau-Bericht so gut wie keine, jedenfalls keine neuen veröffentlichten offiziellen Richtlinien für die Gefangenenbehandlung.

Wenngleich Israel sich in zahlreichen internationalen Erklärungen und Abkommen verpflichtet hat, Folterungen nicht zuzulassen, zeigt sich doch in der Praxis, daß solche nur als Empfehlungen interpretiert werden, selbst wenn sie von der UNO oder ihren Unterorgansationen stammen. Etliche freilich blieben auch ohne Unterschrift aus Tel Aviv.

Wie manchmal Nachforschungen der offiziellen Stellen enden können, zeigt die Anzeige eines Palästinensers, dem während der Verhöre im Juli 1990 von dem Polizisten Rami Hafetz Arme und Beine gebrochen worden sind, was im Jerusalemer Hadassah-Krankenhaus bestätigt wurde:

"Der Jerusalemer Bezirksstaatsanwalt schrieb B'Tselem (The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories) zu diesem Fall:

'Seit Dezember 1991 ist es uns nicht gelungen, Rami Hafetz ausfindig zu machen. Da er sich zu den Anschuldigungen noch nicht äußern konnte, konnte er auch noch nicht angeklagt werden.' " 4) (S. 111)

Demzufolge scheinen die israelischen Geheimdienste, deren weltweite Effizienz bekannt ist, nicht zu wissen, wo ihre eigenen Leute Dienst tun, wohnen oder sich sonst aufhalten.

Eine amerikanische Untersuchungskommission war eigens im Februar 1988 nach Israel geflogen, um gravierende Vorwürfe gegen die israelische Regierung zu untersuchen. Scharfe Proteste über kaltblütigen Mord und Knochenbrüche an Zivilisten waren vorausgegangen. Ihr Bericht in Auszügen:

"Wir schätzen, daß bisher mindestens 2.500 bis 3.500 Menschen durch Schläge auf die Rückenmuskeln, Arme und Beine ernsthaft verletzt wurden. Hinzu kommen Kopfverletzungen.

Verlust des Augenlichts durch Gummigeschosse sowie Verletzungen durch Tränengas. ...

Wir haben uns die Röntgenbilder genau angeschaut. Zunächst einmal sahen wir immer wieder gebrochene Hände. Dabei waren die sogenannten Mittelhandknochen gebrochen worden. Normalerweise kann man diese Knochen nur brechen, wenn man die Hand nach vorne zieht und dann mit einem Knüppel oder einem Gewehrkolben draufschlägt. Genauso ist es mit Brüchen der Speiche im Unterarm, die wir immer wieder gesehen haben. Auch diesen Knochen kann man mit Sicherheit brechen, wenn jemand den Arm lang zieht, und ein anderer ihn mit einem harten Gegenstand, einem Gewehrkolben etwa, zerschmettert. Hände und Arme werden auf diese Weise systematisch gebrochen. Linkshändern oft die linke Hand, Rechtshändern die rechte. ...

Auffällig ist das Fehlen von Unterleibsverletzungen, Milz- und Leberrissen etwa so, als gäbe es die sorgfältige Anweisung, »nicht in den Unterleib« zu schlagen oder in Westjordanien »nicht auf den Kopf«. In Gaza hingegen sahen wir eine Menge Kopfverletzungen. ...

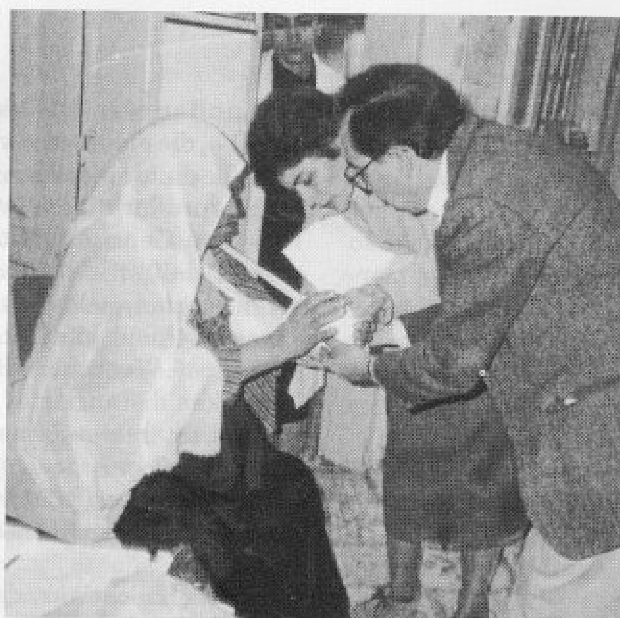
Diese ernsthaften Verletzungen in großer Zahl verraten Methode. ...

Wir trafen Menschen, die heftige Hiebe auf den Rücken erhalten hatten und denen Arme und Beine zertrümmert worden waren. Wir sahen einen Patienten, dem beide Ellen- und Speichenknochen und beide Waden- und Schienbeine gebrochen waren. Außerdem hatte er Kopfverletzungen. Solche Verletzungen ziehen Sie sich nicht zu, wenn Sie sich einfach einer Festnahme widersetzen.

Die Gewalt wurde kontrolliert und vorsätzlich angewendet.

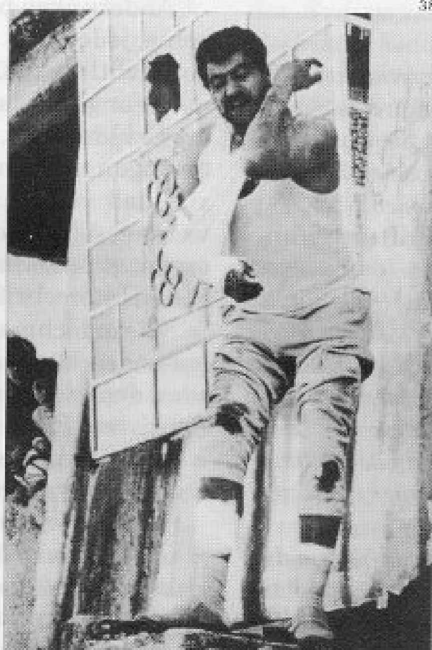
Ein zweiter Aspekt, der uns medizinisch sehr beunruhigte, ist der Gebrauch von Tränengas, vor allem, wenn Tränengas-Granaten in geschlossene Räume und sehr kleine Häuser oder Läden geworfen werden. ..." [38) + 30) (S. 78)]

Die hier angegebenen Zahlen halten die Betroffenen für zu niedrig. Daß die Knochenbrüche ein System erkennen lassen, hat der Bericht wohl zum Ausdruck gebracht, doch sollte noch unterstrichen werden, daß es sich hierbei nicht um Auswirkungen eines womöglichen Kampfes anläßlich einer Verhaftung handelt, sondern um befohlenen Sadismus an wehrlosen Gefangenen. Inzwischen haben dies auch zahlreiche israelische Soldaten bestätigt.



US-Ärzte Jennifer Leaning + Prof. Dr. Jack Geiger von der City Universität New York in einem Flüchtlingslager im Gazastreifen. Im Auftrag der Menschenrechtsorganisation "Physicians for Human Rights" prüften sie die Auswirkungen der israelischen "Politik der eisernen Faust". Befund: *"Hände und Arme systematisch gebrochen."*

Ein israelischer Soldat: ***"Ich habe nie gedacht, daß ich mal Frauen schlagen würde, aber jetzt mache ich das jeden Tag."*** [38)]



Verletzter Palästinenser
"Die Krankenhäuser waren überfordert."

"Als das ganze Ausmaß der Prügelei langsam bekannt wurde und einige Fälle im Fernsehn zu betrachten waren, wurde die israelische und internationale Kritik an diesem Vorgehen lauter. Die Armeeführung beeilte sich, die Existenz von Prügelbefehlen zu leugnen, und schob die bekanntgewordenen Fälle auf den Übereifer einiger Soldaten, die Befehle mißverstanden oder mißachtet hätten. ...

Trotz aller Kritik ging die Prügelei weiter, wenn auch nicht immer in demselben Maß. Auch scharfe Munition und CS-Gas wurden weiter benutzt. Von den 247 Todesfällen, die bis zum 26. Juni 1988 auf das Konto der Armee gingen, waren 175 Folge von Schußverletzungen, 17 von Prügeln oder elektrischem Strom und 55 von Tränengas." [30) (S. 78 - 79)]

Die Zahl der zwischen Dezember 1987 und Ende April 1988 Festgenommenen wird auf 17.000 geschätzt. Oder in anderer Zahl: In den ersten 5 Jahren der Intifada (ab Dez. 1987) wurden 800 Palästinenser getötet und 90.000 inhaftiert.[35) (S. 216)] Neue Gefängnisse wurden eingerichtet, die Inhaftierten, sofern sie nicht nach 18 Tagen wieder entlassen wurden, in Schnellverfahren ohne Untersuchung abgeurteilt.[30) (S. 80)] Ein internationaler Pressebericht:

"Die Militärbehörden nahmen dann ihre Zuflucht zum Gebrauch von Tränengas in großen Mengen, Gummigeschossen und Prügeln. Diese letzte Taktik wurde während der Verhängung von massenhaften Ausgangssperren weitergetrieben. Israelische Soldaten überfielen systematisch Wohnhäuser, zerstörten Eigentum und schlugen erbarmungslos jeden, den sie drinnen fanden. Bei nur einem solchen Überfall brauchten 59 Leute aus Dschabalia medizinische Behandlung von Verletzungen, die man ihnen mit Schlagstöcken und Gewehrkolben beigebracht hatte. Unter den Verletzten waren Kinder, schwangere Frauen, Kranke und Alte.

*Herr **Shamir** verkündete das als eine Methode, geeignet, den »Respekt« vor der Armee in den besetzten Gebieten wiederherzustellen."* [30) (S. 81)]

Yitzhak Shamir war damals verantwortlicher Ministerpräsident Israels!

In einer Untersuchung vom April 1994 warf **Amnesty International** Israel vor,

"trotz des »Gaza-Jericho-Abkommens« mit den Folterungen von Palästinensern fortzufahren. Den gleichen Vorwurf erhob

38) ***Der Spiegel*** Nr. 9/1988, 29.2.1988, S. 134 - 135.

die amerikanische Menschenrechtskommission »Human Rights Watch«. ...

Am 14. Juni 1994 wurde im israelischen Fernsehen erstmals das Geständnis eines Soldaten ausgestrahlt, der zugab, täglich 10 bis 15 Palästinenser bei Verhören geschlagen und teilweise schwer verletzt zu haben." 4) (S. 102)

Wenn auch ein Sprecher der israelischen Armee die Schilderungen des Soldaten als falsch zurückwies und von ihm berichtet wurde, er habe sich geweigert, seine Behauptungen vor Gericht zu wiederholen, so bleibt doch dem Kenner "der Szene" die Betroffenheit.

Amnesty International ging soweit, israelischer Polizei vorzuwerfen, sie würde zuweilen Hunde auf gefesselte Häftlinge hetzen, chemische Substanzen spritzen, die unmittelbar zu geistigen Defekten führen, Geschlechtsteile traktieren, Elektroschocks anwenden und dergleichen mehr.5) (S. 177 - 178)

Auch spätere Dokumentationen von Folterungen und Morden wurden der Öffentlichkeit bekannt. So berichtete das Palestine Human Rights Information Center (PHRIC) in Ost-Jerusalem von 35 Todesfällen, *"die durch direkte oder indirekte Einwirkungen des Geheimdienstes verursacht worden sind."* 4) (S. 108)

Ohne auf unzählige Einzelfälle eingehen zu müssen, ist für die israelische Staatsführung kennzeichnend:

Die UN-Folterkonvention hat Israel nur mit Vorbehalt unterzeichnet und ratifiziert. Doch gerade dieser Vorbehalt ermöglicht eine Verweigerung internationaler Kontrolle und vereitelt nicht die offiziell angewandten Foltermethoden. So hat das "UN Committee Against Torture" -- nach Art. 17 der Konvention geschaffen und beauftragt, jeder Beschwerde nachzugehen -- nur die Möglichkeit, Berichte entgegenzunehmen und den israelischen Behörden Anfragen zuzuleiten. Diese jedoch werden meistens gar nicht oder nichtssagend beantwortet.

Der israelische Außenminister von 1948 - 1953 und Ministerpräsident von 1954 - 1955, **Moshe Sharett**, notierte in seinem Tagebuch eine Fülle von Sachverhalten, die er u.a.

am 31.3.1954 (S. 426) auf die Formel brachte:

"Hier sind wir wieder, zurück am Ausgangspunkt -- sind wir auf den Krieg aus oder wollen wir Krieg verhindern?

Teddy Kollek (damals 'Vorsteher' im Büro des Premiers, heute Bürgermeister von Jerusalem) ist der Meinung, daß die Spitze des Militärs von Kriegsgelüsten durchdrungen ist. ... Sie sind völlig blind für wirtschaftliche Probleme und die komplexen internationalen Beziehungen." 13) (S. 59)

und am 11.1.1961 (S. 769):

"Das Phänomen, das sich unter uns Jahr für Jahr durchgesetzt hat, ist die nicht mehr vorhandene Sensibilität gegenüber Unrecht. ... Für uns ist eine Unrechtstat nichts Besonderes; wir beachten sie nur, wenn die Drohung einer Krise oder eines schlimmeren Resultats damit verbunden ist. ...

Einst haben israelische Soldaten aus Gründen der blinden Rache einige Araber getötet ..., und daraus wurden keine Schlußfolgerungen gezogen, niemand wurde degradiert, keiner aus seinem Amte entfernt. Dann gab es Kafr Kassem (hier waren willkürlich 51 von ihren Feldern zurückkehrende Araber umgebracht worden) *..., die Verantwortlichen haben keine Schlüsse daraus gezogen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die öffentliche Meinung, die Polizei, die Armee keine Schlüsse daraus gezogen haben: deren Schlußfolgerung war, daß arabisches Blut freimütig vergossen werden darf, und dann kam für die Leute von Kafr Kassem die Amnestie, und wieder konnten daraus Schlüsse gezogen werden, und so könnte ich immer fortfahren. ...*

All dies muß einen Umschwung im Gerechtigkeitssinn und der Moral in der öffentlichen Meinung mit sich bringen; es läßt den Staat in den Augen der Welt als einen unzivilisierten Staat erscheinen, der die Grundsätze der Gerechtigkeit, wie sie von der zeitgenössischen Gesellschaft aufgebaut und akzeptiert wurden, nicht anerkennt." 13) (S. 65)

"Undercover Units"

"Todesschwadronen", schwer bewaffnet, mit allen Rechten der Besatzungsmacht -- *"mit Blanko-Vollmacht im Einsatz ihrer Mittel, um ihre Pflichten zu erfüllen"* (so die Londoner ***Sunday Times*** am 30.10.1988) --, auch mit arabischen Autonummern ausgestattet, vielfach von Armeeinheiten aus dem Hintergrund unterstützt, streifen in arabischer Verkleidung durch die besetzten Gebiete, um gesuchte Palästinenser zu liquidieren; den Gesuchten wird selten die Chance gewährt, sich gefangennehmen zu lassen.

"Am 21. Juni 1991 wurde ein 15minütiger Film im israelischen Fernsehen über die Arbeit dieser Einheiten gezeigt, der in Zusammenarbeit mit der israelischen Armee entstanden ist. Israel gab nun offiziell zu, daß diese Einheiten existieren. ...

Ein ähnlicher Bericht wurde im August 1993 in den dritten Fernsehprogrammen des WDR und Bayern gezeigt; er berichtete über eine Aktion der Einheit im Gaza-Streifen...

Aktivisten des »Islamischen heiligen Krieges« wurden in zwei von einander getrennte Hinterhalte gelockt und getötet, was Ausschreitungen und Proteste hervorrief, die zur Schließung der besetzten Gebiete für eine Woche führten." 4) (S. 124 - 125)

"Die Einheiten benutzen gerne Lastwagen, weil damit nicht nur viele Soldaten an den Einsatzort gebracht, sondern auch die Toten und Verwundeten leichter abtransportiert werden können. ...

Als Frau verkleidet und mit einem »Baby« im Wagen gelangten sie durch die UNWRA-Kontrollen in ein Flüchtlingslager." 4) (S. 126)

"Seit dem Abschluß des »Gaza-Jericho-Abkommens« haben die »verdeckten Einheiten« die »Jagd« auf »gesuchte Personen« intensiviert. Die Tötung dieses Personenkreises hat ein unvorstellbares Ausmaß erreicht." 4) (S. 132)

Unabhängig von diesen "undercover units" unterhalten die Israelis noch ca. 2.000 sogenannte "Kollaborateure", Araber, die -- bewaffnet -- für die Geheimdienste tätig sind.